

20

Bonn, 1. Juli 1957

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Bach, Bauknecht, Bausch, Frau Brauksiepe, von Brentano, Cillien, Dichtel, Dobelmann, Eplée, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, Heck, Hellwig, Lübke, Meyers, Müllенbach, Nagel, Oberländer, Frau Rehling, Reinert, Rock, Schröder, Seidel, Stoltenberg, [Storch], Frau Weber, Wehking.

Bericht zur politischen Lage. Erläuterungen zum Wahlgesetz und zur Wahlordnung – Verbindung der Landeslisten. Auseinandersetzung um den BHE. Landwirtschaft. Berichte der Bundesausschüsse: Programme des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik und des Bundesausschusses für Agrarpolitik sowie Bericht über das Jugendprogramm. Entwicklung an der Saar.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Unser Freund Gerstenmaier hat gerade in einem lebhaften Gespräch – ich glaube nicht, daß wir darauf noch zurückkommen werden – wegen der Stellungnahme der Ärzte uns gegenüber¹ den Ausdruck gebraucht: „zur Sau machen“. (*Meyers:* Das bezieht sich auf den Vizepräsidenten des Bundestages, Carlo Schmid!) Aber, meine Herren, wer gestern in Dortmund war², der ist durch diese Temperatur „zur Sau“ gemacht worden. Sie dürfen heute – es sind dazu gewisse Voraussetzungen erforderlich – ruhig Ihren Rock ablegen. Was „unter gewissen Voraussetzungen“ zu verstehen ist, das wissen Sie.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie trotz der großen Hitze (38 Grad Celsius) gekommen sind. Aber es ist gut, daß Sie hier sind, weil wir einige sehr wichtige Dinge zu Beginn des Wahlkampfes zu besprechen haben. Ich möchte Ihnen zunächst einen kurzen Bericht vorlesen über den sogenannten Parteikongreß – wir sind nicht so vornehm – der SPD³, dann eine kurze Mitteilung machen über den Verlauf unserer gestrigen Versammlung in Dortmund und einige Wahrnehmungen bekanntgeben, die ich im Anschluß daran gemacht habe.

1 Auf dem Ärztetag vom 26. bis 29. Juni 1957 wurde u.a. Klarheit über die Strahlenbelastung wie auch eine weitere Erhöhung der durch Kabinettsbeschluß vom 27. Juni bereits stark angehobenen Ärztehonorare gefordert (vgl. „Die Welt“ vom 28., 29. Juni sowie FAZ vom 1. Juli 1957).

2 Eröffnung des Wahlkampfes in der Westfalenhalle durch Lensing, Arnold, Adenauer, Stoltenberg und Lemmer (Bericht in UiD vom 4. Juli 1957).

3 Am 16. Juni 1957 in Dortmund (vgl. dazu KLOTZBACH S. 393f. mit Belegen).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Was zunächst den Bericht der „Frankfurter Rundschau“ über den Parteikongreß der SPD angeht, überschrieben „Politischer Flirt in Dortmund; Ollenhauers Wink an die FDP“⁴, so ist über diesen Bericht eigentlich wenig zu sagen; nur auf einen Punkt möchte ich zurückkommen. Zum Schluß heißt es dort:

„Wenn die Freie Demokratische Partei ihrem Namen, ihrer Tradition und ihrer Zielsetzung treubleiben will, dann muß sie wissen, daß sie nach der Bamberger Rede von Dr. Adenauer⁵ keine Wahl mehr hat. Es ist ihre Sache, wie sie sich entscheidet. Aber die FDP muß sich darüber klar sein, daß die Verantwortung für die Zukunft der Freiheit und der Demokratie ihr von niemand abgenommen werden wird.“

Dem setzt der Berichterstatter hinzu:

„Bei seinen Anhängern in der Westfalenhalle kommt Ollenhauer freilich damit nicht an. Sie nehmen den Wink an Reinhold Maiers Partei schweigend zur Kenntnis. Um so lebhafter applaudieren die Zuhörer bei der Absage an die Wehrpflicht, bei der Kritik an der Tatenlosigkeit Adenauers in den Fragen der Wiedervereinigung, der Entspannung und der Abrüstung und geraten vollends aus dem Häuschen bei der Parole: Runter mit den Preisen.“

Sie wissen, daß die „Frankfurter Rundschau“ ein sozialdemokratisches Blatt ist, aber immerhin relativ normal. (*Von Brentano*: Mehr nach links!) Jetzt mehr nach links? (*Von Brentano*: Ja!) Also, wenn ein derartiges Blatt einen solchen Bericht gibt, dann ist das doch aufschlußreich. Das Blatt schreibt nichts davon – soviel ich weiß, hat kein deutsches Blatt das erwähnt –, daß bei dieser Kundgebung der SPD zum Schluß die drei Strophen des alten sozialistischen Liedes aus der Zeit, als Kommunisten und Sozialisten noch nicht getrennt waren, gesungen worden sind: Auf, Brüder, zur Sonne, zur Freiheit! (*Gerstenmaier*: Das haben wir früher auch oft gesungen!) Wir forschen jetzt nicht in Ihrer Vergangenheit nach! (*Gerstenmaier*: Das hat auch die CDU-Jugend gesungen!) Das bestreite ich! Dieses Lied ist ein ausgesprochen sozialistisch-kommunistisches Lied. (*Gerstenmaier*: Es ist aber auch gesungen worden ...) Lieber Herr Gerstenmaier! Lassen Sie mich doch aussprechen. Sie würden als Bundestagspräsident sich auch zur Wehr setzen, wenn Sie bei Ihrer Rede unterbrochen würden.

Man hat also diese Versammlung mit dem Absingen dieser drei Strophen beschlossen und nicht mit der deutschen Nationalhymne. Das gehört aber auch dazu, Herr

4 „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Juni 1957. – Die stenographische Mitschrift der Sitzung entsprach nicht in allen Einzelheiten dem Zeitungsbericht; der Text ist hier berichtigt.

5 Am 2. Juni 1957 hatte Adenauer in Bamberg vor dem Katholischen Männerwerk ausgeführt, die Wahl entscheide darüber, „ob Deutschland und mit ihm Europa christlich bleibt oder kommunistisch wird“ (zit. nach FAZ vom 4. Juni 1957; vgl. auch Bericht im „Vorwärts“ vom 7. Juni 1957 „Der Tag von Bamberg und München“).

Gerstenmaier! Und wenn die Sozialdemokratie durch ihre Tarnung zu entscheidenden Fragen auf Stimmenfang anderer Volksschichten als der sozialistischen ausgeht, dann sollte man ihr das unter die Nase halten.

Nun zu der Versammlung von gestern! Als ich nach Dortmund fuhr, hatte ich große Sorge wegen der furchtbaren Hitze – die mindestens in Dortmund so stark war, wie sie heute hier ist –, daß die Versammlung nicht gut besucht werde. Aber trotzdem war diese riesengroße Halle bis unter das Dach gefüllt. Alle, die da waren, werden mir das bestätigen. Die Leute haben ausgehalten, bis ihre Züge oder Omnibusse fuhren.

Ich muß das etwas näher schildern. Es waren dort geradezu Wolken von Dunst – nicht Zigarrendunst –, die nach oben zogen. Und obendrauf brannte die Sonne auf die Glaskuppel unbarmherzig. Daß die Leute lebendig wieder heruntergekommen sind, verdanken sie ihrer guten Konstitution und auch den ausgezeichneten Reden, die sie dort gehört haben. Diese Versammlung zeichnete sich durch eine besondere Lebhaftigkeit aus, was namentlich in Anbetracht der großen Hitze und des Umstandes, daß die Westfalen im allgemeinen etwas schwermütig sind – bis sie losgelassen werden –, besonders zu beachten ist. Die Akklamationsfreudigkeit war so groß, daß es wirklich nötig war, darum zu bitten – ich habe das auch getan –, nicht soviel Beifall zu spenden, weil darüber kostbare Zeit verlorenginge. Was mich aber noch mehr beeindruckt hat, war die Einigkeit und die Geschlossenheit dieser Riesenversammlung. Es war wirklich wie in einer großen Familie. Und das bedeutet schon etwas, wenn 23.000 bis 24.000 Menschen – viele Tausende konnten nicht hinein, weil sie keine Karten mehr bekommen konnten – in einer solchen Hitze versammelt sind. Weiter hat mich sehr die Tatsache beeindruckt, daß mindestens die Hälfte der Anwesenden Jugendliche, junge Leute, waren. Ich habe kaum – ich konnte mich ja nicht im Spiegel sehen – alte Leute gesehen, sondern es waren zum größten Teil junge Leute. Es war auch die ältere Generation vertreten, aber man kann nicht sagen, eine alte Generation, so daß wir wirklich mit Vertrauen in die Zukunft sehen können. Diese Partei wird ihren Weg auch in der Zukunft machen.

Erwähnen darf ich noch, daß man den stärksten Beifall dann bekommt, wenn man feststellt, daß die beiden christlichen Konfessionen zusammengehen. Ich glaube, es wird außerhalb unserer Partei viel mehr über konfessionelle Auseinandersetzungen gesprochen als innerhalb unserer Partei. Ich hoffe, daß unsere Wahredner das draußen auch entsprechend verwerten.

Über den Inhalt der Reden viel zu sprechen, hat keinen Zweck. Ich würde vorschlagen, daß die Rede des Herrn Kollegen Arnold, die schriftlich vorliegt⁶, und meine Rede, die auch im großen und ganzen schriftlich vorliegt – ich habe mir dabei einige Arabesken erlaubt –, Ihnen allen zugeht. Es ist ganz gut, wenn Sie das als Grundlage nehmen zur Instruktion der Reden. Ich möchte die Bundesgeschäftsstelle – die sehr fleißig Reden vorbereitet hat – bitten, sich nun auf die neuesten und

6 Auszüge in UiD vom 4. Juli 1957; vollständige Redemanuskripte in ACDP III-002-265/2.

aktuellsten Themen umzustellen, die beim Wahlkampf ganz sicher eine große Rolle spielen werden.

Ehe ich zu diesen aktuellen Themen übergehe, fühle ich mich verpflichtet, einen besonderen Dank Herrn Kollegen Lensing zu sagen, (*Beifall*) der trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes – der sich aber Gott sei Dank ständig bessert – es sich nicht hat nehmen lassen, die Vorbereitungen dieser großen Versammlung in die Hand zu nehmen und die Versammlung auch zu leiten. Ich wünsche ihm in voller Übereinstimmung mit Ihnen – Ihr Beifall hat es gezeigt –, daß er noch manches Jahr – jetzt muß ich vorsichtig sein – die Partei in Westfalen führt. Ebenso wünsche ich dem Herrn Kollegen Arnold, daß er die übergeordnete Instanz zwischen Nordrhein und Westfalen immer so leiten wird, daß man innerhalb der Parteien in Nordrhein-Westfalen jeweils zu einer geschlossenen Meinung kommt.

Meine Freunde! Herr Kollege Arnold ist auch gestern tüchtig gefeiert worden. Ich habe mich von Herzen darüber gefreut. Ich habe damit das Thema angesprochen, daß ich in ihm noch immer den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sehe. Ich habe das absichtlich getan, um zu sehen, welches Echo dieser Satz finden würde. Er hat, auch mehrfach in der Folge, einen sehr großen Beifall gefunden. Dadurch ist in mir die Meinung gestärkt worden, daß, wenn einer Nordrhein-Westfalen wieder für uns zurückerobern kann, es der Herr Kollege Arnold ist. Wir müssen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr⁷ dieses Land unter allen Umständen zurückerobern, nicht nur weil Nordrhein-Westfalen das volkreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik ist, sondern auch, weil es die stärkste Stütze unserer Partei in der gesamten Bundesrepublik gewesen ist, und zwar, weil es eben das volkreichste Land ist.

Und nun muß ich sagen, daß mir die Stimmung eigentlich etwas zu gut gewesen ist, und zwar unter zwei Gesichtspunkten, einmal: Wenn die Leute zu siegesgewiß sind, werden sie faul und lassen in ihrer Arbeit nach. Zweitens bin ich der Auffassung – wir sprechen hier ja ganz unter uns –, daß wir zwar allen Anlaß haben, damit zu rechnen, daß wir diese Wahl gewinnen werden, aber so hundertprozentig fest kann man sich niemals auf den Ausgang einer Wahl verlassen, auch nicht auf den Ausgang dieser Bundestagswahl. Ich weiß, daß die Zählungen der Untersuchungsinstitute nicht überall auf große Zustimmung stoßen, aber immerhin haben sie bei den vergangenen Wahlen fast genau das kommende Wahlergebnis vorhererkennen lassen. Die Zählung des EMNID-Institutes im Mai dieses Jahres hatte folgendes Ergebnis: 46 % für uns, 38 % für die Sozialdemokraten, 6 oder 7 % für die FDP, 6 % für den BHE.

Die Zählung im Juni, die noch nicht bekannt ist, hat eine gewisse Änderung gebracht, und zwar sind wir von 46 % auf 43 % zurückgegangen. Die SPD ist von

⁷ Am 6. Juli 1958. – Ergebnis: CDU 50,5 %, SPD 39,2 %, FDP 7,1 %, DP 1,6 %, Sonstige 3,6 %.

38 % auf 41 % gestiegen. Die FDP ist auf 5 % gesunken.⁸ Die Leiter dieser Institute machen darauf aufmerksam, daß früher die Stimmung der Bevölkerung gleichmäßiger oder andauernder gewesen sei; ein plötzlich eintretendes Ereignis habe sich bei den Befragten nicht sofort ausgewirkt. Jetzt sei es dagegen so, daß sich ein Ereignis fast sprunghaft bei den Befragten auswirke.

Für uns ist das eine Verstärkung der Lehre, die ich mir erlaubt habe, an die Spitze zu stellen, daß wir nicht zu sicher sein sollen. Wir haben noch elf Wochen bis zur Wahl vor uns. Und in diesen elf Wochen kann noch allerhand passieren. Daher gilt es für uns, bis zum allerletzten Augenblick zu arbeiten, und ich bitte Sie um Gottes willen darum, nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als wenn die CDU/CSU den Sieg schon in der Tasche hätte. Den hat sie nicht in der Tasche.

Wenn ich das so ausspreche, dann leitet mich dabei noch ein anderer Gedanke. Ich denke an das „verrückte“ Wahlgesetz, das wir haben.⁹ Ich bitte um Entschuldigung, aber ich bin auch Mitglied des Bundestages. Herr Schröder, der Minister des Innern, hat an diesem Gesetz mit seinen Leuten gearbeitet. Unser verehrter Herr Kollege Scharnberg ist Wahlsachverständiger. Aber dieses Wahlgesetz ist so schwer zu verstehen, daß es sehr leicht passieren kann, daß sich erst hinterher herausstellt, ob dieser oder jener Fehler begangen worden ist, so daß uns dadurch unentbehrliche Stimmen wegfallen können. Ich habe in meinem Wahlkreis in Bonn erlebt, daß ich einmal oder zweimal ungünstig nominiert worden bin. Jetzt ist man dabei, eine dritte Nominierung festzustellen. Man sollte doch meinen, daß im Wahlkreis Bonn die Leute das Gesetz kennen. Aber sie kennen es nicht. Das gilt nicht nur für die Stadt Bonn, sondern auch für die Dörfer um Bonn. Sie kennen es nicht. Herr Kollege Schröder hat gesagt, daß von seinem Ministerium noch eine genaue Aufklärung über alle diese Dinge gegeben werde. Es ist in der Tat absolut nötig, die Landesvorsitzenden und ihre Organe bis ganz nach unten auf die Tücken und Heimtücken dieses Gesetzes nachdrücklich und auch rechtzeitig aufmerksam zu machen.

Eine Gefahr liegt auch – eventuell kann es ein Vorteil für uns werden, wenn man genau aufpaßt – in der Briefwahl. Der Stimmabgabeschein muß am Wahltag selbst bei dem Wahlkomitee des Wahlkreises eingetroffen sein. Wenn er aber auf der Post liegenbleibt, ist die Sache ungültig. Also diese Geschichte mit der Briefwahl muß sehr frühzeitig gemacht werden. Ich kann mich jetzt hier nicht weiter darüber verbreitern. Der Wahlschein ist weggefallen. Man kann sich also nicht mehr, wenn man auf Reisen ist, vorher seinen Wahlschein geben lassen und kann nicht mehr an dem Ort, wo man ist, wählen, sondern man kann nur wählen, wo man seinen Wohnsitz hat. Man muß das dadurch besorgen, daß der Abstimmungsschein dort rechtzeitig eintrifft. Das sind technische Schwierigkeiten, die an sich mit Demokratie verdammt wenig zu

8 Die Zahlen bei Allensbach lauteten für Ende Mai und Anfang Juni 1957: CDU/CSU 43 bzw. 42 %, SPD konstant 38 %, FDP/DVP konstant 8 % (Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 420f.).

9 Am 15. März 1956 verabschiedet. Gesetz vom 7. Mai 1956 – BGBl I S. 383.

tun haben. Aber sie sind in der Welt und bergen manche Hemmnisse und Tücken in sich, auf die wir sehr aufpassen müssen.

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort zur allgemeinen Lage sagen. Zunächst zur Presse! Die „Welt“ können wir mehr oder weniger als reines sozialistisches Blatt betrachten. Was sich die „Welt“ in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, übersteigt wirklich das erträgliche Maß für eine Zeitung, die sich unabhängig nennt. Die „Welt“ hat auch im Inland nicht die Bedeutung, die man ihr beilegt. Sie hat wohl Bedeutung im Ausland. Wir können daran nichts ändern. Aber fast die gesamte Großpresse ist mehr oder weniger liberal im schlechten Sinne des Wortes. Die Herren, die dort tätig sind, erachten es für ihrer nicht würdig, über eine sich christlich nennende Partei gut und objektiv zu berichten. Das ist ihnen nicht vornehm genug und zeugt von geringer Bildung, wenn man das tut. So berichtet also die Großpresse im allgemeinen nicht gut über uns. Was z.B. die „Welt“ über die gestrige Versammlung geschrieben hat, ist einfach jämmerlich.¹⁰ Daher meine ich – das geht Sie an, Herr Heck und Herr Meyers –, wir müßten bei der Bundesgeschäftsstelle eine Pressekommission einrichten, wenige Leute, die gleichzeitig mit dem Rundfunk und mit dem Fernsehen die Verbindung aufrechterhalten. Wir müssen bei solch großen und wichtigen Versammlungen zum Schluß der Versammlung den Journalisten einen Waschzettel geben. Ich gebe zu, wenn ein Journalist in dieser furchtbaren Hitze stundenlang da gegessen hat, hat er nachher nicht mehr das Bestreben, einen Stimmungsartikel zu schreiben. Aber deswegen sollten wir ihnen etwas in die Hand geben. Und dazu brauchen wir eine Pressekommission, nicht die journalistischen Kräfte, die wir in der Geschäftsstelle haben, sondern wir müssen Herren aus den Journalistenkreisen selbst heranziehen. Wenn Sie im Laufe der Verhandlungen nicht dagegen sind, darf ich annehmen, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Dann habe ich in einer Besprechung vor einigen Tagen mit den Mitgliedern der anderen Koalitionsparteien darüber gesprochen¹¹, daß wir – wie im Jahre 1953 – eine Schiedskommission bei unserer Bundesgeschäftsstelle einrichten wollen, sehr klein, vielleicht zwei Herren von jeder Seite. Diese Kommission soll bei irgendwelchen Entgleisungen – sei es in Angriffen konfessioneller oder auch sonstiger Art der Koalitionsparteien gegeneinander – sofort in Tätigkeit treten, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen.

Endlich müssen wir – wie im Jahre 1953 – bei der Bundesgeschäftsstelle eine ständige Kommission einrichten, die immer da ist, um sofort eingreifen zu können, wenn irgendein Redner ausfällt oder sonst etwas Unvorhergesehenes sich ereignet. Damals waren es die Herren Tillmanns und Krone. Herr Krone hat sich bereit erklärt, dieses Amt auch in diesem Jahr zu übernehmen. Herr Tillmanns weilt leider nicht mehr unter uns. Wir müssen einen Herrn von der evangelischen Seite bitten, daß er das übernimmt. (*Schröder*: Ich habe in diesem Sinne schon mit Herrn Krone gesprochen!)

¹⁰ Immerhin auf der ersten Seite unter dem Titel „Adenauer bejaht Luftüberwachung“.

¹¹ Die letzte Koalitionsbesprechung hatte lt. Terminkalender am 28. Juni 1957 stattgefunden.

Es wäre auch gut, wenn für Herrn Krone und für Sie ein Vertreter bestellt würde. (Schröder: Vielleicht Herr Cillien!) Das können Sie also noch überlegen und nachher mitteilen.

Nun komme ich wieder auf die Stimmung von gestern zurück. Wir werden die Wahl nicht unbedingt gewinnen, wenn wir sagen: Wir können uns über das Erreichte freuen. Ich fürchte, daß das nicht genügt, weil die Sozialdemokratie jetzt wieder die Sache der allgemeinen Wehrpflicht angekurbelt hat und weil sie die Atomfurcht der Leute anstachelt und diese Furcht für sich benützt und ausnützen will. Wir dürfen daher in den Wahlreden über den Ernst der außenpolitischen Situation keinen Zweifel lassen. Ich habe auch gestern daran erinnert, was den meisten aus dem Gedächtnis entschwunden ist, daß in den Jahren 1946 und folgende – als die Vereinigten Staaten allein im Besitze von spaltbarem Material waren – die Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht haben, alles spaltbare Material auf der Erde einer internationalen Kommission zu übergeben, die allein die Verfügung darüber haben sollte. Hierdurch hätten sich die Vereinigten Staaten des größten Teils ihrer Macht begeben. Aber das wurde abgelehnt. Ich habe dann weiter dem gegenübergestellt das Verhalten Sowjetrußlands nach dem Tode Stalins in Ungarn. Ich brauche darüber hier kein Wort zu verlieren. Der Bericht der UNO-Unterkommission stellt fest, daß die Sowjets am 4. November 1956 eine Aggression gegen ein freies Ungarn mit einer frei bestellten Regierung begangen und dieses Ungarn terrorisiert hätten.¹² Gerade diese Rolle, die Sowjetrußland in der ungarischen Angelegenheit gespielt hat, kann man nicht ernst genug nehmen; denn sie zeigt, daß bei ihr der Terror und die Beherrschung anderer Völker unverändert das treibende Prinzip ist.

Zu den Abrüstungsverhandlungen in London kann man sagen – das ist nicht für die Presse bestimmt –, daß sich auch in den Vereinigten Staaten gewisse Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen im Kampf gegen den Kommunismus. Die Leute sind jetzt, zwölf Jahre nach Beendigung des Krieges, etwas müde geworden, immerzu über den Kommunismus und seine Gefahren zu sprechen. Obwohl Präsident Eisenhower sicher überzeugt ist von der Gefahr des Kommunismus, hat er doch das Bestreben, als der Präsident der Abrüstung und des Friedens in die Geschichte einzugehen. Es ist seine letzte Wahlperiode; er kann nichts tun, um eine Wiederwahl herbeizuführen. Die gibt es nicht nach der amerikanischen Verfassung.

Nun hat er in Stassen¹³ einen Mann gefunden, der nur zu gerne aus innerer Überzeugung bestrebt ist, diese Gedanken und Ideen des Präsidenten Eisenhower zu unterstützen. Herr Stassen hat – Sie wissen es aus den Zeitungen –, sagen wir,

12 Das Komitee aus Vertretern Australiens, Ceylons, Dänemarks, Indonesiens und Uruguays war am 11. Januar 1957 von der UN-Vollversammlung einberufen worden. Zusammenfassung des 391 Seiten starken Berichts in AdG 1957 vom 20. Juni 1957.

13 Harold E. Stassen (geb. 1907), amerikanischer Politiker; 1938–1945 Gouverneur von Minnesota, 1953–1955 Direktor der Foreign Operations Administration, 1955–1958 Leiter der amerikanischen UN-Abrüstungskommission, Berater Eisenhowers.

die Ungeschicklichkeit begangen, Sorin vor den amerikanischen Verbündeten über die Absichten der Vereinigten Staaten zu unterrichten.¹⁴ Deswegen hat es in der NATO einen „Tanz“ gegeben. Das war die Ursache der Verzögerung der ganzen Verhandlungen. Herr Stassen ist Herrn Dulles unterstellt. Ich habe Dulles ausdrücklich gefragt, ob Stassen und seine Leute ihm unterstellt seien oder nicht. Er hat gesagt: Sie sind mir jetzt unterstellt. Aber Stassen weiß sich andererseits in starkem Maße, wenigstens in diesem Punkt, des Vertrauens des Präsidenten Eisenhower sicher.

Damit Sie kein falsches Bild bekommen, möchte ich betonen, daß ich während meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten¹⁵ – es war mein fünfter Aufenthalt dort – den Eindruck bekommen habe, daß das Verhältnis zwischen Dulles und Eisenhower noch niemals so gut gewesen ist wie jetzt. Dulles erkennt die sowjetrussische Gefahr. Er weiß, daß die Russen im Grunde genommen nicht bereit sind, zu einer Abrüstung zu kommen. Sie sind deshalb nicht bereit, weil sie noch immer die Hoffnung haben, daß auf irgendeine Weise die Front der westlichen freien Völker auseinanderbrechen wird. Das kann man – jetzt komme ich zu unserer Wahl – der Öffentlichkeit nicht oft und nicht entscheidend genug sagen. Diese Meinung, daß die NATO auseinandergehen werde, wird in eminenter Weise durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gestärkt. Wenn Herr Ollenhauer und seine Freunde erklären, wir werden die allgemeine Wehrpflicht abschaffen, dann bedeutet das allein schon einen Schock für die anderen NATO-Mächte; denn wenn die Bundesrepublik unter einer sozialistischen Regierung die allgemeine Wehrpflicht abschafft, dann, sage ich Ihnen, ist die NATO in kurzer Zeit erledigt. Dann halten sie die allgemeine Wehrpflicht in den anderen NATO-Ländern, auch in den Vereinigten Staaten, nicht mehr aufrecht. Wenn Herr Ollenhauer auf diesem Parteikongreß gesagt hat, sie würden dafür sorgen, daß die deutschen und die auf deutschem Boden stehenden alliierten Truppen nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet würden, dann ist das – ich habe das auch gestern ausgeführt – eine Aufforderung an die amerikanischen und britischen Truppen, sich zurückzuziehen; denn kein amerikanischer Truppenbefehlshaber, kein amerikanischer Kongreß und auch kein britischer Premierminister wird es verantworten können, die geringe Truppenzahl, die hier zu unserem Schutze steht, ohne die modernsten Waffen zu lassen, während der Gegner, dem sie sich eventuell stellen müssen, die Russen, diese atomarischen Waffen haben.

Daher stärkt dieses ganze Gerede der Sozialdemokratie den Widerstandswillen der Russen bei den Londoner Verhandlungen. Sie werden unter keinen Umständen vor dem 15. September zu irgendwelchen Einverständniserklärungen bereit sein. Wenn der 15. September – was Gott verhüten möge – wirklich eine sozialistische

14 Stassen hatte am 20. Juni 1957 bei der Londoner Abrüstungskonferenz u.a. eine sofortige amerikanische Truppenreduzierung vorgeschlagen, wenn die Sowjetunion und China dies ebenfalls täten – ohne Vorausbedingung, wie z.B. die Lösung der deutschen Frage (AdG 1957 S. 6504, 6512f.; vgl. auch AMBROSE S. 401–404).

15 Im Mai 1957. – Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 307–309; ECKARDT S. 477–484.

Regierung an die Macht brächte, dann wäre die NATO und auch die Europapolitik der Vereinigten Staaten erledigt. Dann würden zunächst wir und dann Frankreich und Italien mit ihren starken kommunistischen Parteien, ebenso auch die Beneluxländer, russische Trabanten werden. Das habe ich auch in Bamberg ausgeführt. Ich habe nicht gesagt, wir seien christlich und die anderen seien nicht christlich. Kein Wort davon! Sondern ich habe im Zuge einer außenpolitischen Auseinandersetzung, wie ich sie eben hier vorgetragen habe, gesagt, daß letzten Endes die Wahl des Jahres 1957 darüber entscheiden werde, ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch würden. Und das hat die Sozialdemokraten furchtbar aufgeregt. Das zeigt also, daß sie es verstanden haben. Wenn sie es nicht kapiert hätten und es nicht als wahr ansähen, dann würden sie sich nicht so aufregen.

Wir sollten also von diesem Argument in der richtigen Form im Wahlkampf Gebrauch machen. Auch nach dem Bericht des Herrn von Eckardt hat kein Argument bisher die Sozialdemokraten so tief getroffen wie dieses, weil sie wissen, daß das deutsche Volk auf solche Argumente hört. In Wirklichkeit ist die außenpolitische Situation so, wie ich sie Ihnen geschildert habe. Die Sowjetrussen hoffen auf die Wahl. Deswegen schicken sie gegen uns Noten, von denen eine immer schärfer als die andere ist¹⁶, um die deutsche Bevölkerung in Angst und Schrecken zu jagen und damit den Sozialdemokraten zu helfen. Wenn aber Sowjetrußland sieht, daß das vergeblich geblieben ist, daß also eine Regierung hier ans Ruder kommt, die die bisherige Politik weiter fortsetzt, dann wird es höchstwahrscheinlich mit sich reden lassen; denn diese atomare Aufrüstung ist auch für Sowjetrußland eine außerordentlich schwere Belastung wirtschaftlicher Natur. Darüber haben seinerzeit Herr von Brentano und ich mit Chruschtschow und Bulganin unter acht Augen in sehr eindrücklicher Weise gesprochen.

Ich betone noch einmal, die Sozialdemokraten, die jetzt diese Agitation treiben, leiten damit Wasser auf die Mühlen der Russen bei den Abrüstungsverhandlungen. Das müssen wir den Sozialdemokraten nachdrücklich unter die Nase halten, insbesondere gegenüber ihrem Bestreben, uns dadurch Abbruch zu tun, als ob wir die Leute seien, die Atomwaffen haben wollten.

Meine Damen und Herren, ein Wort zu den anderen Parteien! Die Deutsche Reichspartei scheint in einem Teile von Niedersachsen einen gewissen Umfang angenommen zu haben. Aber ich glaube noch nicht daran, daß die Deutsche Reichspartei nennenswerte Erfolge haben wird.¹⁷ Immerhin wird der Erfolg darin bestehen, daß sie entweder der Deutschen Partei oder uns Abbruch tun wird; wahrscheinlich aber der

16 Zuletzt Replik vom 27. Juni 1957 auf die Note der Bundesregierung vom 22. Mai (Text AdG 1957 S. 6514–6516; zum Notenwechsel in der ersten Jahreshälfte ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 353–360). Der deutsch-sowjetische Notenwechsel bildete den Auftakt zu Verhandlungen über einen Handelsvertrag. Die Beratungen begannen am 23. Juli 1957 in Moskau.

17 Die DRP erreichte 1 % der Stimmen. – Zur DRP vgl. Horst. W. SCHMOLLINGER in Stöss 1 S. 1112–1191.

Deutschen Partei mehr als uns. Die sogenannten Freien Demokraten sind nach dem, was ich gehört habe und weiß, völlig geteilter Meinung. Die einen wollen ein Bündnis mit der SPD, die anderen wollen kein Bündnis mit der SPD. Die einen wollen wieder zu uns. Vor einigen Tagen waren einige Herren der Freien Demokratischen Partei, darunter Döring und Mende, mit Industriellen zusammen, um von diesen Geld zu bekommen. Dabei sind sie vor diesen Herren in einen offenen Streit geraten. Herr Döring aus Düsseldorf hat offen erklärt, man müsse unter allen Umständen eine Koalition mit der SPD eingehen. Herr Mende hat ebenso energisch erklärt, die FDP dürfe unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen, sondern es komme für die FDP nur eine Koalition mit der CDU in Frage. Sie wissen, daß Herr Reinhold Maier auf dem Parteitag der FDP in Hamburg gesagt hat, die FDP werde sich erst nach der Wahl entscheiden, was sie tun werde.¹⁸ Vielleicht war Herr Maier da zu klug; denn ich glaube, daß ein großer Teil der bisherigen FDP-Wähler das Herrn Maier nicht abkauft, nämlich ihre Stimme abzugeben, ohne überhaupt zu wissen, was der Abgeordnete, den sie wählen, nachher tun wird.

Das ist Herrn Maier auch vorgehalten worden; nicht von mir, ich habe mit Herrn Maier keine Verbindung. Er hat darauf erklärt, es sei noch nicht aller Tage Abend. Herr Maier ist ein kluger Mann, aber – ich wiederhole – manchmal ist er zu klug. Jedenfalls ist die FDP z.Z. innerlich sehr uneins. Inwieweit das der FVP zugute kommen wird, kann ich nicht beurteilen. Ich kann auch nicht beurteilen, ob es nach dem Zusammentritt des neuen Bundestages in der FDP eine Auseinandersetzung geben wird. Das sind alles unbestimmte Faktoren z.Z. Um so notwendiger ist es, daß wir Überhangmandate bei den Sozialdemokraten verhindern. In Niedersachsen hat es Schwierigkeiten gegeben. Herr Kollege Cillien und ich haben uns in diesen Tagen darüber unterhalten. Herr Cillien hat es übernommen, dafür zu sorgen, daß es aufgrund von Verhandlungen mit der DP in Niedersachsen nicht zu solchen Überhangmandaten kommen wird. Ich würde mich herzlich freuen, wenn es Herrn Cillien gelänge; denn die Verhandlungen mit der DP sind reichlich schwierig, wodurch, das möchte ich hier nicht sagen. Die Schuld liegt zum Teil auf unserer Seite, aber zum größten Teil liegt sie ganz sicher auf der Seite der Deutschen Partei.

Ähnliche Schwierigkeiten zeichnen sich – jetzt wende ich mich an den Herrn Kollegen von Brentano – in Hessen ab. In Hessen ist die Sache auch noch nicht in Ordnung. (*Zuruf*: Herr Fay ist da!) Verzeihen Sie, ich konnte Sie nicht sehen, aber ich freue mich, daß Sie wiederhergestellt sind. Also in Hessen sind auch Schwierigkeiten. Die SPD wird alle Anstrengungen machen, um diese Schwierigkeiten zu erhöhen; denn sie kann es nicht ertragen, zum dritten Male geschlagen zu werden und zwölf Jahre in der Opposition zu sein. Wir werden daher alles daransetzen müssen, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

¹⁸ Wahlparteitag der FDP am 5./6. Juni 1957 (Einzelheiten in AdG 1957 S. 6482f.); zum Wahlkampf der FDP vgl. MENDE: Freiheit S. 390f.

Ich komme zum BHE. Der BHE hat auf einer Hauptversammlung vor einigen Wochen beschlossen, weder eine Wahlabmachung mit der CDU noch eine solche mit der SPD zu treffen.¹⁹ Der Grund war folgender: Der größte Teil der Wähler des BHE gehört nicht zu den Sozialdemokraten. Ein Teil gehört zu den Sozialdemokraten. Man befürchtet daher, wenn eine solche Parole offiziell herausgegeben würde, dann werde der BHE auseinanderfallen. Unsere Freunde unter den Vertriebenen behaupten, der BHE werde über die 5%-Klausel nicht hinauskommen. Dasselbe ist seinerzeit in Baden-Württemberg behauptet worden.²⁰ Aber die bisherigen Untersuchungen der verschiedenen Institute haben ergeben, daß der BHE doch über die 5%-Grenze kommen wird. Daher müssen wir die Folgerung ziehen, auf alle Fälle mit dem BHE zu rechnen.

Nun habe ich am Freitag voriger Woche eine lange Unterredung mit Herrn von Kessel aus Niedersachsen gehabt.²¹ Er kam aus irgendeinem Anlaß zu mir. Wir haben dann über Wahlfragen gesprochen. Er hat mir gesagt: Es ist alles zu spät, wir können nichts mehr machen. Er ist ein gewandter Taktiker auf seine Art. Er stellte dann Forderungen auf, von denen ich sagte, die sind unmöglich für uns, die können wir nicht annehmen; da tun auch unsere Wähler nicht mit.

Es bleibt also schließlich nur übrig eine Abmachung über drei Wahlkreise. Als solche kommen in Frage: Coburg-Kronach, dann ein Wahlkreis in Niedersachsen und ein bisher noch unbekannter Wahlkreis in Baden-Württemberg.²² Es wäre wünschenswert, wenn der BHE an uns herankäme im Bundestag; denn ich wiederhole nochmals, die Aussichten für eine Mehrheit im Bundestag sind da, aber kein Wahlergebnis läßt sich mit Sicherheit voraussagen. In den elf Wochen, die uns noch bevorstehen, kann irgend etwas passieren, sei es „Iller“²³ oder sonst etwas, was uns eventuell Stimmen in erheblichem Umfang kosten wird. Das zum BHE!

Und nun zum Schmerzenskind, der Saar! Es ist leider Gottes nicht gelungen, die beiden christlichen Parteien an der Saar zu einigen. Ich will nicht näher untersuchen, woran das liegt. Wir haben vor einigen Wochen in diesem Raum hier an einem Samstag nachmittag mit den Vertretern der CDU Saar und der CVP Saar fünf Stunden

19 Bundesparteitag vom 24. bis 27. April 1957 in Düsseldorf (Analyse in ACDP VII-002-277; vgl. auch NEUMANN S. 187ff.; Druck der Leitsätze S. 454–475).

20 Bei der Landtagswahl am 4. März 1956 hatte der BHE/GB 6,3 % der gültigen Stimmen erreicht.

21 Am 21. Juni 1957; Friedrich von Kessel war Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Niedersachsen sowie BHE-Vorsitzender.

22 Vgl. dazu NEUMANN S. 198f. – Die CDU verzichtete in Niedersachsen in den Wahlkreisen Verden-Rotenburg-Osterholz, Fallingbommel-Hoya, Celle und Göttingen-Münden auf die Nominierung eigener Kandidaten, die DP dafür in Hannover-Nord, Harz und Northeim-Einbeck-Duderstadt; in Hessen wurde die DP in Marburg und Gießen erfolgreich unterstützt, die CDU von der DP dafür in Frankfurt II, Dieburg und Bergstraße (LANGE S. 754).

23 Am 3. Juni 1957 waren 15 junge Soldaten beim Überqueren der Iller tödlich verunglückt (Debatte im Deutschen Bundestag am 26. Juni 1957 in Sten.Ber. 2.WP Bd.37 S. 12648–12679).

zusammengesessen.²⁴ Als wir auseinandergingen, glaubten wir – Herr Ney war nicht da –, daß wir den Boden der Einigung der beiden christlichen Parteien an der Saar gefunden hätten. Dann war aber eine Parteiversammlung der CDU Saar, an der die Herren Arnold und Meyers teilgenommen haben.²⁵ Mit Herrn Arnold, der verreist war, habe ich darüber noch nicht sprechen können. Herr Meyers hat mir erzählt, daß ihn diese Versammlung an national-sozialistische Versammlungen erinnert habe. Die Tribüne, die mit Sozialdemokraten besetzt war, hat mitgesprochen; dabei waren Hunderte von hysterischen Frauen. Es muß bis zwölf Uhr nachts dort ein Tohuwabohu gewesen sein, und zwar angestiftet durch Herrn Ney und seine näheren Freunde. Die Folge war, daß sich die Einigung nicht hat erzielen lassen und daß wir nunmehr der CSU mitgeteilt haben: Sammelt bitte die Stimmen der CVP in einer Weise, die dem Wahlgesetz entspricht. Ich möchte hier betonen, daß sich die CSU zu dieser Sache in keiner Weise gedrängt hat, sondern daß sie nur eingesprungen ist als Helfer, damit nicht ein Kampf der einen gegen die anderen dort entstände, so daß uns schließlich diese christlichen Stimmen verlorengegangen wären. Wir können der CSU nur herzlich danken, daß sie das getan hat. Wir wollen hoffen, daß auf ihrem Parteitag die gefaßten Beschlüsse genehmigt werden.²⁶ Sie haben gewisse Schwierigkeiten dort, aber von Oberbayern her hat jeder Schwierigkeiten. (*Heiterkeit.*) Das ist eine Stammeseigentümlichkeit, die man manchmal als angenehm, manchmal als unangenehm hinnehmen muß.

Ich möchte diese meine Ausführungen mit folgender Feststellung schließen: Es hat an der Saar zu Zeiten Hoffmanns eine sozialistische Partei gegeben, die in der Regierung Hoffmann war. Es hat auch eine sozialistische Partei gegeben, die dagegen war.²⁷ Nachdem aber die Saar zu Deutschland zurückgekehrt ist, haben sich diese beiden sozialistischen Parteien, ohne viel Aufhebens zu machen, zu einer sozialistischen Partei vereinigt. Bei den christlichen Parteien ist das leider Gottes nicht möglich gewesen.

Einen besonderen Dank möchte ich noch der Jungen Union aussprechen wegen ihrer Arbeit zur Vorbereitung der Wahl und auch wegen des Charakters, den sie der Versammlung gestern in Dortmund gegeben hat, wo sie so außerordentlich zahlreich vertreten war. Ihnen dieses zu sagen, lag mir am Herzen. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. (*Beifall.*)

24 Am 18. Mai 1957 – zu Einzelheiten unten S. 1304 f.

25 Am 19. Mai 1957 – vgl. Anm. 83.

26 Der Landesparteitag der CSU stimmte in Nürnberg am 6. Juli 1957 der Fusion einstimmig zu (AdG 1957 S. 6530).

27 Ursprünglich zugelassen war nur die SPS (Sozialdemokratische Partei Saar), sie spaltete sich 1952. Die neugegründete DSP (Deutsche Sozialdemokratische Partei) wurde bis 1955 nicht zugelassen. Nach der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 kam es zu Fusionsgesprächen und schließlich im Laufe des Jahres 1956 zum Aufgehen in der SPD, Landesverband Saar (zu Einzelheiten der Entwicklung SCHMIDT 3 S. 435–442 mit zahlreichen Verweisen; vgl. auch Frank DINGEL: Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes. In: Stöss 2 S. 2217–2240).

Meyers: Ich möchte noch etwas zur Föderalen Union sagen. Bei der Frage CVP/CSU spielt eine Rolle die Bildung der Föderalen Union. Es besteht die Befürchtung, daß das Zentrum und die Bayernpartei, die sich zu einer Föderalen Union zusammengeschlossen haben, erheblich gestärkt werden, wenn die CVP hinzukommen sollte. Es besteht weiter die Absicht, aus Niedersachsen die Welfenpartei hineinzunehmen. Damit zöge eine Föderale Union in den Bundestag, die auf seiten der SPD stünde. Das ist mit ein Grund gewesen, daß die CSU-Lösung von uns unterstützt wurde. Wir kommen darauf beim Punkt 5 der Tagesordnung noch zu sprechen. Ich wollte diesen maßgebenden Punkt nur in die Diskussion werfen.

Heck: Ich darf einen kurzen Überblick über den Stand der Vorbereitungen der Wahl geben.²⁸ Es sind z.Z. 1.300 Filmkopien mit zehn verschiedenen Titeln im Einsatz. In den nächsten Wochen kommen zur Auslieferung vier Trickfilme, ein Film über „Der Grüne Plan“ und ein außenpolitischer Film mit dem Titel „Im Vertrauen der Welt“.²⁹

Die „Wahlillustrierte“ ist bereits im Druck; sie wird mit einer Gesamtauflage von 5 Millionen Exemplaren erscheinen, und zwar ohne Bayern. Der „SPD-Spiegel“ – die Zusammenfassung von widerspruchsvollen Äußerungen der Sozialdemokraten, nach bestimmten Sachgebieten geordnet –, wie wir ihn im Jahre 1953 herausgegeben haben, ist ebenfalls im Druck und wird in acht Tagen ausgeliefert. Für die Plakate haben wir die öffentlichen Anschlagssäulen während der letzten vierzig Tage belegt, und zwar ist vorgesehen, immer zehn Tage für ein Motiv zusammenzufassen. Außerdem sind von uns belegt – das ist schon einmal berichtet worden – die Ganzstellen und die Sonderstellen. Ganzstellen sind Plakatsäulen, die jeweils nur für ein Plakat einer Firma oder einer Partei zur Verfügung stehen. Sonderstellen sind Stellen an den Bauzäunen usw. mit großen Flächen von zwei, drei und mehr Quadratmetern. Wir werden alle Motive in genügender Anzahl den Landesverbänden zum sogenannten freien oder wilden Kleben zur Verfügung stellen. Kandidatenplakate, Ankündigungsplakate für Versammlungen und Motivplakate sind bereits ausgeliefert worden.

Mit der Planung des Rednereinsatzes an sich sind wir soweit fertig. Hier habe ich nur eine dringende Bitte: Es gibt gewisse Schwierigkeiten, weil einige Herren, obwohl wir schon vor vier Monaten darauf gedrängt haben, bis heute noch nicht ihre Terminzusagen gegeben haben. Es ist aber unmöglich, für das gesamte Bundesgebiet zu planen, wenn nur drei oder vier Herren mit ihren Terminen fertig sind; denn wir müssen die Wahlreisen doch so einrichten, daß die Kräfte weitgehend geschont werden. Wer montags am Bodensee spricht, kann dienstags nicht in Schleswig-Holstein sprechen. Die Einsatzorte dürfen nicht weiter als dreißig bis vierzig Kilometer auseinanderliegen. Zweitens müssen wir die Redner gleichmäßig streuen, und zwar nach Gesichtspunkten, die sich aus der Wahlanalyse ergeben.

²⁸ Rednerdienst dazu in ACDP VII-004-085/1.

²⁹ Liste sämtlicher eingesetzter Filme in ACDP VII-003-003/3.

Wir müssen also die Bereiche besonders stark mit Versammlungen belegen, wo wir eine starke Labilität bei der Wählerschaft festgestellt haben. Der Plan ist fertig. Ich möchte die Herren dringend und herzlich bitten, uns umgehend ihre Terminzusage zu geben, damit wir zu einem Abschluß kommen können.

Adenauer: Haben Sie noch weitere Fragen an die Herren Heck und Meyers? Wie ist es mit der technischen Instruktion gedacht? Ich meine die Frage der Briefwahl usw.

Meyers: Es kommt ein Kalender heraus, in dem die Termine und das Verfahren vorgesehen sind. Darüber hinaus werden die Kreiswahlvorschläge an die Landesgeschäftsstelle gehen und von der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden, so daß eine erhöhte Sicherheit geboten ist. Die Landesgeschäftsstellen tun gut daran, möglichst bald die Kreisparteien aufzufordern, damit, falls irgendwelche formalen Fehler vorkommen sollten, diese noch in Ordnung gebracht werden können.

Sie haben das Beispiel von Bonn gehört, über das der Herr Bundeskanzler gesprochen hat. Es ist tatsächlich in zwei Städten nicht zu gültigen Wahlen gekommen, weil die Vorschriften nicht beachtet worden sind. Es könnte sein, daß irgendeine Formalie nicht in Ordnung ist. Und wenn dann die Frist verstrichen ist, dann ist es leider zu spät. Ich darf also wiederholen: In dem Kalender ist alles enthalten, was zu wissen notwendig ist.

Brauksiepe: Ich mache mir Gedanken, wie man den Wähler zusätzlich zu unserer Information über das komplizierte Verfahren aufklären kann; vielleicht durch Fernsehen, Rundfunk usw.

Schröder: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, das Wahlgesetz sei besonders schlecht. Ich glaube nicht, daß man das sagen sollte, wenn auch vielleicht manches schwieriger aussieht als bei der letzten Wahl. Auf jeden Fall ist an dem neuen Wahlgesetz gut, daß es ein Zweistimmenwahlgesetz ist.³⁰ Das ist die einzige Möglichkeit, gewisse Arrangements zu treffen, auf die wir zum Gewinnen unbedingt angewiesen sind. Und da ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen, daß wir Überhangmandate verhindern können, um auf diese Weise von vornherein einen gewissen Vorsprung zu bekommen.

Was jetzt schwieriger aussieht, liegt in folgendem: Das letzte Wahlgesetz ist im Jahre 1953 erst im Juli, also kurz vor den Wahlen, verabschiedet worden. Man hat hinterher so ein bißchen die Zahl fünf gerade sein lassen bei den Aufstellungen, während man jetzt genau sagen muß, daß nur diejenigen Gremien Kandidaten aufstellen können, die ihrerseits von den Mitgliedern der Parteien dazu ermächtigt

30 Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) knüpft an das Wahlgesetz von 1953 an, gilt aber nicht nur für eine Wahl, sondern allgemein. Wesentliche Neuregelungen: Einrichtung einer ständigen Wahlkreiscommission, Änderung des Verfahrens zur Ermittlung der Landeslistensitze, Verschärfung der 5%-Klausel, Möglichkeit der Verbindung der Landeslisten derselben Partei, Einrichtung eines Bundeswahlausschusses sowie Einführung der Briefwahl (vgl. LANGE S. 701-710; JESSE S. 103-110).

worden sind. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben haben, sind aber, soweit ich das beurteilen kann, in den meisten Fällen in der Zwischenzeit ausgeräumt worden. Eine gewisse Schwierigkeit war noch in Hamburg. Ich glaube aber, daß auch diese inzwischen beseitigt worden ist. Das Prinzip ist, daß der Kandidat entweder in einer Mitgliederversammlung direkt aufgestellt wird oder von Wahlmännern, die vorher von den Mitgliedern gewählt worden sind. Ich glaube also, daß die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kandidatenaufstellung praktisch behoben sind. In meinem Wahlkreis z.B. hat es keinerlei Schwierigkeiten gegeben.

Eine Neuerung dieses Wahlgesetzes ist, daß nicht von vornherein feste Quoten von Mandaten auf bestimmte Länder verteilt sind, sondern das ganze Bundesgebiet als ein Wahlgebiet genommen wird, so daß sich der Erfolg in den einzelnen Ländern danach richtet, wie stark dort gewählt worden ist. Ich sehe Herrn Seidel und verstehe, daß das in manchen Gegenden etwas bitter wird, aber aus Gründen der Gerechtigkeit war hier das andere System nicht mehr durchzuhalten. Die Bevölkerungszahlen haben sich in den letzten drei oder vier Jahren so entscheidend verschoben, daß wir nicht mehr zulassen konnten, daß in einem Gebiet soundso viel tausend Stimmen weniger erforderlich sind, um einen Erfolg zu haben, und in einem anderen Gebiet mehr Stimmen für den gleichen Erfolg. Das ist einfach eine Folge der großen Umwälzung innerhalb des Bundesgebietes, zum anderen eine Folge aus dem über das Bundesgebiet ungleichmäßig verteilten Zuzug aus der Sowjetzone. Hier gilt nun wirklich: Freie Bahn dem Tüchtigen! Die höchste Wahlbeteiligung garantiert auch die höchste Anzahl von Sitzen im Bundestag. Das ist nichts anderes, wie dies auch in der alten Reichswahlordnung gewesen ist, wo es für bestimmte Stimmenzahlen feste Mandate gab. Insofern ist also die Sache anders als in den Jahren 1949 und 1953, aber nicht anders, als es im Grunde einem Verhältniswahlrecht entspricht.

Nun kommt die Frage: Soll man die Listen miteinander verbinden? Ich glaube, daß wir das in der Tat tun sollten; denn die Verbindung aller Listen hat den Vorteil, daß man tatsächlich den letzten Stimmenrest dabei noch auskämmen kann. Die Zuteilung der Mandate erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren. Die Überhangmandate gehen dadurch nicht verloren, sondern wo Überhangmandate in einzelnen Gebieten erzielt werden, bleibt es auch dabei. Im übrigen wird nach dem Höchstzahlverfahren im ganzen Bundesgebiet gearbeitet. Das ist allerdings ein Verfahren, von dem die kleineren Parteien mehr haben als wir. Wir würden da und dort ein Mandat oder zwei Mandate auf diese Weise bekommen können, während die kleineren Gruppen auf dem Wege der Verbindung aller Listen auch das addieren können, was sonst jeweils in einem Land unter 5 % etwa verbleibt. Aber das liegt in unserer Berechnung sowieso schon drin. Wenn wir von der 5%-Grenze gesprochen haben, dann haben wir das immer schon auf das ganze Bundesgebiet bezogen, so daß darin praktisch nichts besonderes Neues liegt.

Ich darf ein Wort zu der Frage des Bundeswahlausschusses sagen. Er hat die Beschwerden gegen die Zulassung oder Zurückweisung von Landeslisten durch den Landeswahlausschuß zu behandeln, ferner die Zulassung von Listenverbindungen und

schließlich die abschließende Feststellung des Wahlergebnisses der Landeslistenwahl. Wir können in dieses Gremium jemand entsenden, der weder Wahlwettbewerber noch Vertrauensmann für einen der Wahlvorschläge ist. Es wäre außerdem wünschenswert, wenn es ein Jurist wäre. Es genügt auch, wenn es jemand ist, der sich mit der Wahl beschäftigt hat. Bei uns ist noch nicht darüber gesprochen worden, wer das sein könnte. Herr Heck wird als Kandidat ausscheiden. Vielleicht kommt Herr Kraske in Frage. Es muß noch darüber gesprochen werden, wer die CDU beim Bundeswahlleiter im Bundeswahlausschuß vertreten soll.³¹ Die Funktion ist nicht unwichtig, aber sie ist auch nicht so, daß nun ein großes Unglück so oder so passieren könnte. Die Beschäftigung ist mehr oder weniger eine formale.

Ganz neu ist die Frage der Briefwahl. Frau Brauksiepe hat gesagt, wie sollen wir die Wähler zusätzlich aufklären über das Wahlverfahren an sich? Da brauchen wir nur zurückzugreifen auf das Wahlgesetz vom Jahre 1953. Wir können dabei die Bilder, die wir für das Kreuzaufmalen verwendet haben, gebrauchen. Der Stimmzettel wird so aussehen: Links, und zwar nach Farben verschieden, sind die Direktkandidaten. Das fängt an mit der CDU, dann folgt die SPD, dann die FDP usw. Dahinter ist der Kreis für das Kreuz. Rechts ist die Liste derjenigen, die die Landeslisten aufgestellt haben. Es kommt auch vor, daß selbständige Bewerber da sind. Dann wird dieses rechte Feld offenbleiben.

Nun gilt genau dasselbe, was wir damals gesagt haben; wo wir direkt und mit der Landesliste kandidieren, fordern wir unsere Wähler auf: Dein Kreuz gehört dem Kandidaten X, Y, Z. Eine gewisse Schwierigkeit tritt auf, wo die CDU, die DP oder die FVP keinen direkten Kandidaten hat. Dann fordert man auf, die CDU-Landesliste zu wählen. Aber das sind Sachen, die schon 1953 gemacht worden sind. Das ist nichts Neues; darin liegt keine Besonderheit.

Wir erläutern dieses Verfahren auch im Fernsehen und im Rundfunk. Wir sollten auch Anzeigen in die Zeitungen setzen und sagen: Wer CDU wählt, macht folgendes ... Und dann bringt man den Ausschnitt aus dem Stimmzettel, so daß die Leute keinen Zweifel haben, daß hier zwei Kreuze wichtig sind; denn das zweite Kreuz ist im Grunde genommen noch wichtiger als das erste, so sehr wir auch Wert darauf legen, daß unsere Direktkandidaten zum Zuge kommen. Die Partei ist eigentlich nur interessiert an dem Kreuz in der zweiten Spalte; denn danach richtet sich ihr Gesamterfolg. Sie kann nicht mehr haben, als sie in der zweiten Spalte tatsächlich erzielt. Deswegen können wir in der ersten Spalte an die DP usw. sozusagen etwas verschenken, wenn wir keinen eigenen Kandidaten haben, aber in der zweiten Spalte müssen unsere Stimmen unbedingt ausgebracht werden. Das ist ein Kardinalsatz, den sich jeder Kandidat, Kreisgeschäftsführer usw. klargemacht haben muß. Wir haben

31 Als Beisitzer Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1954 stv. und 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1971–1973 Generalsekretär, 1965–1980 MdB, und als stv. Beisitzer Johannes Gross (geb. 1932), 1955–1959 Abteilungsleiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Journalist.

natürlich auch ein Interesse daran, in der ersten Spalte auf unsere Kandidaten soviel Stimmen wie möglich von den anderen Gruppen zu ziehen. Wir wissen vom Jahre 1953, daß wir im Grunde genommen auf die Erststimmen an vielen Stellen sogar mehr vereinigt haben als auf die Zweitstimmen. Da sind Abweichungen bis zu 12 % gewesen, die uns manchmal geholfen haben, einen Direktkandidaten zu bekommen. Ein Direktmandat ist unter Umständen auch ein Beitrag zu einem Überhangmandat. Überhangmandate können nur entstehen durch einen möglichst großen Erfolg der Direktkandidaten. Mit anderen Worten, es werden nur ein bis eineinhalb Dutzend Wahlkreise sein, wo es ein Arrangement mit anderen Gruppen gibt.

Im Prinzip können wir davon ausgehen, daß wir Propaganda machen: Alle Stimmen auf den CDU-Kandidaten und die CDU-Liste. Gewisse Veränderungen gelten dort, wo wir ein Arrangement mit anderen Gruppen haben. Hier sind aber alle anderen daran interessiert, in diesen Bezirken eine Klärung herbeizuführen. Wir sind uns darüber klar, daß das ganze Wahlgebiet von 1949 an etwas aus den Fugen geraten ist.

1949 war das Bundesgebiet in 244 Wahlkreise eingeteilt worden, zu denen jetzt die 5 Wahlkreise an der Saar kommen. Aber die Bezirke haben sich ganz verschieden entwickelt. Die Bezirke liegen sehr weit auseinander. Es gibt Wahlkreise mit 120.000 bis 130.000 Einwohnern und solche mit 360.000 bis 380.000 Einwohnern, so daß von einer Gleichmäßigkeit der Größe der Wahlkreise überhaupt keine Rede mehr sein kann. Eine Stadt wie Düsseldorf beschwert sich bitter darüber, daß sie dabei außerordentlich benachteiligt wird. Das sind Dinge, die uns bei der Kandidatenaufstellung Schwierigkeiten machen, weil die Wahlkreise so ungleich groß sind.

Es ist im Wahlgesetz vorgesehen, daß im Bundestag eine Kommission gebildet wird, die Vorschläge für eine neue Abgrenzung machen wird. Das ist keine aktuelle Sache, aber doch ein Punkt, der im Wahlkampf erwähnt werden kann, daß nämlich die Absicht besteht, die Wahlkreise besser zu gestalten, als dies im Augenblick der Fall ist.

Nun zur Briefwahl! Diesmal haben wir eine Chance, die wir bisher nicht hatten. Die alten, kranken und schwachen Leute in Heimen und Anstalten brauchen nicht mehr mühselig transportiert zu werden zu einem Wahllokal, sondern alle diese Leute können jetzt einen Wahlschein beantragen, um sich an der Briefwahl zu beteiligen. Einen Wahlschein erhält im übrigen auch derjenige, der verhindert ist, in seinem Wahlbezirk zu wählen. Die Wahlscheine sollen auf Verdacht ausgestellt werden; es ist aber so, daß in einer nicht sehr formalen Weise die Verhinderung glaubhaft gemacht werden muß. Dann bekommt man diesen Schein. Man bekommt diesmal darüber hinaus einen weiteren Umschlag mit einer Verschußmarke und einem Stimmzettel, der vom 13. Tage vor der Wahl an aufgegeben werden kann. Ich kann mir also, wenn ich die Absicht habe, am 15. September abwesend zu sein, vorher diesen Wahlschein besorgen. Dann bekomme ich den Originalstimmschein in die Hand. Ich kreuze dann in aller Ruhe diesen Stimmzettel an, verschließe ihn mit der Verschußmarke, lege diesen Umschlag dann in einen zweiten Umschlag mit dem Wahlschein und

schicke das Ganze an den örtlichen zuständigen Kreiswahlleiter. Das muß nicht erst am Wahlsonntag sein, das kann schon am 1. oder 2. September erfolgen. Mit anderen Worten: Dieses Verfahren ist sehr vielgestaltig verwendbar. (*Zuruf*: Müssen die Briefe frankiert werden?) In Deutschland sind sie gratis, im Ausland sind sie zahlbar. (*Adenauer*: Der Herr Rowohlt³² wird wohl bis dahin zurück sein!) Ja, er wird wohl zurück sein.

Ich bin in Köln von zwei Herren angesprochen worden, von dem Oberbürgermeister Burauen³³ und dem Oberstadtdirektor Dr. Adenauer³⁴. Sie haben mir gesagt, es ist die Frage, ob auf diese Weise noch das Wahlgeheimnis gesichert bleibt, soweit es sich um solche Anstalten und Heime handelt. Daß für alle privaten Leute, die verreist sind, das Wahlgeheimnis gesichert ist, ist völlig klar. Wir brauchen nicht besonders ängstlich zu sein; denn für jemand, der in seiner Kammer den Stimmzettel ankreuzt und ihn dann verschließt, ist das Wahlgeheimnis nicht gefährdet. Es ist allerdings folgende Besorgnis aufgetaucht: Es wird gesagt, der Vertreter eines Altersheimes oder einer Anstalt läßt sich von dem örtlichen Wahlleiter für seine, sagen wir, 150 Insassen die Wahlscheine geben, und dann wird die Wahl im Zentralbüro dieses Heimes für die 150 Insassen getätigt.

Was uns angeht, so ist das Risiko, das wir damit eingehen, nicht überwiegend groß; es gibt natürlich auch Heime der Arbeiterwohlfahrt usw. Das ist etwas, was wir aber nicht ausschalten können. Wer aus einem solchen SPD-Altersheim kommt, der weiß sowieso, daß er bei der Wahl die SPD anzukreuzen hat. (*Adenauer*: Gibt es SPD-Altersheime?) Ja, z.B. die Arbeiterwohlfahrt! Ich weiß aber nicht, für wen Sie besorgt sind, Herr Bundeskanzler. (*Adenauer*: Natürlich für uns!) Ich glaube, daß man es nicht übertreiben soll. Man wird in vernünftiger Weise es auf solche Leute beschränken, die tatsächlich nicht an die Wahlurne gehen können. Das ist ein Punkt, der vielleicht noch eine Kontroverse auslösen wird. An der Gültigkeit der Wahl könnte aber nur dann gezweifelt werden, wenn wirklich nachgewiesen würde, daß irgendein Verwalter oder Leiter 150 Stimmzettel in Empfang genommen und sie dann selber bearbeitet hat. Das wird aber wohl kaum jemand tun, weil solche Sachen im allgemeinen doch nicht geheim bleiben. Aber das wären die Gründe, die zur Anfechtung einer Wahl hin und wieder führen könnten. Der späteste Zeitpunkt, bis zu dem die Briefe bei dem Wahlleiter sein müssen, ist 18 Uhr am Wahltag. Es geschieht alles, auch in Verbindung mit der Post wegen der Zustellung der Briefe usw., um die Briefwahl zu sichern. Es wird vielleicht auf Anhieb nicht so einschlagen, wie das in anderen Ländern der Fall ist, aber ich glaube doch, daß wir einen großen Teil

32 Ernst Rowohlt (1887–1960), Verleger, hatte seine Teilnahme an den 6. Weltfestspielen der Jugend vom 28. Juli bis 11. August 1957 in Moskau angekündigt (Bericht zur Vorgeschichte in: „Informationen der Jungen Union Deutschlands“ 5.Jg. (Juli 1957) S. 21.

33 Theodor Burauen (1906–1987), 1954–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1954–1973 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (seit 1956) in Köln.

34 Dr. Max Adenauer (geb. 1910), 1948–1965 Beigeordneter bzw. Oberstadtdirektor (seit 1953) in Köln, Sohn des Bundeskanzlers.

der Wähler für uns haben, die davon Gebrauch machen werden, weil sie wegen einer Reise oder sonstwie verhindert sind.

Die Reisepläne werden also nicht mehr gestört durch die Wahl. Auch zahlreiche Reisebüros haben bereits in ihren Werbeschriften aufgenommen, daß man sich der Briefwahl bedienen kann. Wir werden außerdem über den Bundeswahlleiter an alle Reisebüros herantreten. Wir sind daran interessiert, die letzte Stimme auszunutzen.

Vielleicht darf ich hier eine Pause machen, um Fragen zu beantworten.

Adenauer: Ich darf Ihnen sagen, mit welchen Bedenken ich dieser ganzen Briefwahl gegenüberstehe. Zunächst habe ich Bedenken wegen der Bestimmung, daß die Briefe am Wahltag um 6 Uhr abends in der Hand des örtlichen Wahlleiters sein müssen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß z.B. die Stadt Honnef mit 16.000 Einwohnern sonntags überhaupt keine Briefbestellung hat. (*Schröder:* Sie ist verpflichtet, es zu tun!) Sie ist verpflichtet! Aber ob sie es tut, ist eine Frage für sich.

Zweitens hat die Stadt Honnef an Werktagen nur eine Postbestellung, so daß diese Briefe nur rechtzeitig ankommen, wenn sie schon samstags früh da sind. Dann haben Sie die weitere Schwierigkeit, den Wahlleiter zu finden. Diese technischen Schwierigkeiten, vor allem in den kleineren Orten, aber auch in den größeren Städten, dürfen Sie nicht unterschätzen.

Dann haben Sie von gefälschten Unterschriften gesprochen. (*Schröder:* Nein, nicht von gefälschten Unterschriften, sondern nur davon, daß es beanstandet werden kann, wenn ein Heimleiter es selber macht, ohne daß die anderen dies sehen!) Wir haben zwei Fälle erlebt, in denen eine große Zahl gefälschter Briefe des Herrn Strauß an eine Reihe von Leuten verschickt worden ist, wo seine Unterschrift nachgemacht wurde und in denen grobe Anschuldigungen und Schimpfereien gegen eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der CDU enthalten waren. (*Von Brentano:* Auch mit Jakob Kaiser!) Ja, wir haben einen ähnlichen Fall erlebt mit Jakob Kaiser, Gerstenmaier und mit mir. Wir haben die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben.³⁵ Es sind also offenbar Bestrebungen im Gange, die versuchen, auf diese Weise irgendwelche Geschichten zu machen. Diese Leute haben vor einer Urkundenfälschung nicht zurückgeschreckt. Versetzen Sie sich einmal in die Rolle eines Heimleiters, eines alten Mannes oder einer alten Frau. Die können doch leicht zu der Meinung kommen: Ich tue damit ein gutes Werk. Was soll ich die Leute einzeln quälen! Ich habe also in der ganzen Sache erhebliche Bedenken. (*Cillien:* Haben Sie schon das Kuvert vorgesehen?)

Schröder: Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Post an diesem Tage für die Bestellung sorgt. Herr Lemmer wird durch besondere Anordnung sich der Sache noch annehmen. Je kleiner der Bereich ist, desto leichter ist es möglich, daß die Post die Briefe an diesem Tage bestellt. Ich spreche nur vom Sonntag. Diese Umschläge fallen auch unter den anderen Umschlägen so deutlich auf, daß man nicht sagen kann,

35 Beispiele für Briefgefälschungen in ACDP VII-002-278.

man könnte sie übersehen. Ich möchte annehmen, daß das Interesse an dieser Sache, unabhängig von der Partei, so groß ist, daß es ganz gut klappen wird.

Was die Fälschung angeht, so kann nach meiner Meinung kaum etwas passieren, wenn Sie an folgendes denken: Zunächst müssen die Wahlscheine beantragt worden sein. Dann wird abgehakt, daß z.B. der Herr Müller seinen Wahlschein bekommen hat. (*Adenauer*: Wo beantragt?) Bei der zuständigen örtlichen Stelle! (*Adenauer*: Wer ist die zuständige örtliche Stelle?) Das ist der Kreiswahlleiter, also praktisch die Aufsicht im Kreis, der Oberkreisdirektor. (*Adenauer*: Ich kann Ihnen sagen, da sind manchmal Reisen von zehn bis zwölf Kilometer zu machen!) Wer gesund ist und gehen kann, für den ergibt sich keine Änderung. Es handelt sich nur um die kranken Leute, die bisher ausgeschlossen waren, weil sie nicht transportiert werden konnten und weil kein Wahllokal für sie vorhanden war. Diese Leute können nunmehr wählen. (*Adenauer*: Wir reden aneinander vorbei. Es ist eine Schwierigkeit, wo sich der Wähler beim Kreiswahlleiter das beschaffen muß.) In Düsseldorf gibt es z.B. ein Büro. Dort gibt es praktisch keine Schwierigkeiten. Ob ich in Düsseldorf da- oder dorthin fahre, das ist kein Problem. (*Adenauer*: Kann es nicht dem Bürgermeister in den Landkreisen übertragen werden? Sie haben von dem Kreiswahlleiter gesprochen.) Das ist weiter herunterdelegiert. Der Gemeindevahlleiter kann das natürlich auch machen. Es hat sich also nichts geändert. Wo man auch sonst hinging, geht man auch jetzt hin und bekommt zum Wahlschein einen Stimmzettel, einen Umschlag und eine Verschußmarke. Das macht man zu und gibt es bei der Post auf. (*Bausch*³⁶: Der Stimmzettel und der Wahlschein müssen getrennt sein.) Es ist so: Ich komme in das Wahllokal, wenn ich einen Wahlschein habe, und gebe meinen Schein ab. Dann bekomme ich einen Umschlag, tue die Sache hinein, und dann wird es in die Urne geworfen. Der Schein wird nur registriert oder zurückgeschickt. Damit ist das Wahlgeheimnis völlig gewahrt. Gefälscht werden kann nur schwerlich etwas; denn das setzt voraus, daß man genau wüßte, wer einen Wahlschein beantragt hat. Das ist aber praktisch nicht herauszubekommen. Sollte auf Verdacht gefälscht sein, müßte man die ganzen örtlichen Urkunden, die sehr voneinander abweichen, nachmachen. Die Gefahr einer Fälschung bleibt also an der untersten Wahrscheinlichkeitsgrenze. (*Bausch*: Unter der Voraussetzung, daß der Wahlleiter nur so viel Stimmzettel annimmt, als er Stimmscheine bekommt!) Sie bekommen es gleichzeitig. Den größeren Umschlag machen Sie auf. Da ist der Wahlschein drin. Den anderen Umschlag werfen Sie in die Urne. Die Wahlscheine werden genau aufgestapelt wie die anderen. (*Nagel*³⁷: Wie soll die Verbindung der Listen in den Ländern zustande kommen?) Durch gleichlautende Erklärungen an die Landesverbände. Man wird eine einheitliche Erklärung vorbereiten, die von allen unterschrieben wird. Es müssen Erklärungen aller Landesspitzen sein. Das könnte in Form einer Sammelerklärung gemacht werden.

36 Paul Bausch – vgl. Nr. 1 Anm. 41.

37 Heinrich Nagel (1888–1958), 1950–1951 und 1955–1958 MdBB (CDU), 1952–1958 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich darf noch folgendes nachholen: Als ich vorhin mit meiner Übersicht begann, wurde Herr Seidel ans Telefon gerufen. Ich möchte ihn herzlich in unserer Mitte begrüßen. Ich habe bei meinen Ausführungen schon der CSU dafür gedankt, daß sie sich der Dinge an der Saar angenommen hat, damit keine christlichen Stimmen verlorengehen. Ich möchte diesen Dank wiederholen, daß die CDU und CSU während der letzten vier Jahre, besonders im Bundestag, treu zueinander gestanden und miteinander gearbeitet haben.

Lassen Sie mich nun unseres heimgegangenen Kollegen Lenz gedenken. *Die Teilnehmer erheben sich von den Plätzen.* Herr Lenz ist allzu früh von uns gegangen, völlig unerwartet. Ihm selbst jedoch scheint der Tod nicht so unerwartet gekommen zu sein; denn ich habe kurze Zeit vor seinem Tode von seiner Afrikareise – die er mit einigen anderen Bundestagsabgeordneten unternommen hat – von ihm eine Karte bekommen, in der er schrieb, daß sie dort unter besonderen Gefahren weilten. Wenn es ihm vergönnt wäre, lebend zurückzukommen, werde er mir darüber Bericht erstatten. Der Tod des Kollegen Lenz hat uns nicht nur persönlich schwer getroffen, sondern es ist auch in unserer Partei ein Verlust eingetreten, der bis jetzt nicht ausgefüllt ist. Herr Lenz war ein sehr einfallsreicher und ein sehr kluger Mann. Sicher, der eine oder andere hatte dieses oder jenes an ihm auszusetzen. Das ist aber immer bei den Menschen der Fall. Er hat sich jedoch der Arbeit für unsere Partei in einer Weise gewidmet, für die wir ihm auch über das Grab hinaus von ganzem Herzen danken. Ich bitte Sie, mir zu gestatten, im Namen des Vorstandes Frau Lenz noch nachträglich unsere Grüße und aufrichtige Teilnahme zu übermitteln. – Ich danke Ihnen.

Seidel: Wir werden am kommenden Freitag in Nürnberg unsere Landesliste aufstellen.³⁸ Der Waschkübel, mit dem die Köpfe der Mitglieder der Landesgruppe gewaschen werden, steht bereit. Die Aufhebung der Fixierung der Abgeordnetenmandate hat für Bayern zur Folge, daß beim gleichen Wahlergebnis wie 1953 in Bayern acht Abgeordnete weniger gewählt werden, wovon die CSU sechs und die SPD nur zwei zu stellen hat. Aber das ist ein Faktum, über das wir nicht mehr hinwegkommen.

Was dieses Wahlgesetz für Möglichkeiten offenläßt, ist folgendes: Herr Schröder hat mit Recht gesagt, daß die Zahl der Abgeordneten aus den Zweitstimmen berechnet wird und daß von dieser Zahl die unmittelbar in Bundeswahlkreisen Gewählten abgezogen werden und der Rest auf die Liste geht. Wenn wir nur Bundeswahlkandidaten aufstellten und die CSU in Bayern eine Landesliste, dann könnten wir mit diesem Trick tatsächlich von den 80 Abgeordneten, sagen wir, 72 auf Bayern konzentrieren. Das wäre nicht contra legem, aber es wäre eine unmögliche Sache. Man sieht, daß dieses Wahlgesetz eine ganze Menge Lücken hat. Ich will aber nicht mehr darüber reden; es ist passiert.

³⁸ Am 6. Juli 1957. – Bericht in der „Welt“ vom 8. Juli 1957; Druck der CSU-Landesliste: UiD vom 15. August 1957. – Landeslisten der CDU EBD. vom 25. Juli, 8. August und 22. August.

Ein Weiteres ist mir sehr schmerzlich: Unsere Hilfe an der Saar ist durch dieses Bundeswahlgesetz außerordentlich erschwert worden, weil sich die beiden Parteien zu einer Partei zusammenschließen mußten³⁹; denn nach dem Bundeswahlgesetz können nur Bundesparteien kandidieren. Das bedeutet, daß es in Zukunft eine Landesgruppe CSU Bayern und eine Landesgruppe CSU Saar geben wird. Unsere Hilfe liegt doch darin, einen Übergangszustand zu schaffen, um den christlichen Stimmen an der Saar eine Alternative zu geben. Nun wissen wir alle, daß solchen Entwicklungen eine gewisse Eigengesetzlichkeit innewohnt. Wenn nun einmal diese Landesgruppe CSU Saar Spaß und Gefallen an dieser Existenz findet – ich habe den Eindruck, daß man ganz gerne unter dem Hute der CSU lebt –, dann glaube ich, daß die Neigung zu einer Wiedervereinigung mit der CDU, was unser aller Wunsch ist, nicht gerade gestärkt wird.⁴⁰ Ein bißchen daran schuld ist natürlich das Bundeswahlgesetz, das uns gezwungen hat, durch eine immerhin recht einschneidende Satzungsänderung nun plötzlich eine bayerische Expansion über die Grenzen Bayerns hinaus zu betreiben. Ich bin sehr untröstlich darüber, das Bundeswahlgesetz hat uns aber dazu gezwungen. Ich wollte das noch bemerken, damit Klarheit darüber besteht.

Eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers wegen Coburg-Kronach muß ich richtigstellen. Die Delegiertenversammlung von Coburg-Kronach hat bereits ihre Kandidaten aufgestellt.⁴¹ Auch hierüber will ich nicht viel reden. Ich habe bei der Frage, ob das Bundeswahlgesetz geändert werden soll, auf die große Gefahr hingewiesen, daß bindende Abmachungen mit dem BHE und anderen Parteien wahrscheinlich nur bei einer entsprechenden Änderung des Bundeswahlgesetzes möglich würden. Ich bin damals nicht durchgedrungen. Man hat mich nicht verstanden. Ich hatte den Eindruck, daß man mich zum Teil auch nicht verstehen wollte. Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler darin einig, daß wir die Wahl gewinnen werden, daß es uns aber Schwierigkeiten bereiten wird, die Regierung zu bilden. Wir sollten in dieser Frage nicht leichtfertig sein. Inzwischen hat sich der BHE zwar äußerlich zu uns hin entwickelt durch verschiedene Erklärungen, er hat aber nichts getan, um für diese Erklärungen auch eine gewisse Substanz zu schaffen. Ich bin nicht bereit, in Bayern dem BHE eine Chance zu geben, sofern der BHE nicht bereit ist, eine ordentliche und saubere Gegenleistung zu vollbringen. Erst dann ließe sich darüber reden. Wir haben nicht nur die Wahl zu gewinnen, sondern wir müssen auch später die Regierung bilden. Es ist nichts Unwiderrufliches geschehen, aber so einfach – das wollte ich ausdrücklich feststellen, Herr Bundeskanzler – ist das nicht.

39 Zu den Fusionsgesprächen der durch das Wahlgesetz gefährdeten Parteien LANGE S. 721–752; DINGEL (vgl. Anm. 77) S. 747–749.

40 Die formale Vereinigung von CDU Saar und CSU/CVP kam erst zwischen Herbst 1958 und Frühjahr 1959 zustande; am 19. April 1959 löste sich die CSU/CVP auf, um in der CDU Saar aufzugehen (SCHMIDT 3 S. 615).

41 Direkt gewählt wurde der CSU-Vertreter Dr. Friedrich Knorr. – Zu Wahlabsprachen kam es zwischen CSU und BHE nicht (LANGE S. 752–759, NEUMANN S. 198f.).

Adenauer: Das ist gar nicht einfach.

*Dobelmann*⁴²: Soweit ich im Bilde bin, hatten die Parteien keine Unterlagen, um die richtige Formulierung für die Einreichung der Kandidaten vorzunehmen. Ich habe die Angst, daß hier und da etwas verkehrtgelaufen ist. Es ist notwendig, daß die Kreisverbände ordnungsmäßige Delegiertenversammlungen oder Mitgliederversammlungen einberufen, um ihre Kandidaten aufzustellen. Nun frage ich, genügt es, wenn in einem Protokoll gesagt wird: Die hier Versammelten sind ordnungsmäßig gewählte Delegierte; sie wählen unter sich einen Vorsitzenden. Ist es richtig, wenn gesagt wird, alle, die als Delegierte gewählt worden sind, sind ordnungsmäßig geladen, so daß die Versammlung beschlußfähig ist? Dagegen wird kein Einspruch eingelegt. Das alles ist im Protokoll vermerkt.

Nun wurde seinerzeit die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig sei, daß zwei Delegierte eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß der Bundeskandidat in geheimer Wahl gewählt wurde.

Schröder: Wir sind diesmal in einer glücklicheren Lage als vor vier Jahren. Damals war das Gesetz noch nicht so frühzeitig verabschiedet wie in diesem Jahr. Deswegen ist damals manches nicht so ganz genau gegangen. In diesem braunen Umschlag sind das Bundeswahlgesetz, die Bundeswahlordnung enthalten und gleichzeitig alle die Fragen beantwortet, die Sie gestellt haben. Es sind auch zahlreiche Protokollentwürfe dabei. Da ist alles genau gesagt. Ich weiß nicht, ob Sie das bekommen haben. (*Dobelmann:* Nein! – *Mülltenbach:* Das haben alle bekommen!) Das müssen Sie also noch bekommen; da steht alles drin.

Dichtel: Herr Bundeskanzler, Sie sprachen davon, daß Herr von Kessel Ihnen gesagt hat ...

Adenauer: Verzeihung, Herr Dichtel, das haben mir andere Herren gesagt. Da besteht eine Möglichkeit. (*Dichtel:* Nach meinen Informationen sind alle Wahlkreise besetzt. Ich sehe keine Möglichkeit mehr, irgend etwas zu tun.) Ich darf eine allgemeine Bemerkung machen. Unsere Partei ist föderativ entstanden und gewachsen. Die Sozialdemokratie hat nur ihre zentrale Organisation zu erneuern brauchen. Daher ist es sehr schwer in unserer Partei, Entscheidungen zu treffen, die für die gesamte Partei von Bedeutung sind, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Kreisvorsitzenden leisten den Landesvorsitzenden Widerstand; die Länder leisten der obersten Parteileitung Widerstand. (*Altmeier:* Wo?) Überall bei der Aufstellung von Kandidaten. Lieber Herr Altmeier, Sie wissen ganz genau, was es heißt, Landeslisten und Kandidaten aufzustellen. Ich glaube, auch Sie sind manchmal nicht sehr glücklich, wenn Sie hören, daß Ihnen menschlich sehr nahestehende Leute nun auf einmal als Abgeordnete aufgestellt werden sollen. Ich habe keine Namen genannt, und es hat auch keiner etwas gemerkt. Herr Meyers hat vorgeschlagen, ob man hier nicht doch noch eine Art Koordinierungsinstanz schaffen sollte, die versuchen sollte, gestützt auf die Autorität des

42 In der Vorlage: Dobermann. – Vgl. Nr. 2 Anm. 32.

Partei Vorstandes, gewisse Möglichkeiten herbeizuführen. Denn schließlich muß doch die Fraktion gut arbeiten können. Dazu muß sie auf allen Gebieten wenigstens zwei oder drei Leute haben, die etwas von den Dingen verstehen. Die einzelnen Wahlkreise kennen gar nicht diese Bedürfnisse, und wenn sie sie kennen, so weiß ich nicht, ob sie sie auch berücksichtigen würden. So kommt es, daß wir z.B. – lassen Sie mich einen ganz speziellen Fall herausstellen – auf dem Gebiete der sozialen Frage in der Bundestagsfraktion ganz empfindliche Lücken haben, so daß die gute Arbeit dadurch gefährdet wird. Bitte überlegen Sie einmal, ob wir nicht doch versuchen sollten, irgendein Gremium zu schaffen, das dann, wenn die ganzen Listen vorliegen, mit dem einen oder anderen Landesvorsitzenden Rücksprache nimmt, um ihm zu sagen, läßt sich nicht das oder jenes ändern?

Meyers: Es handelt sich um zwei Fragen. Die erste Frage ist die materielle Seite, die Sache des Bundesvorstandes ist. Die zweite Frage ist die formelle Seite. Das Wahlgesetz hat sehr viele formelle Voraussetzungen. Wenn sie alle erfüllt werden, ist die Sache in Ordnung. Aber das ist eben die Frage. Wir haben 1953 erlebt, daß ein Kreisgeschäftsführer den Kreiswahlvorschlag am Tage des Ablaufes der Frist fünf Minuten nach sechs Uhr eingereicht hat. Nur der Umstand, daß die SPD ihren Kandidaten nicht dort haben wollte und lieber einen weiteren Sitz mit ihrer Stimme auf der Landesliste wünschte, hat dazu geführt, daß dieser eingereichte Vorschlag nicht angefochten worden ist. Damit wir die formellen Unterlagen frühzeitig haben, sollte der Bundesvorstand beschließen, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Landesverbände dem Bundesvorstand Mitteilung machen und daß die Kreisvorschläge geprüft und vom Landesverband eingereicht sind, damit wir wissen, daß alle Formalien in Ordnung sind. Es wäre nichts schlimmer, als wenn wir durch diese Formalien etwas verlören, was an sich nicht zu sein braucht.

Schröder: Ich muß in einem Punkte etwas klarstellen. Die Bedeutung von Honnef habe ich überschätzt. Diese Briefe sind an den Kreiswahlleiter zu schicken, so daß dies für Honnef keine Rolle spielt, sondern nur für Siegburg. (*Adenauer:* Dort wird dasselbe sein!) Es sind 247 Fälle, wo Vorkehrungen getroffen werden müssen. Das sollte in der Tat möglich sein.

Nun zu dem anderen Punkt, ob es nicht Schwierigkeiten machen könnte, wenn jemand die Sache selbst erledigt. Auf der Briefwahl ist eine eidesstattliche Erklärung vorgesehen. Darin heißt es: Ich erkläre gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt, daß ich den beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet habe. Damit ist alles geschehen, was man tun kann, um den Krankenhäusern, Heimen und Anstalten die Sicherheit zu geben, damit nicht die Verwaltung das selber macht.

Adenauer: Meine Herren! Die Würfel sind gefallen. Machen wir also das Beste daraus und versuchen wir, wenn wir es können, nach der Wahl ein besseres Wahlgesetz zu schaffen. Nun hat Herr Seidel vom BHE gesprochen. Ich erkenne die Schwierigkeiten durchaus an, aber wir wollen versuchen, ihrer Herr zu werden. Ich habe am Freitag mit Herrn Stücklen wegen Coburg-Kronach gesprochen. Er äußerte ähnliche Schwierigkeiten wie Sie, meinte aber, eventuell ließen sie sich überwinden. Auf alle

Fälle sollten wir an die einzelnen Länder herantreten, uns zu helfen, damit wir die BHE-Stimmen für uns bekommen. Es steht zuviel auf dem Spiel, als daß wir an irgendwelchen begreiflichen und verständlichen Schwierigkeiten die Dinge scheitern lassen dürfen. Wir werden natürlich Schwierigkeiten haben. Wir haben sie schon mit den Vertretern der Vertriebenen, die früher zu uns gekommen sind, oder mit denen, die von Anfang an bei uns waren. Diese sagen, die kommen nicht über 5 %, also gebt euch keine Mühe. Wenn sie aber doch über 5 % kommen sollten, dann ist die Schüssel zerbrochen, und wir haben das Unglück. Deswegen müssen wir auf den guten Willen aller rechnen.

Es wäre mir sehr lieb, wenn aus der Versammlung noch über zwei Dinge, die ich angeführt habe, etwas gesagt würde; zunächst über das Verhalten gegenüber der FDP im Wahlkampf. Ich nehme an, daß ein großer Teil der FDP-Wähler nicht mit der SPD zusammengehen will und daß auch ein nicht unerheblicher Teil der gewählten FDP-Abgeordneten es ablehnen wird, mit der SPD zusammenzugehen. Auf der anderen Seite läßt sich nicht bestreiten, daß eine gewisse Schar unter der Führung von Döring aus Düsseldorf mit vollen Segeln zur SPD will.⁴³ Ich darf mir den Vorschlag erlauben, daß wir bei unseren Wahlreden die einen etwas schonend behandeln, dafür aber die anderen um so heftiger anfassen. Wir sollten aber nicht die FDP als Ganzes mit der SPD in einen Topf werfen. Das halte ich für taktisch völlig falsch. Wir müssen hier unterscheiden, so gut wir das können. Es wäre mir daher sehr lieb, wenn sich der Parteivorstand dazu erklären würde, ob er mit dieser Meinung einverstanden ist.

Weber: Seitdem die Sozialdemokratie geschrieben hat, daß sie alles sozialisieren will, ist in der FDP eine sehr ablehnende Stimmung gegenüber der SPD eingetreten.⁴⁴ Das sollten wir ausnützen. Die FDP sollten wir etwas glimpflich und auch unterschiedlich behandeln, weil man nicht weiß, zu welcher Koalition es kommen wird.

Cillien: Sie sagen, daß die Landesparteien nicht gerne auf die Wünsche der Bundespartei Rücksicht nähmen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns wirklich bemüht haben, zu einem Abschluß zu kommen. Herr Fricke hat mitgeteilt, daß die Dinge glattlaufen, jedoch auf unsere Kosten – wie immer bei der DP. Aber wir haben dieses Opfer gebracht. Es wäre uns lieb, wenn wir uns über unser Verhältnis zum BHE klar würden.

43 Eine Liste der Minister der geplanten SPD/FDP-Koalition sowie eine entsprechende Koalitionsvereinbarung vom 10. April 1957 in ACDP VII-002-277 (ungezeichnete Abschrift).

44 Das Wahlprogramm der SPD vom 14./15. Juni vermeidet konkrete Angaben über eine Sozialisierung. Zu gleicher Zeit wurde aber eine Broschüre „Lebendige Demokratie – Vom Wesen und Wirken der SPD“ (Verfasser Willi Eichler) bekannt, in der in eindeutiger Weise eine weitgehende Sozialisierung gefordert wurde (UiD vom 20. Juni mit einem Pressepiegel dazu). Zum SPD-Wahlkampf vgl. KLOTZBACH S. 391–398; ADENAUER: Erinnerungen S. 3. 311–318.

Ich habe Ihnen am Freitag gesagt, die Neigung in Niedersachsen, mit dem BHE abzuschließen, ist außerordentlich gering. Unsere Vertriebenen lehnen es radikal ab, alle einsichtigen Leute sagen, es hat keinen Zweck, mit ihnen Wahlabsprachen zu treffen⁴⁵, es würde nur erreicht werden, daß der BHE sagen kann: Wir sind abgesichert, ihr könnt uns ruhig die Stimme geben. Dann erreicht er die 5%-Klausel und ist uns gegenüber wieder völlig frei. Immerhin, wir haben dem BHE in Aussicht gestellt, wenn er noch in zwei anderen Ländern je eine Wahlkreisabsprache erreichen würde, wollten auch wir versuchen, das durchzusetzen. Nun höre ich, daß es in Baden-Württemberg nicht möglich ist. In Bayern ist es nur sehr schwer möglich. Das würde also dazu führen, daß wir in Niedersachsen nicht mit ihm zusammengehen. Das einzige, was ich vielleicht durchbekäme, wäre eine Wahlabsprache in einem Kreis, falls authentisch mitgeteilt würde: Die Absprachen haben auch in zwei anderen Ländern stattgefunden.

Adenauer: Lieber Herr Cillien! Wir können hier im Parteivorstand nur eine allgemeine Richtlinie beschließen, weil alles andere zu unsicher ist. Wir müssen uns über folgendes klarwerden: Nach meiner Meinung – ich verfolge die Dinge seit langer Zeit – hat der BHE Aussichten, auf sich allein gestellt die 5%-Grenze zu überspringen, und zwar kommt das daher, daß die Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die über die Grenze kommen, vielfach zunächst zum BHE gehen. Man muß jedenfalls damit rechnen, daß der BHE die 5%-Grenze überspringt. Dann wäre es aber sehr wünschenswert, daß er mit uns ginge und nicht mit der SPD. Wie wir das erreichen, kann kein Mensch mit Sicherheit sagen. Der Weg, den Herr von Kessel für Niedersachsen vorgeschlagen hat, ist meiner Meinung nach unmöglich. Deswegen sollte man den Notweg versuchen, hier und dort eine Absprache zu treffen. Ich möchte von Ihnen nur die Billigung dafür haben, daß wir versuchen wollen, mit dem BHE, ohne daß wir unsere Interessen dabei preisgeben, zu einer Verständigung zu kommen. Mehr kann man jetzt nicht beschließen.

Eplée: Ich muß mit allem Nachdruck auf einige Gesichtspunkte hinweisen. Schließlich stehen wir zehn Jahre in der Partei und sehen, wie die Dinge laufen. Ich warne davor anzunehmen, daß der BHE bereit sei, eo ipso nach der Wahl mit uns eine Koalition einzugehen. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß Herr von Kessel unmögliche Forderungen gestellt hat. Aus gründlicher Kenntnis des BHE darf ich sagen, daß nach der Wahl der BHE für die SPD genauso interessant sein wird wie für die CDU. Die SPD wird ihm 50 % der Ministersitze geben. (*Adenauer:* Und die anderen 50 % bekommt die FDP, wo bleibt denn da die SPD?) Wir sind der Auffassung, daß man den BHE zerschlagen hätte, wenn man es zur richtigen Zeit gemacht hätte; denn der BHE war schon zu drei Viertel zerstört, als die Gruppe Kraft/Oberländer – das waren seine positiven Kräfte – zu uns gestoßen ist. Wir haben uns damals bemüht, dem BHE den Todesstoß zu versetzen, aber leider sind wir dabei etwas im Stich gelassen worden, weil man, von Länderinteressen ausgehend, das nicht

⁴⁵ Zu Absprachen kam es nicht. – NEUMANN S. 198f., insbes. Anm. 818 zu den verschiedenen Strömungen im BHE; vgl. auch KATHER 2 S. 163–176.

zugelassen hat. Wenn die CDU mit dem BHE in einem Wahlkreis zusammengeht, so ist das ein Plus für den BHE. Die Wähler springen ab und wählen weder BHE noch CDU. Das ist die große Gefahr. Das scheint auch die SPD zu erkennen und danach vorzugehen. Deshalb meine Bitte, überschätzen Sie nicht die Bereitwilligkeit des BHE zu einer Koalition mit uns. Helfen Sie uns, damit wir unsere Reihen stark machen, um den BHE, der seine Lebensberechtigung verloren hat, niederzuschlagen. Die Vertriebenen haben bereits 1953 weit über die Hälfte ihrer Stimmen der CDU gegeben. Es liegt bei uns und nicht beim BHE, wie das Ergebnis sein wird.

*Rock*⁴⁶: Wir haben in Braunschweig erlebt, daß die Leute zwei Stunden auf Herrn Lemmer gewartet haben. Ich bin der Meinung, daß wir mit dieser Begeisterung – die ähnlich war wie bei Ihnen in Dortmund – in den Wahlkampf gehen sollen und daß wir keine Veranlassung haben, an dem Sieg der CDU zu zweifeln. Das haben die ersten Kundgebungen gezeigt. Der Wähler ist viel vernünftiger, als wir ihn im allgemeinen halten. Eines ist nicht möglich, daß wir, die wir jahrelang im Kampf gegen den BHE gestanden haben, nun mit dem BHE in Niedersachsen zusammengehen sollen. Man sollte den Wunsch des Bundesvorstandes des BHE tatsächlich respektieren und ihn damit siegreich sterben lassen. Wir möchten endlich Schluß machen damit, daß der BHE nur mit unserer Unterstützung gewählt wird.

Adenauer: Wenn Sie mir garantieren können, daß dies alles stimmt, was Sie sagen, wäre ich völlig mit Ihnen einverstanden; aber das kann doch kein Mensch garantieren. Wir haben damals aufgrund der Mitteilung der Herren Kraft und Oberländer geglaubt, daß ihre Leute aus der Fraktion zu uns kommen würden. Aber sie sind nicht gekommen. Die Herren haben uns damals gesagt, wir könnten damit rechnen, daß der Rest überhaupt keine Fraktionsstärke mehr haben würde. Aber er hat doch Fraktionsstärke behalten. Also muß ich sagen, man muß in solchen Dingen sichergehen; denn sonst ist die Gefahr viel zu groß, auch für sie.

Hellwig: Die Auseinandersetzungen innerhalb der FDP sind fast noch stärker als diejenigen innerhalb der SPD. Die FDP ist in ihren letzten offiziellen Kundgebungen auch auf den Gebieten, wo sie sich bisher uns gegenüber im großen und ganzen neutral verhalten hat, nunmehr zum Angriff gegen uns übergegangen. Sie greift an unsere Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Verkehrs-, Agrar- und Europapolitik. Hierzu werden wir unbedingt Stellung nehmen müssen. Nur ein Beispiel! Die Rede des Herrn Weyer mit der herausfordernden Überschrift „Rettet die DM“ ist ein solcher Angriff.⁴⁷ Sie ist genauso skrupellos wie die SPD; denn es steht eine Gefährdung der DM überhaupt nicht zur Diskussion.

46 Edelhard Rock (1908–1985), vor 1933 Zentrum, 1948–1971 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig, 1965–1972 MdB.

47 In der Vorlage: Bajow(?). – Willi Weyer: „Rettet die DM, sichert die Kaufkraft.“ Rede vor dem Hamburger Kongreß der FDP am 5. Juni 1957 – Druck: Schriftenreihe der Freien Demokratischen Partei Heft 4 o.J.; Inhaltsangabe in AdG 1957 S. 6483. – Vgl. auch Rednerdienst Nr. 14 der CDU „Stabilität statt Experiment“ vom 1. April 1957 (NL Becker ACDP I-162-043).

Den Antrag Atzenroth⁴⁸, den Artikel 15 des Grundgesetzes zu streichen, sehe ich als einen Versuch an, die Düsseldorfer Leute in eine Situation zu bringen, in der sie mit der SPD nicht mehr weitergehen können. Das ist der Hintergedanke dieses Antrages der Gruppe Atzenroth.⁴⁹ Er soll Sprengstoff sein für die Düsseldorfer Koalition. Wir müssen uns auf diese Dinge bei der FDP einstellen und bei unseren Stellen immer wieder darauf hinweisen und dagegen angehen. Ich glaube, daß die FDP im vorparlamentarischen Raum bei bestimmten Gruppen an Boden gewonnen hat, und zwar mit dieser Kritik an der Finanz- und Steuerpolitik. Die Verwandtschaft zwischen dem wirtschaftspolitischen Manifest der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer und der Kritik aus der Ecke Weyer ist unverkennbar. Wir werden uns mit diesen Dingen beschäftigen und im vorparlamentarischen Raum seitens der Wirtschaft noch eine Reihe von Veranstaltungen durchführen. Gerade dieser Auseinandersetzung mit der FDP dürfen wir nicht aus dem Wege gehen.

Adenauer: Ich habe doch gesagt, daß wir nicht die FDP in toto in die Hölle werfen sollen, sondern nur die Leute, die Sie genannt haben – und die meinerwegen noch unter die Hölle – aber nicht die FDP in toto; sonst wird dort keine Spaltung erreicht. (*Hellwig:* Herr Bundeskanzler, ich wollte nur aufgrund Ihrer Andeutung etwas klarstellen. Ich habe nicht polemisieren wollen.) Drehen Sie jedem, der so spricht, moralisch den Hals zweimal um; dann tun Sie ein gutes Werk.

Oberländer: Wo der BHE mit in der Koalition war, ist durch die Landesvorsitzenden jede Arbeit gegen den BHE unmöglich gemacht worden. Das muß ich einmal offen sagen. Das Verhältnis in Baden-Württemberg ist ein Sonderbeispiel. Man vergißt, daß der BHE plus Deutscher Gemeinschaft 11 % hatte, dann aber auf 6 % zurückgegangen ist.⁵⁰

Die Frage lautet: Verlieren wir mehr Wähler durch den BHE oder nicht? Ich habe eines gelernt. Auf einer Delegiertentagung in Lüneburg wurde gesagt, wenn wir den BHE unterstützten, trieben wir die BHE-Wähler zur SPD.⁵¹ Bedenken Sie, daß die Flüchtlinge 23 % der Wähler ausmachen. Wenn die Masse zur SPD geht, können wir uns anstrengen, wie wir wollen; dann sind die Wahlen schwer zu gewinnen. Herr von Hassel hat mir erzählt, wie Herr Lübke von Herrn Kather angegriffen worden

48 Dr. Karl Atzenroth (geb. 1895), Gründer und Vorsitzender der Vereinigung Mittelrheinischer Unternehmensverbände, 1949–1965 MdB (FDP).

49 BT-Drs. 3525 vom 21. Mai 1957, behandelt und vertagt in der 214. Sitzung vom 31. Mai 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.37 S. 12614f.). Artikel 15 GG lautet: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

50 Als DG/BHE in Württemberg-Baden bei der Landtagswahl 1950 14,7 %, bei der Landtagswahl 1956 als GB/BHE 6,3 % (NEUMANN S. 503).

51 Vermutlich auf der Landesvertriebenentagung der CDU am 23. Juni 1957 (ACDP II-056-026).

ist.⁵² Wir müssen die Vertriebenen entweder für uns gewinnen oder sie in eine hoffnungslose Isolierung bringen. Wenn wir aber den Kather unterstützen, so ist das eine Sache, die sehr gefährlich werden kann. Ich bin der letzte, der gegen ein Zusammengehen mit dem BHE ist; denn es sind Kräfte dabei, mit denen man Staatspolitik machen kann. Wir müssen natürlich eine klare Sicherung haben, daß die Leute auch tatsächlich mit uns gehen, sonst würde ich auf jeden Fall dagegen sein.

Bach: Nach unseren Erfahrungen machen die Wähler solche Abmachungen einfach nicht mit. Ich habe vor einigen Wochen in Hersfeld gesprochen; dort hatten wir vor vier Jahren eine Abmachung mit der FDP getroffen. Das Ergebnis war: SPD 32.000, FDP (Euler) 18.000.⁵³ Wäre der Kandidat ein CDU-Mann gewesen, dann wäre er auch dort gewählt worden. Ich bin der Ansicht wie Herr Oberländer: Wir müssen unbedingt eine Sicherung haben. Die Leute werden auch nicht den Kandidaten des BHE wählen. Wir werden erleben, daß viele Leute darüber verärgert sind, wenn sie BHE wählen sollen. Es wäre richtiger, der Mentalität der Wähler Rechnung zu tragen. Die Wähler wollen das Zweiparteiensystem. Nur oben will man es nicht so genau. Aber die Wähler gehen viel mehr mit uns, wenn wir ihnen klar sagen: Wir haben die Verantwortung gehabt, und wir wollen sie auch weiterhin tragen. Wir bekommen also viel mehr Stimmen, wenn wir für uns gehen und nicht solche fragwürdigen Abmachungen treffen.

Adenauer: Der Fall Euler war ein besonderer Fall; den können Sie nicht als Beispiel für die allgemeine Sache nehmen. Aber sagen Sie es doch gerade heraus: Wir wollen keine Verhandlungen mit dem BHE, er soll bleiben, wo er ist. Aber bitte, dann übernehmen Sie auch die Verantwortung dafür. Die Bedenken, die Sie sehen, teile ich selbstverständlich. Die sind mir nicht neu. Kein einziger von Ihnen hat ein Bedenken geäußert, das ich nicht selbst habe, aber sagen Sie mir doch bitte: Die Bedenken sind so groß, daß ein Techtelmechtel mit dem BHE nicht in Frage kommt. Wir schlagen den BHE kaputt.

Ich möchte aber sehen, wie Sie den BHE in den nächsten elf Wochen kaputtschlagen. Nach meiner Überzeugung wird das nicht gelingen. In Niedersachsen hängt die ganze Regierung an der Mitarbeit des BHE; in Schleswig-Holstein auch.⁵⁴ Überlegen Sie das bitte, meine Herren. Wenn wir so mit dem BHE verfahren, wird er dann nicht umgekehrt auch seine Konsequenzen ziehen? Und was haben wir dann schließlich noch im Bundesgebiet? Was ist uns alles verlorengegangen? Wir haben nur noch

52 Vermutlich Auseinandersetzung mit dem damaligen Landwirtschaftsminister von NW Heinrich Lübke am 23. September 1951 vor heimatvertriebenen Bauern – vgl. KATHER 1 S. 278f.

53 Bei der Bundestagswahl 1953 wurde Euler in Fritzlar-Homburg mit 42,8 % direkt gewählt; bei der Landtagswahl in Hessen am 28. November wurde er über die Landesliste gewählt. Direkt gewählt wurde im Wahlkreis Hersfeld Jakob Göbel (SPD), im Wahlkreis Fritzlar-Homburg August Franke (SPD).

54 In Niedersachsen bis Mitte der 3. Wahlperiode (November 1957) in Koalition mit CDU, DP und FDP; in Schleswig-Holstein bis Ende der 4. Wahlperiode (Oktober 1958).

Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg spielt der BHE auch eine Rolle. Dort ist der BHE im Kabinett. (*Dichtel*: Der BHE gibt die Entscheidung!) Er ist in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen. Das müssen Sie doch alles berücksichtigen. In diesen Dingen kann man leider nicht nach Gefühlen urteilen, sondern muß sich die Dinge in aller Ruhe überlegen.

Eplée: Wenn der kleine Wähler sieht, daß überall der BHE das Zünglein an der Waage ist, treiben wir diese Wähler nicht in unsere Arme, sondern in die Arme des BHE, und das ist auf lange Sicht gesehen eine Tragödie. Wir erleben in Hessen, daß 5 % BHE den ganzen „Salat“ machen. Durch unser Mandat aus dem Jahre 1953 sind wir besonders verantwortlich für die Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen. Wenn wir sie richtig ansprechen, ziehen wir sie für uns heran. Und wenn Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Autorität die Arbeit, die wir bereit sind zu tun, unterstützen, dann glaube ich, daß es gelingen wird. Es wäre uns leichter gelungen, diese Zerschlagung herbeizuführen, wenn unsere Wünsche, die seit Jahr und Tag laufen, auf mehr Verständnis gestoßen wären. Lesen Sie doch die neue Wahlzeitung des BHE⁵⁵, wie Sie da verächtlich gemacht, ja – ich habe keinen anderen Ausdruck –, wie Sie und die Bundesregierung heruntergemacht werden.

Sie werden vielleicht sagen, regen Sie sich nicht so auf, aber ich muß erwidern, es ist empörend, wenn man als Koalitionspartner in den Ländern überall Kratzfüße macht, und im Lande sagt man genau das Gegenteil. Wenn wir von den 23 %, die die Flüchtlinge ausmachen, 15 % bekommen, braucht Ihnen, Herr Bundeskanzler, nicht bange zu sein vor der Zusammenstellung der nächsten Bundesregierung. Was soll ein Flüchtling vor der Wahl denken, wenn gesagt wird, die CDU will euch gar nicht, wählt BHE. Sie sollten die Gewißheit haben, daß wir Flüchtlinge innerhalb der CDU mit zu den Treuesten in den letzten zehn Jahren gezählt haben und daß wir alles tun wollen, um die CDU zu stärken und zu heben.

Adenauer: Es wäre mir interessant, einmal zu hören, was die Mehrheit des Bundesparteivorstandes will. Ich habe bisher keine feste Meinung darüber gehört. Ich darf noch einmal die Tatsache feststellen: Die Regierung in Schleswig-Holstein unter Herrn von Hassel ist ohne die Mithilfe des BHE nicht möglich; die Regierung in Niedersachsen unter Hellwege, auf deren Stimme wir im Bundesrat immer rechnen können, ist ohne den BHE nicht möglich. Die Regierung in Bayern wird gehalten gegen uns durch den BHE. Die Regierung in Hessen wird gehalten gegen uns durch den BHE. Die Regierung in Baden-Württemberg wird für uns gehalten durch den BHE. Nach den Untersuchungen der Testinstitute kommt der BHE über die 5%-Grenze. Wir haben von Herrn Hellwig gehört, daß ein Teil der FDP eine sehr starke Animosität gegen uns hat und daß der Wille besteht, mit der SPD zusammenzugehen. Inwieweit die FVP einen Sieg davontragen wird, wage ich nicht zu beurteilen, zumal Herr Preusker jetzt für fünf Wochen wegen Krankheit ausfallen wird. Schließlich müssen

55 „Programm Deutschland – Es geht ums Ganze“. Wahlillustrierte 1957. – Zu den Propagandaschriften des BHE zur Bundestagswahl NEUMANN S. 192–202.

wir doch eine Mehrheit im zukünftigen Bundestag haben. Sie sprechen von einer Regierungsbildung. Das kommt aber erst in zweiter Linie. In erster Linie kommt es darauf an, eine Mehrheit zu erreichen. Nun haben Sie den ganzen „Salat“, wie ich ihn bezeichnet habe. Sagen Sie mir bitte, wer den Salat essen soll und wie!

Rock: Wir sollten nicht kleine Parteien zum Zünglein an der Waage machen. Wir können sonst keine klaren Entscheidungen treffen. (*Unruhe und Widerspruch.*)

Adenauer: Herr Rock, Sie übersehen völlig folgendes: Die Ländermandate des BHE im Bundesrat sind für die Bundespolitik von größter Bedeutung.

Stoltenberg: Die Frage ist, ob man den BHE zu einer eindeutigen politischen Erklärung bewegen kann, die uns die Gewißheit gibt, daß die Wahlabsprache auch eingehalten wird. Und hier haben wir allerdings aufgrund eines persönlichen Kontaktes ein großes Fragezeichen zu machen, ob der BHE bei seiner inneren Struktur als Bundespartei das kann. Wenn also im Wege von Verhandlungen eine verbindliche Erklärung des BHE als Bundespartei zu erreichen wäre, sollte man alle Schwierigkeiten überwinden und das tun. Wenn das aber nicht möglich ist, halte ich eine Wahlabsprache mit dem BHE für beinahe unmöglich.

Adenauer: Daß wir eine Absicherung nicht ins Blaue hinein machen, ist eigentlich selbstverständlich. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Aber die Frage ist, ob wir eine solche Absicherung verschaffen unter der Voraussetzung, daß sich die Leute später auch so verhalten. Herr Eplée und Herr Rock sind der Meinung: Ihr verhindert dadurch, daß wir den BHE zerstören. Meine Herren! In all den Jahren ist er nicht zerstört worden. Herr Eplée sagt darauf, weil wir nicht genügend unterstützt worden sind. Nun frage ich, wo sind Sie nicht unterstützt worden, Herr Eplée? Was hätten wir denn mehr tun sollen für die Vertriebenen, als wir getan haben? (*Eplée:* Keine Mittel, Herr Bundeskanzler!) Ich habe doch keine Mittel gegeben. Wenden Sie sich an Herrn Bach. Ich weiß nicht, ob er etwas Besonderes gegeben hat oder nicht. Vergessen Sie nicht, Herr Eplée, wenn man in einer Partei anfängt, einzelnen Gruppen Geld zu geben, dann kommt morgen dieser und übermorgen jener. Aber wenn Sie Geld haben wollen, um einige Versammlungen zu veranstalten, dann läßt sich darüber sprechen. (*Bach:* Die Wahlkreise binden wir gar nicht!) Das wissen Sie nicht!

Bach: Wenn der BHE die 5 % bekommt, wird er nach den Wahlen mit uns darüber verhandeln, wie teuer die 5 % sind, ob wir ihm durch Mandate geholfen haben oder nicht. Ich halte von den Versprechungen des BHE, bei dem Herr Kather eine führende Rolle spielt, nichts. (*Adenauer:* Es ist nicht richtig, daß Herr Kather eine führende Rolle spielt; er kommt übrigens von der CDU.) Wir kennen ihn. Wir sollten dem BHE nicht die Grundmandate zugestehen; denn die Praxis wird ergeben, daß die CDU-Wähler nicht bereit sind, auch wenn der Parteivorstand diese Parole ausgibt, ihr zu folgen.

Adenauer: Wie können Sie behaupten, daß eine Wahlabsprache nicht gehalten wird? (*Bach:* Ich kenne die Wähler!) Wie können Sie alle Wähler kennen? Sie könnten höchstens so sagen: Wenn es möglich ist, ohne die Interessen der Vertriebenen bei uns zu verletzen, daß eine gewisse Sicherheit besteht, um unsere Mehrheit zu verstärken,

dann soll man versuchen, in einer vernünftigen Weise aus der Sache herauszukommen. Mehr können wir heute nicht beschließen. Oder aber wir müssen sagen: Schluß damit! Laßt sie hingehen, wohin sie wollen!

Seidel: Wir sind in der gleichen Diskussion wie vor einigen Monaten, als wir uns über die Möglichkeit der Abänderung des Wahlgesetzes unterhalten haben. Damals ist alles das, was heute hier gesagt wird, auch schon gesagt worden. Es ist interessant, damals hätte man wahrscheinlich durch eine nicht sehr schwerwiegende Änderung gegen eine entsprechende Zusicherung des BHE klare Verhältnisse schaffen können. Aber die Fraktion hat es nicht gewollt. Jetzt stehen wir wieder vor der Frage. Keiner von uns weiß, ob der BHE die 5 % bekommen wird oder nicht. Die Meinungen darüber sind geteilt.

Jedenfalls stelle ich aus der bayerischen Sicht heraus fest, daß ich mit dem BHE auch noch einige Jahre rechnen muß. Ich wäre ein schlechter Landesvorsitzender, wenn ich diese Realität außer acht ließe.

Ich stelle eine zweite Realität fest: Der BHE in Bayern hat die ganzen Monate so getan, als ob er bereit sei, die bayerische sozialistisch-liberale Koalition zu sprengen. Aber immer dann, wenn er es wirklich hätte tun können, hat er es nicht getan. Er ist also unzuverlässig.

Die dritte Realität ist folgende: Im Kreise Coburg-Kronach wird die CSU plus BHE kaum in der Lage sein, einen Kandidaten durchzubringen. Dazu müßte noch etwas mehr geschehen. Wir sind in diesem Wahlkreise als CSU recht schwach. Man müßte versuchen, den BHE zu binden, oder man sollte ihn laufenlassen. Grundsätzlich möchte ich die Frage bejahen. (*Adenauer:* Was denn bejahen, ihn zu binden oder laufenzulassen?) Ihn zu binden!

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt nicht abstimmen. Die Abstimmung würde vielleicht im Sinne des Vorschlages von Herrn Seidel ausfallen. Dann sind alle verstimmt. Lassen wir uns also versuchen, ohne Abstimmung weiterzukommen. Sollen wir damit dieses Thema verlassen? (*Zustimmung.*)

Dann kommen wir zur Landwirtschaft. In Teilen der Landwirtschaft ist die Stimmung schlecht, namentlich in Niedersachsen. (*Seidel:* Auch in Bayern, vor allem die Kleinbauern!) Es fragt sich also, was wir tun sollen, um die Stimmung der Landwirte zu heben. Ich habe gestern versucht, hier etwas zu tun. Ich hoffe, daß es etwas genützt hat. Aber die Frage ist der Mühe wert, daß sie untersucht wird.

Lübke: Wir haben in den Gebieten von Niedersachsen, Westfalen und auch in Süddeutschland in den letzten Wochen gesprochen, aber in diesen Versammlungen ist nichts bekrittelt worden. (*Widerspruch und Unruhe.*) Herr Rehwinkel und Herr von Oer und verschiedene andere Herren dieser Richtung reißen leider in jeder Versammlung alles das, was auf dem Gebiete der Landwirtschaft durch die Gesetzgebung und durch die finanzielle Unterstützung getan worden ist, herunter. Viele Bauern wissen auch nicht, was im Grünen Plan steht, obwohl wir uns bemüht haben, über die Presse, durch Rundfunk und Flugblätter bis an den letzten Bauern heranzukommen. Ich habe am vergangenen Donnerstag in Münster, wo Herr von Oer am meisten contra gemacht

hat, in einer Versammlung 5.000 bis 6.000 genossenschaftlich organisierte Raiffeisenbauern gehört.⁵⁶ Ich habe gedacht, die Hälfte der Bauern würde gegen mich sein. Als aber mein Name aufgerufen wurde, damit ich sprechen solle, ergab sich ein gewaltiges Beifallsgeräusch. (*Adenauer*: Beifallsgeräusch ist interessant!) Als ich geendet hatte, gab es in der großen Münsterhalle einen ungewöhnlich starken Beifall. Ich habe als Landwirtschaftsminister den Bauern die Schwierigkeiten klargemacht und gesagt, daß der Landwirtschaftsminister die Probleme nur lösen könne, wenn weder der Bauer noch der Verbraucher hundertprozentig auf seinem Standpunkt beharre. Es muß auf beiden Seiten Verständnis vorhanden sein, sonst ist die Aufgabe unlösbar. Mein Beifall war so groß, daß mehrere der nachfolgenden Redner auf diese Rede zurückkamen. Herr Erhard kann das bezeugen. Es war eine einheitliche Pro-Stimmung, so daß man sagen kann, so schlecht, wie die Stimmung in der Landwirtschaft gemacht wird, ist sie nicht.

Auch in Nienburg an der Weser in einem großen Saal der Stadt war die Stimmung genau so gut wie in Münster. Aber vier Wochen später war Herr Meineder(?) mit einer Kapelle von 40 Mann in friderizianischer Uniform da, und da wurde auf die Pauke geschlagen.⁵⁷ Ich habe auf Wunsch von Herrn Heck gestern zugesagt, von mir aus noch soviel Bauernversammlungen abzuhalten, wie es eben möglich ist. Wir haben von uns aus in den letzten Tagen durch die Beschlüsse des Bundestages getan, was wir tun konnten.⁵⁸ Ich glaube, daß man in den bäuerlichen Kreisen im wesentlichen zufrieden ist. Das neue Gesetz über die Festlegung der Zuckerrübenpreise werden wir nicht mehr fertigbekommen. Deswegen haben wir vorgesehen, nach der Wahl die Neuordnung der Zuckerrübenpreise sofort in die Hand zu nehmen. Im Süden genügen die Preise, aber im Norden ist eine Erhöhung dringend notwendig wegen der schlechten Ernten. Man kann aber Zuckerrübenpreise nur für das ganze Bundesgebiet machen.

Bauknecht: Eine Diskussion über die Tagung in Münster hat am folgenden Tage stattgefunden. Sie hat ergeben, daß 80 % der Leute, die den Raiffeisentag besuchten, praktisch Funktionäre waren, die auf Kosten des Raiffeisenverbandes als Delegierte dort hingefahren sind. Es sind höchstens 20 % wirkliche Bauern dort gewesen. Und diese 20 % Bauern haben mit Beifall sehr gegeist. Die Stimmung in Nieder-

56 Am 27. Juni 1957. – Kurzbericht in FAZ vom 28. Juni 1957 S. 11; „Deutsche Bauernzeitung“ vom 4. Juli 1957 – Rede von Andreas Hermes, dem Vorsitzenden des Raiffeisenverbandes, in NL Hermes ACDP I-090-116. – Von Oer zählte zu den harten Kritikern der Bonner Agrarpolitik; um seinen Argumenten mehr Nachdruck zu verleihen, war er zwischenzeitlich aus der CDU ausgetreten (ausführliche Materialien zu den Auseinandersetzungen in ACDP III-002-264/2).

57 Am 23. März 1957 sprach Lübke vor 800 Landwirten in Nienburg. Bericht in „Die Harke“ (Nienburger Allgemeine Zeitung – Stolzenauer Wochenblatt) vom 25. März 1957. – Weiteres nicht zu ermitteln.

58 Am 29. Juni 1957 war das Gesetz über die Altersversicherung der Landwirte im Bundestag verabschiedet worden.

sachsen ist ohne Zweifel geradezu miserabel. Ich sage das ausdrücklich. Auf meine Anregung wird am 15. Juli in Köln eine Agrartagung der CDU stattfinden.⁵⁹ Wir müssen irgendwie mit unseren Plänen an die Öffentlichkeit treten. Mir ist zu Ohren gekommen, daß unsere eigenen Freunde von der Landwirtschaft in Niedersachsen die CDU-Redner Lübke, Struve, Bauknecht usw. nicht mehr hören wollen. Sie sagen, mit diesen Leuten würde man praktisch keinen Hund mehr vom Ofen weglocken. So ist die Stimmung in Niedersachsen. In Westfalen ist sie nicht besser. Sie beginnt auch in Bayern schlecht zu werden. Schuld daran ist, daß der Grüne Plan praktisch überrollt worden ist. Er stützt sich auf das vorvergangene Wirtschaftsjahr. Hier kann man aber nur sehr schwer jemand die Schuld geben. Man sollte aber mit handelspolitischen Maßnahmen etwas tun, um die Preise besser abzusichern. Ich habe schon im Januar gesagt, zwei Dinge müssen geregelt werden: Die Getreidepreise und die Rübenpreise. Wir müssen vor allem den Rübenpreis auf den Stand bringen, den wir vorgeschlagen haben. Der Ernährungsausschuß und der Ausschuß für Finanzen und Steuern hat es beschlossen; es scheitert an den lächerlichen paar Millionen des Gesamtetats.

Gerade wegen der Zuckerrüben ist die Stimmung in Niedersachsen schlecht. Bundesfinanzminister Schäffer zahlt mehr, wenn er den ausländischen Zucker kaufen muß. Der Zuckerpreis ist so hoch, daß man für jeden Doppelzentner im Augenblick DM 20,- draufbezahlen muß, wenn man ihn aus dem Ausland kauft.

Die Stimmung ist weiter schlecht, weil die soziale Belastung in der Landwirtschaft so groß geworden ist. Die zusätzliche Leistung aufgrund der Rentenreform belastet die Landwirtschaft in starkem Maße. Zum Teil sind die Beiträge um 50 % gestiegen. Dabei müssen vielfach Löhne weit über Tarif gezahlt werden. Dadurch kommt die schlechte Stimmung. Und dabei wird gesagt: Da seht ihr es, die CDU regiert! Es muß also unbedingt etwas getan werden, sonst werden die CDU-Leute DP oder sonst etwas wählen.

Adenauer: In der Landwirtschaft stecken 3,5 Millionen Stimmen. Es handelt sich um eine Frage von großer Bedeutung. Herrn Rehwinkel kennen wir alle miteinander. Aber Tatsache ist auf der anderen Seite auch, daß gewisse Teile des Bundesgebietes drei Fehlernten hintereinander gehabt haben. Da schließlich der Bauer letzten Endes für alles einstehen muß, sagt er, der Bund muß uns helfen. Ich beurteile die Lage sehr ernst. Ich kann nicht glauben, Herr Bauknecht, daß in der großen Halle in Münster – ich habe da schon gesprochen – drei Viertel der Besucher Funktionäre gewesen sein sollen und nur ein kleines Häufchen echter Bauern in einer Ecke gesessen hat. Aber darin haben Sie recht, was ich auch von unparteiischen Beobachtern gehört habe: Die Stimmung der Landwirtschaft ist nicht gut. Die Frage ist, was kann geschehen? Sie haben gesprochen von der Erhöhung der Getreidepreise und der Zuckerrübenpreise.

59 Ausführlicher Bericht in „Der Agrarbrief“ Nr. 10/11 vom 22. August 1957; Referate, Grundsätze zur Agrarpolitik der CDU und weitere Materialien in ACDP VII-004-085/1.

Lübke: Die Erhöhung des Zuckerrübenpreises wird den Bund etwa 72 Millionen DM kosten. Wir würden, wenn wir den jetzigen Zuckerpreis behielten, eine Unterstützung von der Staatskasse von etwa 31 Millionen DM geben müssen, so daß es in Wirklichkeit rd. 41 Millionen DM kostete. Ich habe Herrn Schäffer gesagt, er möchte sich das einmal überlegen; denn es sei eine bedeutsame Angelegenheit, die durchaus im Sinne der Wahl läge. Herr Schäffer hat erwidert, ich solle es bezahlen. Ich habe aber schon die Entschädigung für die schlechte Ernte aus dem Grünen Plan genommen. Ich habe auch den Rekurs im Grünen Plan übernommen; das sind zusammen über 30 Millionen DM. Mehr kann ich nicht tun. Ich soll auch die Erhöhung der Getreidepreise übernehmen. Herr Schäffer müßte rd. 80 Millionen DM auf den Tisch des Hauses legen. Als ich den Bauern sagte, die Erhöhung der Zuckerrübenpreise könnten wir vor den Wahlen nicht mehr vornehmen, sondern wir müßten sie sofort nach den Wahlen in Angriff nehmen, waren sie zunächst zufrieden. Erst als die radikalen Stimmen aus Niedersachsen laut wurden, sind sie alle „umgefallen“.

Adenauer: Seien wir uns darüber klar, daß für manche Dinge nach der Bundestagswahl, wenn wir uns die Bilanz dessen ansehen, was in den letzten zwölf Monaten beschlossen worden ist, kein Platz mehr da ist. Daher verstehe ich durchaus, wenn die Zuckerrübenbauern sagen, wir wollen die Erhöhung jetzt haben. Das würde ich an ihrer Stelle auch sagen. Aber was ich nicht verstehe, das ist das Verhalten von Herrn Schäffer. Ich weiß nicht, Herr Seidel, wie weit Ihr Einfluß als Landesvorsitzender geht. Wenn aber Ihr Einfluß auf Herrn Schäffer nur etwas wirkt, dann bitte ich Sie, wirken Sie doch auf ihn ein, daß er seine Sturheit im letzten Augenblick einmal drangibt. Ich habe etwas erlebt – ich will es hier nicht sagen –, das geradezu ein Skandal ist, wobei es sich um DM 50.000,- gehandelt hat. Das geht einfach nicht so weiter. Ich würde Ihnen vorschlagen, Herr Lübke, daß Sie mit Herrn Krone – vielleicht nimmt Herr Cillien das in die Hand – so schnell wie möglich im kleinsten Kreise in der Fraktion zusammenkommen, um mit Herrn Schäffer einmal über diese Sache zu sprechen. (*Bauknecht:* Das ist der einzige Weg!) Aber es muß sehr schnell gehandelt werden.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung „Veranstaltungen der Ausschüsse“ darf ich kurz etwas sagen, damit Sie sich bei Tisch darüber unterhalten können. Es handelt sich um Fragen von großer Bedeutung. Es geht darum, ob wir der deutschen Öffentlichkeit nicht nur die Reden des Bundesparteitages geben sollen, sondern auch die Beschlüsse der Ausschüsse, und ob diese Bundesausschüsse Versammlungen abhalten sollen, in denen sie ihre Ansicht klarlegen. Ich neige dazu, ja zu sagen. Ich halte es für richtig, daß der Öffentlichkeit gezeigt wird, daß die Partei ein vielseitiges Leben hat und nicht nur von einem Gremium geleitet wird. Wenn Sie damit einverstanden sind, legen wir jetzt eine kurze Pause ein.

Mittagspause von 13.40 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

VERANSTALTUNGEN DER BUNDESAUSSCHÜSSE

Adenauer: Es ist die Frage, ob wir, im Gegensatz zu unserer bisherigen Haltung, vor der Wahl unsere Ausschüsse bitten sollen, an die Öffentlichkeit zu treten, damit man von ihrer Arbeit Kenntnis bekommt. Herr Scharnberg sieht mich freundlich an; aber wir haben keinen Ausschuß für Wahlrechtsfragen, Herr Scharnberg. Vielleicht darf ich bitten, daß zunächst Herr Etzel das Wort nimmt.

Bericht des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik

Etzel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Wir haben in Hamburg bereits den Beschluß gefaßt, noch einmal etwas Besonderes im Rahmen der Wirtschaftspolitik im Wahlkampf zu tun. In Hamburg selbst ist die Wirtschaftspolitik nicht behandelt worden. Das löste in Hamburg eine gewisse Kritik aus. Wir haben sie dadurch aufgefangen, daß wir sagten, wir wollen Mitte Juli irgendwo eine eigene Wirtschaftstagung abhalten, um zu den Problemen der Wirtschaft besonders Stellung zu nehmen.⁶⁰ Wir hatten dabei eine doppelte Absicht: Einmal waren wir der Meinung, daß es nützlich sein könne, die vielen Menschen, die sich in unserer Partei mit der wirtschaftspolitischen Arbeit beschäftigen, zusammenzuführen, um mit ihnen die Probleme zu diskutieren und um uns selbst noch einmal einen Rechenschaftsbericht zu geben.

Wir haben eine Arbeit gemacht, die Ihnen vorgelegt worden ist, über die Wirtschaftserfolge der CDU „Neun Jahre Wirtschaftspolitik der CDU“.⁶¹ Als ich das durchgelesen habe, war ich selbst erstaunt, manche Tatsachen festzustellen. Im Jahre 1948 haben wir für DM 100,- 26 Schweizer Franken kaufen können. Heute kaufen wir für DM 100,- 102 Schweizer Franken. Wir sollten uns also in irgendeiner Weise auf das getane Werk besinnen. Das ist aber nicht genug, sondern wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, noch zusätzliche Hinweise zu geben.

Wir haben unsere Wirtschaftspolitik mit den Worten Soziale Marktwirtschaft und Düsseldorfer Leitsätze in Hamburg im Jahre 1953 festgelegt. Wir haben eine Menge erreicht, aber wir haben nicht alles erreicht. Wir hören heute oft das spöttische Wort „vom Wirtschaftswunder“, gegen das sich Erhard mit Recht wehrt. Wir müssen zugeben: Alle Dinge sind noch keineswegs so, wie wir sie als christliche Partei im wirtschaftlichen Sektor wünschen. Hier ist es also notwendig, irgendwelche Hinweise zu geben, und zwar auch als eine Reaktion auf die massierten Angriffe im wirtschaftlichen Sektor, die von der SPD und der FDP gegen uns geführt werden. Auch aus dem Unternehmerlager haben wir eine Menge Angriffe bekommen. In der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer sind eine Menge

⁶⁰ Am 18. Juli 1957 in Frankfurt (UiD vom 25. Juli; FAZ vom 18. Juli 1957).

⁶¹ Text in ACDP VII-004-070/1.

Angriffe enthalten.⁶² Herr Erhard ist auf ihrer Tagung gewesen und hat manches dazu gesagt. Nach dem „Vorwärts“ hat in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, deren Haupt unser Fraktionsfreund Franz Böhm⁶³ ist, der Geschäftsführer massive Angriffe gegen uns erhoben.⁶⁴ Dort heißt es, daß die CDU eine Gruppenpolitik betrieben habe.

Es scheint also notwendig zu sein, dagegen etwas zu tun. Wir sollten folgende Taktik anwenden und sagen: Wir haben gewisse Dinge vorgehabt. Von diesen Dingen haben wir einen großen Teil erfüllt. Wir haben große Erfolge erzielt. Aber acht Jahre haben nicht genügt, um nun alle Wünsche restlos zu erfüllen. Wenn wir aufgrund der dritten Wahl wieder zu einer Regierung kommen, dann haben wir sehr konkrete Vorstellungen über das, was noch getan werden muß.

Die Grundgedanken haben wir in der Ihnen vorliegenden EntschlieÙung zur Wirtschaftspolitik niedergelegt. Dort heißt es:

„Nach der Beendigung der ersten Phase der Marktwirtschaft ...“ (*Adenauer: Der Sozialen Marktwirtschaft! Wir dürfen nicht von einer reinen Marktwirtschaft sprechen!*) Einverstanden!

„Nach der Beendigung der ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft – Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung, Arbeit und Einkommen für jedermann – beginnt nunmehr die zweite Phase, in deren Mittelpunkt die Bildung von Eigentum in breiter Schicht stehen muß.

Voraussetzung für den Sparwillen der Bevölkerung ist eine stabile Währung. Ihre Kaufkraft zu erhalten, ist eine der vordringlichen Aufgaben der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft und damit die Erreichung der Vollbeschäftigung beruhte auf drei finanziellen Quellen: der privaten Spartätigkeit, der Finanzierung über die Betriebe, den öffentlichen Haushalten.

62 Denkschrift „Marktwirtschaft gegen Inflation“ mit 12 Thesen, präsentiert auf der Jahreshauptversammlung vom 30. Mai bis 2. Juni 1957 (vgl. „Industriekurier“ vom 1. Juni 1957; NL Böhm ACDP I-200-009).

63 Dr. Franz Böhm (1895–1977), Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht (1946–1962 Frankfurt), 1945/46 Minister für Kultus und Unterricht Groß-Hessen, 1948/49 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Direktor für Wirtschaft der Bizone bzw. ab 1949 beim Bundesminister für Wirtschaft, 1952 Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation für ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. Christine BLUMENBERG-LAMPE: Franz Böhm. In: BUCHSTAB/GOTTO S. 234–247. – Böhm war nicht im Vorstand der ASM, sondern nur im Beirat, außerdem Ehrenmitglied.

64 „Vorwärts“ vom 28. Juni 1957: „Interessenten beherrschen die CDU“. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der ASM, Wolfgang Frickhöffer, hatte lt. „Vorwärts“ gegen die CDU den schweren Vorwurf erhoben, „daß sie eine Politik der Gruppeninteressen betrieben hat“. Frickhöffer hatte bereits in verschiedenen Vorträgen zur Wirtschaftspolitik Stellung genommen (z.B. am 30. März 1957 „Ist im industriellen Massenstaat eine Wirtschaftspolitik der Freiheit und Selbstverantwortung möglich?“, am 19. Juni 1957 vor der ordentlichen Mitgliederversammlung der ASM „Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz im Wahljahr“ – Materialien in NL Böhm ACDP I-200-008).

Wenn wir in der wirtschaftlichen Verflechtung der Welt unsere Stellung erhalten wollen, müssen wir mit einem steigenden Investitionsbedarf rechnen. Das erfordert eine steigende Spartätigkeit, die in der Verantwortung aller Schichten für das Ganze steht. Einkommen verpflichtet ebenso wie Eigentum, deshalb kann kein Bezieher von Einkommen sich in Zukunft der Erkenntnis entziehen, daß aus seinem Einkommen nicht nur sein laufender persönlicher Bedarf bestritten, sondern auch ein angemessener Beitrag zur volkswirtschaftlich notwendigen Kapitalbildung – damit aber auch zum Aufbau eigenen Vermögens und zur Sicherung der Familie und des eigenen Lebensabends – geleistet werden muß.

An den bewährten Finanzierungsquellen der Investition wird man auch in Zukunft im Interesse des Ganzen festhalten müssen, wobei bei der Bedeutung einer Bildung von Eigentum in breitester Schicht eine kräftige und zielbewußte Förderung der privaten Spartätigkeit und -möglichkeit nötig ist.

Zu fördern ist das langfristige Sparen in jeder Form unter Vermeidung jeglichen Dirigismus bei der Wahl der Sparanlage.

Von der Steuerpolitik muß die Spartätigkeit nicht nur im Wege von Prämien oder Steuervergünstigungen, sondern auch durch eine umfassende Steuerreform gestützt werden. Ziel dieser Reform muß neben der Vereinfachung der Steuergesetzgebung und einer Rationalisierung der Verwaltung eine Beseitigung all jener aus der Besatzungszeit überkommenen und noch nicht abgebauten Hemmnisse sein, die einer ausreichenden Bildung persönlichen Eigentums im Wege stehen und die volkswirtschaftlich optimale Kapitalverwendung verhindern. Voraussetzung für eine durchgreifende Steuerreform ist eine Neuordnung des Finanzausgleichs auf allen Ebenen.“

Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik hat vor 14 Tagen 2 Tage lang in Luxemburg getagt und diese Entschließung festgelegt. Er kam zu der Feststellung, daß die Eigentumsbildung in einer merkwürdigen Weise erfolgt ist, die wir auf die Dauer nicht hinnehmen können. Die Eigentumsbildung liegt zu 40 % bei der öffentlichen Hand, 40 % gehen über die Selbstfinanzierung und nur 20 % über den sozialen Sektor. Hier müssen wir neue Wege suchen und sehen, daß dieser Anteil größer wird. Es kann nichts Umstürzendes passieren. Selbstverständlich wird die öffentliche Hand große Aufgaben haben, und es wird auch ein Teil über die Selbstfinanzierung gehen, aber das Verhältnis von 40 : 40 : 20 muß verschoben werden auf, sagen wir, 30 : 30 : 40.

Wir können nicht leugnen, daß wir eine gewisse leichte Entwertung haben. Herr Arnold hat in Dortmund auf diesen Tatbestand hingewiesen und gesagt: In der Relation zu den anderen sind wir am besten davongekommen. Wenn heute jemand einen Bausparvertrag schließt, ist es nicht schön, nun zu wissen, daß bei der Auszahlung die Baupreise inzwischen wieder gestiegen sind.

Dann haben wir von der Neuordnung des Finanzausgleichs und von einer Steuerreform gesprochen. Über alle diese Dinge wollen wir in unserer Tagung in Frankfurt sprechen. Vorher wollen wir noch mit Herrn Schäffer reden.

Adenauer: Ich darf, obwohl es – strenggenommen – nicht zur Sache gehört, an

Ihre ersten Worte anknüpfen, Herr Etzel, und zwar über die Versammlung unter dem Bundestagsabgeordneten Dr. Böhm. Wir haben neulich in einem kleinen Kreise der Bundesgeschäftsstelle gesagt, wie schlecht unser Statut ist, weil es nicht gestattet, gegen Mitglieder der Partei vorzugehen, die sich gegen die Parteiinteressen gröblich versündigt haben. (*Etzel*: Herr Böhm ist nicht dageigewesen; das hat sein Geschäftsführer Sabaß⁶⁵ gemacht.) Dann war es Herr Sabaß. Aber der Name tut nichts zur Sache. Das ist das eine Beispiel.

Das zweite Beispiel – schade, daß Herr Storch nicht mehr da ist – ist folgendes: Herr Storch hat in Genf Ausführungen gemacht, die nach Zeitungsberichten so sind, daß sie in direktem Gegensatz zu unserer Auffassung stehen.⁶⁶

Das dritte Beispiel – schade, daß Herr Gerstenmaier nicht mehr da ist – ist folgendes: Herr Gerstenmaier hat in Berlin eine Rede gehalten, die einfach unmöglich ist in außenpolitischer Beziehung.⁶⁷ (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Wenn jemand, der sich gerne gedruckt sehen will, so in freier Wildbahn einfach drauflosredet, und zwar ohne jede Parteidisziplin, so ist das eine völlig unmögliche Sache. Ich habe den Herren auf der Bundesgeschäftsstelle gesagt, wir können vor den Wahlen nicht mehr das Statut ändern. Das kann nur ein Parteitag machen. Aber sobald wir die Wahlen hinter uns haben, müssen wir das Statut ergänzen im Sinne einer größeren Straffung und Zusammenfassung. So geht das nicht weiter!

Heute möchte ich Sie bitten, einen Beschluß zu fassen, daß alle Mitglieder der Partei aufgefordert werden, in kritischen Angelegenheiten Parteidisziplin zu wahren. Wenn jemand glaubt, es nötig zu haben, abweichende Meinungen zu sagen, dann soll er sich gefälligst vorher mit dem engeren Vorstand in Verbindung setzen. So aber ist das einfach unmöglich; denn so wird Wasser auf die Mühlen der Gegner geleitet, und man wird sagen: Da seht ihr diese Partei! (*Gurk*: Wird das den Herren zur Kenntnis gebracht?) Wenn Sie mich beauftragen, will ich das gerne tun.

Dichtel: Man kann auch nicht sagen, der Herr Böhm war nicht anwesend. Wenn er der verantwortliche Mann ist, dann gehört es zu seinen Dienstobliegenheiten, sich

65 Wilmar Sabaß (1902–1980), 1930–1939 Mitglied der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V. in Gleiwitz (Oberschlesien), 1945–1946 Bergbausachverständiger in München, 1946–1947 Verbindungsmann zur North German Coal Control in Gelsenkirchen-Buer, 1948–1950 Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus in Essen-Heisingen, 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, 1952 Stadtverordneter in Bonn, 1953–1957 MdB (CDU). – Gemeint ist vermutlich Frickhöffer (vgl. Anm. 64).

66 Vermutlich bei der 40. Internationalen Arbeitskonferenz der UN, die am 27. Juni 1957 abgeschlossen wurde.

67 Gerstenmaier, der die Vorstandssitzung bereits verlassen hatte, hatte in einer Rede am 29. Juni 1957 vor dem RCDS an der FU Berlin zur letzten Note der Sowjetunion Stellung bezogen und sie u.a. als „in ihrem aggressiven Ton befremdlich“ und als einen „Versuch plumper Wahlbeeinflussung“ bezeichnet. Auf die Kritik Adenauers reagierte er in scharfer Form am 4. Juli 1957 schriftlich unter Hinweis auf seine Ausführungen (vgl. ACDP VII-002-280).

über das Konzept seines Geschäftsführers zu orientieren. Wenn er es nicht getan hat, dann hat er zumindest grob fahrlässig gehandelt.

Adenauer: Sie beauftragen mich also, diese Erklärung den Herren schriftlich zukommen zu lassen.

Herr Etzel, nun zu Ihrem Programm! Ich vermisse da den Mittelstand. Sie haben kein Wort vom Mittelstand gesagt. (*Etzel:* An sich ist es vorgesehen; aber wir machen noch einen eigenen Mittelstandstag⁶⁸.) Das wird aber vermißt. (*Etzel:* In einem zweiten Papier haben wir mehr gesagt!) Kommt denn da der Mittelstand auch dran? (*Etzel:* In einer Entschließung zur Wirtschaftspolitik, über die in Hamburg gesprochen worden ist, steht das drin!⁶⁹)

Ich möchte Ihnen empfehlen, Herr Etzel, zu überlegen, ob Sie den ganzen Tenor der Sache nicht anders fassen können. Hier geht der Tenor der ganzen Geschichte über in eine Kritik des bisher Geschehenen, wenn es auch eine sanfte Kritik ist. Man sollte sich nie selbst öffentlich kritisieren; denn dazu ist kein Mensch verpflichtet. Man kann es aber auch anders ausdrücken. Ich habe es gestern versucht in dem Saunabad von Dortmund. Ich höre, daß es dort 50 Grad Hitze waren. Ich habe gesagt: Es war zuerst unsere Verpflichtung, für ausreichende Arbeitsplätze zu sorgen. Deswegen mußten wir, koste es, was es wolle, die großen Unternehmungen wieder in Gang bringen. Dann handelte es sich darum, die wirklich Schwachen zu unterstützen. Das haben wir auch getan. Das waren, weil man nicht alles auf einmal machen kann, die vordringlichsten Probleme, die zuerst angefaßt werden mußten. Jetzt kommen die anderen Probleme. Wenn Sie sich das überlegen und wenn Sie es so ähnlich ausdrücken, dann sieht die Sache anders aus. Wenn Sie z.B. sagen, wir haben 40 : 40 : 20 für Investitionen vereinbart, dann ist das eine herbe Kritik. Ich spreche jetzt nicht über die Frage, ob das berechtigt ist oder nicht, sondern nur darüber, wie wird das sich beim Wahlkampf auswirken? Das ist doch das Entscheidende! Wenn Sie eine Großveranstaltung machen wollen, möchte ich bitten, sich zu überlegen, ob Sie es nicht in einer etwas anderen Modulation machen, damit niemand sagen kann: Was Sie bisher gemacht haben, war doch nicht hundertprozentig richtig.

Die meisten haben bisher vom Wirtschaftswunder gelebt; ich meine politisch, nicht physisch. Ich habe es nie getan, sondern immer meine eigenen Gedanken dabei gehabt. Aber man muß auch seine Gedanken einmal für sich behalten. Ich bitte Sie also, formulieren Sie etwas anders. Sie kommen damit zum gleichen Ergebnis; im Gegenteil, Sie kommen zu einem besseren Ergebnis.

Etzel: Ich bin ganz Ihrer Meinung. Vielleicht bin ich mißverstanden worden, wenn ich gesagt habe 40 : 40 : 20, um deutlich zu machen, worauf es uns ankommt. Es ist

68 Nicht zu ermitteln.

69 Druck: CDU, 7. Bundesparteitag S. 218: „Die CDU will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten. Sie fordert deshalb die Fortsetzung und Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft ...“.

nicht so gedacht. Wir wollen nach außen sagen: Zwei Regierungen unter Adenauer reichten nicht aus, um alles zu erreichen. In der dritten Regierung werden wir in eine neue Phase vorstoßen. Wir wollen das aber nicht als Forderung sagen, sondern als realen Willen ausdrücken. Und dieser reale Wille ist, durch eine Änderung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern überhaupt die Tür zu öffnen, um diesen Weg zu einer Eigentumsbildung auch steuerlich zu ermöglichen. Das ist die Voraussetzung, ohne die es nicht geht.

Adenauer: Die Forderung nach der Eigentumsbildung unterschreibe ich hundertprozentig, aber denken Sie bitte daran, wie früher Eigentum gebildet wurde. Dazu bedurfte es jahrelanger Spartätigkeit. Deswegen würde ich, namentlich bei unserer nervösen Zeit, nicht sagen, jetzt beginnt die zweite Phase, in deren Mittelpunkt die Bildung von Eigentum für breiteste Schichten steht. Nehmen Sie mir das bitte nicht übel, aber das ist mißdeutig. Das Prinzip ist richtig, aber Sie dürfen nicht sagen: Das ist der Mittelpunkt der kommenden vier Jahre. Ich würde Sie also, Herr Etzel, bitten, bei der ganzen Sache den ethischen Gehalt des Sparens stärker zu betonen. Die Entsagung und der Verzicht auf den augenblicklichen Genuß ist für mich mindestens soviel wert, wie etwas auf die Sparkasse zu tragen. Deswegen bitte ich Sie, das Problem noch einmal nach den Gesichtspunkten zu überprüfen, die ich eben genannt habe.

Ich fasse zusammen: 1. Auch der Böswilligste darf daraus nicht eine Kritik unseres bisherigen Vorgehens herauslesen. 2. Stellen Sie das Sparen nicht in den Mittelpunkt der nächsten vier oder acht Jahre; denn das Sparen ist eine langsam wirkende Sache. Betonen Sie aber bitte den ethischen Wert des Sparens. 3. Denken Sie bitte an den Mittelstand.

Hellwig: Dieser Text, der Ihnen vorgetragen worden ist, ist nur die Ergänzung, die in einer Sitzung nach Hamburg noch erarbeitet wurde zu dem Entwurf, den Ihnen der Wirtschaftspolitische Ausschuß vor Hamburg vorgelegt hat. In dieser Entschließung für Hamburg wurden unter den Gesichtspunkten Eigentumsbildung, Verkehrspolitik, Strukturpolitik, Gemeinsamer Markt usw. eine Reihe von wichtigen Dingen zusammengestellt, die auch Gegenstand der Beratung auf der Tagung in Frankfurt sein werden. Unter den strukturpolitischen Maßnahmen ist das Mittelstandsproblem enthalten. Unsere Mittelstandsfreunde haben sich hier der Eingliederung unter dem Gesichtspunkt einer gesellschaftspolitischen Struktur angeschlossen. Es müssen also die beiden Entwürfe zusammengesehen werden. Es sind allerdings keine abschließenden Formulierungen.

Ich möchte einige Zahlen zum Wohnungsbau nennen. Der Anteil der Einfamilienhäuser und der Kleinsiedlungsbauten im Sozialen Wohnungsbau ist von 35 % auf über 41 % in vier Jahren gestiegen. (*Adenauer:* Im letzten Jahre waren es 27 %. Ich habe mir am Samstag diese Ziffern geben lassen.) Ich lasse es nachprüfen, Herr Bundeskanzler, wir haben wohl die gleichen Unterlagen. Auch der Anteil der privaten Bauherren ist ebenfalls von Jahr zu Jahr gewachsen. Es ließe sich also hier einiges zur Eigentumsbildung in den letzten Jahren sagen. Was aber im Zentrum der ganzen Auseinandersetzung stehen muß, das ist das Gewerberecht, das Steuerrecht und das

Gesellschaftsrecht. Leider ist bei uns der Weg für eine Steuerreform in den letzten Jahren verschlossen gewesen, da wir an verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten des Grundgesetzes nicht vorbeigehen können. Es ist heute so, daß bei den Steuern jeweils der Besitzstand einer bestimmten Gebietskörperschaft gilt. Die Umsatzsteuer, die Zölle usw. bilden den Besitzstand des Bundes; die Einkommen- und Körperschaftsteuern sind der Besitzstand der Länder; die Gewerbesteuer ist der Besitzstand der Gemeinden. Jede Reform, die nur an einer Steuer ansetzt, stößt natürlich auf den Widerstand und das Veto derjenigen Gebietskörperschaft, für die diese Steuer die Hauptbasis ist. Wenn man nicht gleichzeitig den Finanzverbund dieser Dinge mit anfaßt, wird man nie die Zustimmung derjenigen Gebietskörperschaft haben, bei deren Steuern eine wirkliche Reform stattfinden soll. Das muß an den Anfang unserer Steuerreformerwägungen gestellt werden; das sollte auch in Frankfurt geschehen.

In Hamburg haben wir 1953 ein umfangreiches Programm ausgearbeitet. Wir waren bemüht, Schäden dort ausfindig zu machen, wo man den Anschluß an die Marktwirtschaft nicht erreicht hat. Jetzt kommt es darauf an, die gesellschaftspolitischen Linien, das gesellschaftspolitische Leitbild, in den Vordergrund zu stellen und diesem Leitbild die konkreten Maßnahmen in der Finanz- und Steuerpolitik unterzuordnen.

Die anderen Parteien haben mehr oder weniger substanzlose Forderungen, die praktisch nicht zu konkretisieren sind; sie fordern nur: Schluß damit! Aber sie bringen nichts Tragendes. Wir müssen diese Chance ausnutzen und an die Öffentlichkeit treten. Wir denken uns den Ablauf so, daß im Rahmen dieser Tagung eine Zusammenkunft mit der Wirtschaftspresse und der Tagespresse stattfindet. Dort werden wir mehr Resonanz haben, wenn ich daran denke, wie enttäuscht die Presse war über das Wenige, was ihnen die anderen Parteien auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik für den Wahlkampf vorgelegt haben. Die Leute warten geradezu darauf, Material zu bekommen. Diese Chance sollten wir ausnutzen.

Adenauer: Ich habe den Kollegen Etzel mißverstanden. Ich hatte geglaubt, daß dieser Entwurf, den wir heute bekommen haben, die Grundlage sei. Das ist nunmehr korrigiert worden. Ich habe hier die Hamburger Beschlüsse. Und wenn ich die beiden zusammenhalte, dann warne ich Sie vor einem: Machen Sie nicht soviel auf einmal! Sie haben hier so viele Themen angeschlagen, daß das kein Mensch verdauen kann. Sie wirken damit auch nicht in der Öffentlichkeit. Sie müssen sich einzelne Sachen aus den Hamburger Beschlüssen herausnehmen und die voranstellen. Ich würde Sie bitten, die Finanz- und Steuerpolitik nicht als ersten Punkt herauszustellen; denn sonst wird von der großen Masse der Bevölkerung gesagt: Aha, jetzt kommen sie wieder mit den Steuern! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in den beiden ersten Bundestagsessionen zu viele Millionäre entstanden sind. Wir müssen dafür sorgen, daß das nicht mehr vorkommt. Das habe ich neulich auch schon dem Herrn Schäffer gesagt. Ich möchte nicht mehr so viele Millionäre entstehen sehen wie in den vergangenen acht Jahren. Das war damals vielleicht nötig; aber einmal muß es aufhören. Ich würde empfehlen, weniger zu sagen, aber in der richtigen Reihenfolge. Bedenken Sie folgendes: Herr

Wehking hat schon eingeladen zu einer ähnlichen Tagung für die Landwirtschaft. Sie hatten die Freundlichkeit, auf Ihr Programm zu setzen, daß Sie einen Empfangsabend veranstalten wollen. Aber ich weiß nichts davon, und ob ich in Frankfurt sein kann, um einen Empfangsabend mitzumachen, das halte ich nicht für gut möglich. Lieber Herr Etzel, ich muß mit meinen körperlichen und geistigen Kräften vorsichtig umgehen!

Etzel: Das hat Herr Wehking gesagt, nicht ich! Ich habe mit Ihnen in Hamburg darüber gesprochen. Sie haben mir gesagt: Ich komme. Herr Globke hat mir schriftlich bestätigt, daß Sie kämen. Dann hat er mir vor acht Tagen geschrieben, Sie kämen nicht. Daraufhin haben wir die Sache abgesetzt. Wir nehmen selbstverständlich auf Sie Rücksicht.

Adenauer: Herr Etzel, ich gehöre nicht mehr zur jungen Generation. Ich habe bis zur Bundestagswahl noch 40 Reden zu halten. Und wenn ich rede, dann schließen sich immer noch Gott weiß was für Besprechungen an. Das ist sehr unangenehm und anstrengend. Außerdem scheint es ein heißer Sommer zu werden. Deswegen bitte ich Sie, mich richtig zu verstehen. (*Etzel:* Ich habe sofort Herrn Globke gesagt: Ich bin einverstanden!) Ich danke Ihnen sehr. Ich schlage nun vor, zu den Vorträgen der Herren Etzel und Hellwig Stellung zu nehmen. Ich würde vorschlagen, das Ganze etwas zu konzentrieren; ich glaube, man wird damit noch mehr Erfolg haben.

Etzel: Wir können grundsätzlich durchaus damit einverstanden sein. Es war nicht unsere Absicht, noch allzuviel zu tun. Wir hatten ursprünglich, in der Annahme, daß Sie da wären, etwas anders disponiert. Nunmehr haben wir aber umdisponiert. Es handelt sich nicht nur um eine Veranstaltung der CDU, sondern auch der CSU. Ich bin mit Herrn Seidel einig. Wir werden ein Gesamtbild geben. Das Gesamtbild soll zunächst eine Leistungsschau sein. Wir werden sagen, was wir erreicht haben. Alles konnten wir nicht erreichen. Die Idee über die Millionäre ist auch unsere Idee. Wir werden von einer zweiten Phase sprechen, von einer breiten Eigentumsbildung; und dazu müssen wir sachlich etwas sagen. Wir wollen einen Weg weisen. Dieser Weg ist die Änderung des Finanzausgleichs. Wir wollen eine Basis für eine breite Eigentumsbildung geben, ohne die Größenrate der Investitionen zu verkleinern. Wenn sie größer wird, müssen auch andere Leute daran partizipieren, z.B. der Mittelstand usw. Aber wir brauchen diese Besteuerung. Das ist unser gesellschaftspolitisches Anliegen. Wir müssen als CDU noch einen besonderen Akzent schaffen. Und das wollen wir mit dieser Wirtschaftstagung erreichen.

Adenauer: Sie sind damit einverstanden! Dann kommen wir zum Programm des Bundesausschusses für Agrarpolitik. Das Wort hat Herr Wehking.

Bericht des Bundesausschusses für Agrarpolitik

Wehking: Wir wollen ähnlich wie der Wirtschaftspolitische Ausschuß eine Veranstaltung aufziehen. Wir sind dazu veranlaßt worden durch das Verhalten der anderen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits im April eine solche Tagung durchgeführt. Das gleiche haben die DP und die FDP getan. Der Vorsitzende des

Agrarpolitischen Ausschusses der FDP, der Landwirtschaftsminister Effertz⁷⁰ aus Nordrhein-Westfalen, hat das Agrarprogramm der FDP entwickelt. Es ist interessant, daß in der „Deutschen Bauernzeitung“ dieses Programm groß überschrieben wird mit „Hauptforderung: Kostendeckende Preise“.⁷¹ Es ist die Aufgabe der CDU, auf dieser agrarpolitischen Tagung nachzuweisen, daß sich die Wünsche der FDP nicht mit den agrarpolitischen Forderungen des Landwirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen decken.

Wir haben unsere Tagung in Köln, weil Köln verkehrsmäßig sehr günstig liegt. Der Herr Bundeskanzler wird die Tagung eröffnen und bekunden, daß die Landwirtschaft in der CDU nicht das fünfte Rad am Wagen ist, sondern daß sie einen guten und echten Platz in der gesamten Wirtschaftspolitik hat. Anschließend wird Herr Lübke über das Thema „Vier Jahre Verantwortung“ sprechen. Im zweiten Vortrag wird Herr Lücker⁷² von der CSU mit der Agrarpolitik der anderen Parteien abrechnen, und zwar mit dem Thema „Agrarpolitik, wie sie nicht sein darf“. Er wird die Propagandaanträge der SPD, FDP und DP des letzten halben Jahres in das richtige Licht rücken. Herr Struve hat den Vortrag übernommen „Was die Landwirtschaft vom neuen Bundestag erwartet“. Als letzter wird Herr Bauknecht über das Thema „Einbau der deutschen Landwirtschaft in die europäische Wirtschaft“ sprechen. Am Schluß werden der Presse neun Referate übergeben, wobei die Presse Fragen stellen kann und soll.

Das Programm ist Ihnen zugeleitet worden. Es ist aufgrund des Vorschlags des Herrn Bundeskanzlers so kurz wie möglich gehalten. Es ist ausgearbeitet worden in Zusammenarbeit zwischen den Herren Lübke, Bauknecht, Struve und mir. Es besagt an sich nicht viel Neues, sondern baut auf dem Agrarprogramm des Bundesparteitages vor vier Jahren in Hamburg auf. Ich meine aber, daß ein Wort in diesem Programm gestrichen werden soll, und zwar in der dritten Zeile das Wort „gradlinig“. Es ist nach meiner Meinung klug, wenn wir dieses Wort streichen, denn das kann doch heißen, als ob wir überhaupt nichts ändern wollten. Wir müssen aber hier etwas beweglich sein. Die Entschließung zur Agrarpolitik lautet wie folgt:

„Die CDU setzt ihr Agrarprogramm, das mit dem Landwirtschaftsgesetz und den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur erfolgreich eingeleitet wurde,

70 In der Vorlage: Efferenz(?). – Dr. Josef Effertz (1907–1984), 1954–1961 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1956–1958 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (in dieser Funktion im Bundesrats-Ausschuß), 1961–1968 MdB.

71 „Deutsche Bauernzeitung“ vom 13. Juni 1957: „Hauptforderung: der kostendeckende Preis“ (Bericht über die agrarpolitische Tagung der FDP in Celle am 7. Juni, unmittelbar nach dem Parteitag der FDP vom 5./6. Juni 1957 in Hamburg). – Die SPD legte ihr „Landprogramm“ schon am 24. November 1956 in Bad Vilbel vor (ausführlicher Bericht in „Deutsche Bauernzeitung“ vom 29. November 1956). – Die DP hatte ihren Bundesparteitag vom 27. bis 29. Mai 1957 in Hamburg (Wahlprogramm mit Entwürfen in NL Kalinke ACDP I-026-003/3 und 005/6).

72 Hans-August Lücker (geb. 1915), 1947–1953 stv. Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands, 1953–1980 MdB (CSU), 1958–1984 MdEP (1969–1975 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Fraktion, seit 1975 Vizepräsident).

gradlinig fort. Das dem eigenen Boden verbundene Bauerntum ist ein Grundpfeiler des sozialen und geistigen Lebens unseres Volkes und die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil unserer Volkswirtschaft.

Mit dem Landwirtschaftsgesetz wurde ein Grundgesetz geschaffen, das die Gleichstellung der Landwirtschaft mit den anderen Gruppen der Volkswirtschaft anstrebt. Die Grünen Berichte lassen nicht nur die hohe landwirtschaftliche Erzeugungs- und Produktivitätssteigerung, sondern auch die umfangreichen Förderungsmaßnahmen des Bundes erkennen. Mit den beiden Grünen Plänen wurden beträchtliche Mittel für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und die Angleichung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerung an die vergleichbaren Berufsgruppen zur Verfügung gestellt.

Das Ziel des Landwirtschaftsgesetzes, für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen einen der übrigen Volkswirtschaft gleichkommenden Lohn zu schaffen, läßt sich nur erreichen, wenn die gesamte Wirtschaftspolitik auf die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft Rücksicht nimmt.

Um der Landwirtschaft diesen aus natur- und wirtschaftsbedingten Gründen bisher nicht erreichten Anschluß an die Gesamtwirtschaftsentwicklung zu ermöglichen, zugleich auch die große Zahl der bäuerlichen Betriebe im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt voll wettbewerbsfähig werden zu lassen, sind durch Stärkung der bäuerlichen Selbsthilfe zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen agrarpolitische Förderungsmaßnahmen mit Hilfe der Allgemeinheit notwendig. Die besondere Sorge für die Landbevölkerung hat dabei der wirtschaftlichen und sozialen Festigung der bäuerlichen Betriebe, insbesondere den Familienwirtschaften, zu gelten. Als solche Maßnahmen sieht die CDU vordringlich an:

1. Das Landwirtschaftsgesetz muß in allen seinen Zielsetzungen konsequent durchgeführt werden.

In der Lohn- und Preisentwicklung muß mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse auf Stabilität und Ausgleich hingewirkt werden. Der landwirtschaftlichen Erzeugung müssen Preise ermöglicht werden, die unter Anlegung rationaler Maßstäbe den Kosten gerecht werden und einen den übrigen Wirtschaftsbereichen gleichkommenden Arbeitsentgelt ermöglichen.

Die Steuerpolitik von Bund und Ländern sowie die allgemeine Wirtschaftspolitik müssen auf Senkung der Betriebskosten ausgerichtet sein.

Zur Rationalisierung der Betriebe und zur sinnvollen Mechanisierung zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsentlastung der Bäuerin ist die Technisierung der Feld-, Hof- und Hausarbeit einschließlich gemeinschaftlicher Einrichtungen und durch Elektrifizierung stärker zu fördern sowie steuerlich zu begünstigen.

2. Die Verbesserung der Agrarstruktur ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorflage, Wegebau sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen.

3. Zur ausreichenden Versorgung der Landwirtschaft mit mittel- und langfristigen

Kredit zu tragbaren Zinssätzen ist der Kapitalmarkt entweder von allen staatlichen Lenkungsmaßnahmen zu befreien oder sind durch kredit- und steuerpolitische Maßnahmen zur Kredithergabe, notfalls durch die öffentliche Hand, die Zinsverbilligungsaktionen entsprechend wirksam zu gestalten.

4. Die Marktordnungsgesetze müssen aufrechterhalten und so angewandt werden, daß sie für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Märkten sorgen und angemessene, die Erzeugungskosten deckende Preise sichern.

Durch eine abgewogene Zoll- und Handelspolitik muß die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig der inländischen Erzeugung angepaßt werden.

5. Auf die Förderung des ländlichen Volks- und Berufsschulwesens, der Heimvolkshochschulen, der Fachausbildung und der Wirtschaftsberatung ist entscheidendes Gewicht zu legen.

6. Die ländliche Arbeitsverfassung ist so zu gestalten, daß ein wirtschaftlich und sozial gesunder Landarbeiterstand erhalten bleibt. Der Bau von Landarbeiterwohnungen und -eigenheimen und die Freimachung zweckentfremdeter Werkwohnungen ist dringend notwendig. Die Förderungsmaßnahmen sollen die Umstellung auf ständige, verheiratete Arbeitskräfte begünstigen.

7. Die sofortige Verabschiedung des von der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages eingebrachten Gesetzes zur Alterssicherung für Landwirte mit staatlicher Hilfeleistung ist unbedingt erforderlich.“

Adenauer: Ich danke Ihnen, Herr Wehking. Ich darf Herrn Etzel noch eine Frage stellen. In dem Agrarprogramm für 1957 ist unter Ziffer 2 folgendes gesagt:

„Die Verbesserung der Agrarstruktur ist durch Flurbereinigung, Betriebsaufstockung, Aussiedlung aus beengter Dorflage, Wegebau sowie Verbesserung der Boden- und Wasserwirtschaftsverhältnisse beschleunigt und mit genügend großen finanziellen Mitteln von Bund und Ländern weiterzuführen.“

Das halte ich für zu weitgehend, ja, für falsch. Wir können nicht alles machen. Sie haben übrigens nichts vom Kapitalmarkt gesagt. (*Etzel:* Es steht drin!) Wo steht es? (*Etzel:* Dieser Teil des Agrarprogramms ist unter Ziffer 3 behandelt.)

Hellwig: Wir haben mit Absicht das Wort „Kapitalmarkt“ vermieden, sondern haben alle die Maßnahmen behandelt, deren Wirkung den Kapitalmarkt betreffen, weil wir nicht wollen die Gleichsetzung der Wirtschaftspolitik der CDU mit dem Kapitalmarkt ...

Adenauer: Aber das ist doch einer der Fehler dafür, daß unser Kapitalmarkt kaputtgeht. (*Hellwig:* Darin sind wir uns völlig einig!) Dann sagen Sie es doch, daß der Bund eine Kredit- und Zinsverbilligungspolitik mit der Bank Deutscher Länder unter allen Umständen treiben muß. (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, Sie können beruhigt sein!) Jetzt muß ich Sie gegen die Bundesregierung scharfmachen!

Etzel: Das steht unter Ziffer 3: Sondervergünstigungen sind nur dort anzuerkennen, wo dadurch die Selbsthilfe für diejenigen angeregt wird, die den Anschluß an die Marktwirtschaft noch nicht erreicht haben oder bei denen dies sozial gerechtfertigt ist.

Der Kapitalmarkt hat den Anschluß an die Marktwirtschaft nicht erreicht.

Adenauer: Glauben Sie, daß der einzelne etwas darunter versteht? (*Etzel:* Das ist die Basis für die Diskussion in Frankfurt!) Sie werden also die Frage des Kapitalmarktes ansprechen? (*Etzel:* Ja! Auch in Luxemburg haben wir einen ganzen Tag der Frage des Kapitalmarktes gewidmet. Wir haben dann diese Lösung gefunden.) Herr Etzel! Wir können nicht einen Kapitalmarkt schaffen für die Landwirtschaft, einen Kapitalmarkt für den Mittelstand, einen Kapitalmarkt für die Großindustrie. Die Frage des Kapitalmarktes muß generell besprochen werden. Deswegen muß es auf die Tagesordnung Ihrer Sitzung kommen, und zwar expressis verbis, verehrter Herr Etzel! Sie sind doch sonst nicht so scheu. Aus bloßer Angst vor Herrn Erhard ... (*Hellwig:* Im Gegenteil, der ist dafür, für die Gesundung des Kapitalmarktes. – *Etzel:* Wir haben die Koordinierung der Wirtschaftspolitik nicht hingekriegt. Wir haben da schwere Fehler gemacht. Das dürfen wir einmal in aller Bescheidenheit feststellen.) Darüber bin ich mir schon lange klar. Aber da wir doch so große Unternehmer unter uns haben, was soll ich da immer reden.

Wir kommen zum Wahlprogramm der Jugendpolitik.

Bericht über das Jugendprogramm

Meyers: Das Programm unterscheidet sich von den bisher vorgetragenen Programmen dadurch, daß es nicht von einem Ausschuß der CDU erarbeitet worden ist.⁷³ Es hat sich vielmehr ein Jugendbeirat⁷⁴ gebildet, bestehend aus Vertretern der Jungen Union und Vertretern aller anderen Jugendverbände, und zwar war der Sinn dieses Beirates, einmal mit diesen Jugendverbänden ins Gespräch zu kommen und ihre Arbeit gegen die CDU auszuschalten.

Wir haben dieses Programm Frau Rehling noch vor dem Hamburger Parteitag, also vor ihrem Referat, zuschicken können. Es wäre vielleicht zu empfehlen, dieses Programm, das Ihnen vorliegt, im „Deutschen Monatsblatt“ abzdrukken. Damit würde der Zweck dieses Programms erreicht sein. Als der Jugendbeirat anfing, über Bundestagsabgeordnete zu sprechen, habe ich gesagt, wir wollen uns nach der Bundestagswahl wieder treffen. Ich habe nicht den Sinn darin gesehen, über Kandidaten zu sprechen. Das hat er auch geschluckt. Wir könnten aber dieses Programm im „Deutschen Monatsblatt“ veröffentlichen.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden. – Dann können wir diesen Punkt der Tagesordnung verlassen und kommen zum Schmerzenskind, der Saar.

73 „Die CDU und die Jugend. Programmatische Richtlinien für eine zielbewußte Jugendpolitik.“ Druck: „Informationen der Jungen Union Deutschlands“ 5.Jg. (August 1957) S. 14.

74 Zusammensetzung November 1957: Meyers (Vorsitzender), Stoltenberg (stv. Vorsitzender), Kemmer sowie 15 Mitglieder (Liste in ACDP VII-004-042/1).

BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG AN DER SAAR

Reinert⁷⁵: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zum Verständnis voraussetzen: Der Saar-Landtag, der zwei Monate nach der Abstimmung am 18. Dezember 1955 gewählt worden ist, besteht aus 50 Abgeordneten, wovon – nach zwei Übertritten zu anderen Parteien – die Mandate wie folgt entfallen: 16 CDU, 13 Demokratische Partei, 11 CVP, 8 SPD und 2 KPD. Unter der Leitung von Dr. Ney wurde eine Heimatbündkoalition geschaffen aus CDU, DPS und einem SPD-Abgeordneten, die bis zum 13. Dezember des vergangenen Jahres bestanden hat. Kurz vorher war die DPS mit ihren beiden Ministern ausgeschieden. Seitdem bestand eine latente Krise. Das Kabinett ist nicht aufgefüllt worden. Es erlitt einen weiteren Verlust durch den Professor Blind⁷⁶ am 1. April. Wenige Tage zuvor trat die Regierung zurück. Sie hat dann als geschäftsführendes Kabinett die Geschäfte weitergeführt. Inzwischen wurde nach einem fehlgeschlagenen Auftrag an Dr. Ney, eine Viererkoalition unter Einschluß der CVP zu bilden, Dr. Röder von der CDU beauftragt, eine Regierung zu bilden und gleichzeitig damit das brennende Problem über die Einigung des christlichen Lagers einer Lösung zuzuführen.

Die CVP hatte vier Wochen nach der Abstimmung im Jahre 1955 auf ihrem Landesdelegiertentag den Beschluß gefaßt, die Politik der Eingliederung des Saarlandes in die deutsche Bundesrepublik mitzumachen. Eine entsprechende Erklärung ist Ende Januar 1956 von der Fraktion der CVP abgegeben worden. Es ist festzustellen, daß die CVP diesem Eingliederungsgesetz zu keiner Stunde irgendwie einen Widerstand entgegengebracht hat; im Gegenteil, sie hat loyal diesen Prozeß der Eingliederung mitgemacht. Es sind dann sehr bald die Bestrebungen der CVP und der CDU laut geworden, irgendwie zu einer organisatorischen Einigung zu kommen. Es haben sich auch Gruppen im Lande zu einer christlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengetan, um auch außerhalb des politischen Raumes Wege zueinander zu suchen.⁷⁷

Zunächst hatte die CVP mit dem Zentrum eine Absprache getroffen, die aber dann wieder aufgegeben wurde, als Werturteile über die 5%-Klausel ergingen, bei der das Zentrum keine Aussicht hat – auch nicht in Verbindung mit der CVP –, im Bundesgebiet wirksam werden zu können. Dann hat sich die CVP an die CSU gewandt. Diese Gespräche sind mitten im Gange. Sie sind damit zu erklären, daß eben alle anderen Versuche, im Hinblick auf die Bundestagswahl zu einer organisatorischen Einigung zu gelangen, nicht Gestalt gewinnen konnten.

75 Dr. Egon Reinert (1908–1959), 1956–1959 MdL Saar (CDU), 1956–1957 Minister für Justiz sowie Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1957–1959 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Saar, 1957–1959 Ministerpräsident (1959 auch Justizminister). – Reinert stand seit dem 4. Juni 1957 einer Regierung von CDU (5 Posten), DPS (3) und SPD (2) vor.

76 In der Vorlage: Inde(?). – Dr. Adolf Blind (geb. 1906), Professor für Volkswirtschaft (1952 Universität Saarbrücken, 1957 Frankfurt); 1955–1957 Minister für Finanzen und Forsten (parteilos). – Vgl. SCHMIDT 3 S. 375 Anm. 6.

77 SCHMIDT 3 S. 285–290, 442–505, 559–626; vgl. auch Frank DINGEL: Die Christliche Volkspartei des Saarlandes. In: Stöss 1 S. 719–765, hier S. 739–750.

Wir haben in diesem Raum am 18. Mai mit dem Vorsitzenden unter der Leitung des Herrn Bundeskanzlers eingehende Besprechungen gehabt.⁷⁸ Damals schien es so zu sein, als ob sich eine Koalition zwischen CDU und CVP durchführen lasse. (*Adenauer*: Sie wurde beschlossen!) Es sind sehr konkrete Einzelheiten vereinbart worden, die ich in ihren wesentlichen Teilen wie folgt charakterisieren darf: Es sollte sofort eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Fraktionen gebildet werden. Es sollte die Regierung unter Einbeziehung von Vertretern beider Parteien und unter Ausschluß anderer Parteien gebildet werden. Es sollte eine gemeinsame Liste für die Bundestagswahl aufgestellt und im übrigen alles vermieden werden, was nach außen irgendwie noch als Verschiedenheit aufgefaßt werden könnte.

Nun hätte eine solche Regierung, die sich aufgrund der 50 Mandate auf mindestens 26 Stimmen hätte stützen müssen, der Zustimmung der CVP und 15 Stimmen der CDU bedurft. Aber diese 15 oder 16 Stimmen waren leider nicht zu erreichen. Es fehlten immer zwei. Deshalb konnte diese Regierung nicht zustande kommen. (*Adenauer*: Verzeihen Sie bitte! Man muß es offen sagen; es fehlten die Stimmen von Dr. Ney und Albrecht!) Richtig! Diese beiden Stimmen fehlten, weil die Herren eine Verbindung mit der CVP mit der Begründung ablehnten, sie sei nur dazu angetan, eine Restaurierung der CVP zu erleichtern; dadurch werde also die vorgesehene Auflösung der CVP unbestimmt. Es ist also zu keiner Regierung gekommen, und Herr Dr. Röder als der Beauftragte der CDU zur Regierungsbildung hat sich dann dem Landtag nicht gestellt, weil es nach den ausdrücklichen Erklärungen der beiden vorgenannten Fraktionsmitglieder ausgeschlossen war, die 26 Stimmen zu erreichen. (*Zurufe*: Unerhört!) Am Tage nach der Besprechung hier im Hause fand dann der Landesdelegiertentag statt, über den der Herr Bundeskanzler eben berichtet hat, der aus Anlaß der Abstimmung über den Landesvorsitzenden ein deutliches Auseinanderbrechen der gesamten CDU in zwei Teile erkennen ließ. Das Abstimmungsergebnis der Wahl des Landesparteivorsitzenden mit 306 Stimmen für Dr. Ney und 298 Stimmen für mich zeigt Ihnen, daß der Riß genau durch die Mitte der Partei ging. Daß ich mich gestellt habe, ist nicht von vornherein beabsichtigt gewesen, auch nicht als Gegenkandidatur gegen Dr. Ney, sondern das ergab sich daraus, daß die anderen Kandidaten Dr. Röder, Kratz und von Lautz⁷⁹ ihrerseits auf eine Kandidatur verzichteten und diesen Verzicht zu meinen Gunsten aussprachen.

Es kam dann eine unglückselige Geschichte hinzu, die sehr viel Unruhe verursacht hat, die aber nur am Rande interessiert, nämlich die Tatsache, daß auf der einen Seite eine gestellte Galerie sehr viel Stimmung machte, auf der anderen Seite ist aber unterlaufen, daß Gründungsausschußmitglieder – das sind Leute, die 1952 den ersten Antrag zur Zulassung der Partei unterschrieben haben – satzungswidrig zur

78 Dazu und zum Folgenden SCHMIDT 3 S. 588–593; zum Parteitag und zur Auseinandersetzung um die Neuwahl des Vorsitzenden S. 597–600.

79 Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1957–1959 Minister des Inneren, 1959–1961 für Justiz, 1961–1968 stv. Ministerpräsident.

Abstimmung zugelassen worden sind. Es sind etwa 24 Delegierte oder Mitglieder des Ausschusses gewesen. Rechtlich hat das nichts zu bedeuten. Wir haben uns darüber ein Gutachten verschafft. Herr Dr. Ney war beim ersten Wahlgang nicht mit einer absoluten Mehrheit durchgekommen. Inwieweit die nachfolgenden Wahlen noch gültig waren oder nicht, das sind Dinge, die ich nicht im einzelnen erörtern kann, sondern ich beschäftige mich mit der Frage, wie kann – nicht nur von uns aus gesehen als Gesamt-CDU, sondern überhaupt im Sinne einer echten Einigung der großen christlichen Wählermassen – eine Einigung erzielt werden? Ein direkter Zugang der CVP zur CDU scheint z.Z. noch unmöglich zu sein, obwohl Herr Dr. Ney nicht mehr im Wege steht.

Eine Verbindung mit der CSU erscheint mir persönlich für tragbar, ja sogar wünschenswert, wenn damit eine Bedingung erfüllt wird – die auch von der CVP gewünscht wird, wie sie mir selber gesagt hat –, daß nämlich mit der Eingliederung der CVP in die CSU gewisse personelle Belastungen abgestreift werden. Diese Bedingung erscheint vielleicht etwas zweitrangig, aber es ist tatsächlich so, daß auch bei solchen Leuten, die man als nicht verhärtet ansprechen kann, dieses personelle Moment eine ausschlaggebende Rolle spielt. Man sollte es aber nicht allzu stark werten, weil es sich um weniger als zehn Leute handelt. Es ist aber leider das Problem, um das wir alle miteinander ringen.

Nun konnte in diesem ganzen Zusammenhang die Regierungsbildung, die schon elf Wochen lang notleidend geworden war, nicht länger verhindert werden, oder aber die CDU hätte erklären müssen, daß sie nicht in der Lage sei, eine Regierung zu bilden. Deshalb ist eine Regierung zustande gekommen, und zwar notwendigerweise mit der DPS und der SPD. Die DPS hatte die Bedingung gestellt, daß sie entweder mit zwei Ministern und die SPD mit einem Minister vertreten sei, oder aber, daß die SPD ausgeschaltet werde. Es war also für die CDU eine Situation, bei der sie Bedingungen annehmen mußte, die wesentlich schlechter waren als die bei der ersten Heimatbündkoalition. Aber ich glaubte annehmen zu müssen, nicht nur, um zu vermeiden, daß drei Minister der DPS ins Kabinett kämen, sondern auch aus dem Grund, weil die SPD an der Saar ohnehin kein großes Gewicht hat.

Die SPD an der Saar ist nicht eine von der Arbeiterschaft stark getragene Partei, wie sie es einmal war, sondern es hat sich die merkwürdige Erscheinung ergeben, daß die DPS die Arbeiterschaft und den Mittelstand um sich geschart hat. In der Stadt Saarbrücken haben 43 % DPS gewählt. Auf der anderen Seite ergab sich mit der Einbeziehung der DPS in die Verantwortung der Regierung die Möglichkeit, ja vielleicht die Sicherheit, sie stark zu binden. Denn damit können die maßlosen Angriffe der DPS gegen die CDU verhindert oder zumindest eingeschränkt werden. Auch der Wahlkampf hätte sonst durch die DPS Formen angenommen, die für uns unerträglich geworden wären. Es scheint sich auch abzuzeichnen, daß die DPS, bei aller notwendigen Anlehnung an die FDP, sich gewisse eigene Wege offenhält.

Der Umweg über die CSU, der an sich sinnlos erscheint, war aber doch notwendig um der großen Masse der CVP-Stimmen; denn sie stellt immerhin 130.000 Wähler. Es

wird auch gut sein, um die bestehende psychologische Verhärtung etwas aufzulockern, und außerdem kann sich die CVP bei diesem Prozeß gewisser Personen entledigen, die für die CVP und auch für uns nur eine Belastung darstellen. Es ist noch ein formales Hindernis da. Es besteht noch eine CSU aus der Abstimmungszeit, die das Namensrecht für sich beansprucht. Damals haben 3.500 Wähler für diese Partei gestimmt. Ich nehme an, daß sie noch vor dem 15. September eine freundliche Aufnahme bei uns findet, sofern nicht etwa – ich glaube, Herr Seidel hat es gesagt – aus dem Provisorium ein Definitivum wird und die CSU Saar Geschmack an der Selbständigkeit bekommt und die Dinge verhärtet.

Adenauer: Herr Ministerpräsident! Ich danke Ihnen für Ihren Vortrag. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß Sie in einer sehr peinlichen Lage sind und daß Sie versucht haben, die dunklen Seiten aufzuhellen. Aber ich für meine Person kann nicht sagen, daß Ihnen dieser Aufhellungsprozeß gelungen ist. Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen und dem Parteivorstand folgendes zu sagen. Ich habe damals mit den Herren von der Saar gesprochen. Und die Herren haben mir gesagt: Verschaffen Sie uns die Möglichkeit einer freien Wahl an der Saar, dann wird sich alles andere von selbst ergeben. Das habe ich getan. Es war damals von Frankreich nicht zu erreichen, eine freie Wahl darüber herbeizuführen, ob die Saar zu Frankreich oder zu uns kommen oder ob sie für sich bleiben wolle. Es war damals nur zu erreichen – vergessen Sie nicht, daß damals Mendès-France französischer Ministerpräsident war – eine freie Abstimmung über dieses Statut. Als dann diese freie Abstimmung über das Statut in der Ihnen bekannten Weise ausgefallen ist, da hat die französische Regierung Großzügigkeit gezeigt und erklärt – das war nicht mehr Mendès-France, sondern war Pinay –, aus einer solchen Abstimmung ziehen wir die Konsequenz und sind bereit, mit Ihnen zu verhandeln über die Rückkehr der Saar zu Deutschland.

Ich habe mir sagen lassen, daß sowohl Herr Ney wie Herr Conrad⁸⁰ und Herr Schneider durch die Christliche Gewerkschaft gezwungen worden sind, dieses Statut anzunehmen, obwohl sie mir früher gesagt hatten, geben Sie uns die Gelegenheit, frei abzustimmen, dann wird sich alles Weitere ergeben. Ich weiß nicht, ob das richtig ist und ob die Herren das tatsächlich gewollt haben. Dann kamen die Verhandlungen hier in diesem Saal.⁸¹ Herr Ney ist nicht gekommen, obwohl ich ihn dreimal eingeladen hatte, nach hier zu kommen. Er hat sich mit nichtigen Redensarten entschuldigt. Die letzte Einladung habe ich ihm geschickt im Auftrage des Parteiausschusses der CDU. Aber er ist nicht gekommen. Er hat es nicht gewagt hierherzukommen. An dem betreffenden Samstag saßen oben die Vertreter der CVP. Leider hat der eine Herr einen Herzschlag bekommen; er ist eine Stunde später in der Klinik gestorben.⁸² Wir haben

80 Kurt Conrad (1911–1982), 1945–1952 SPS, ab 1952 DSP Saar, 1947–1957 MdL Saar, 1956–1957 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 1959–1961 für Inneres, 1957–1959 MdB (SPD).

81 Am 18. Mai 1957.

82 Hans Simon (CDU). – SCHMIDT 3 S. 592 Anm. 165.

hier gesessen von 4 bis 9 Uhr. Und dann war es schließlich zu einer Verständigung gekommen. Dann habe ich Herrn Röder – der damals den Auftrag vom Landtag hatte – gebeten, nun aber auch gegenüber Ney und Albrecht stark zu sein. Er hat mir auch versprochen, stark zu sein. Die Fraktion der CDU hat dann schon am Sonntag morgen um 9 Uhr mit allen gegen zwei Stimmen dem, was wir hier beschlossen hatten, zugestimmt. Dann war diese Versammlung, in der die Herren Arnold und Meyers gewesen sind.⁸³ Herr Ney hat dann darauf verzichtet, Vorsitzender zu werden, aber er hat es trotzdem fertigbekommen, daß sich die ganze CDU seinem Willen gebeugt hat, und zwar mit dem Ergebnis, daß die beiden christlichen Parteien an der Saar nicht zustande gekommen sind.

Das war die gleiche Haltung, die Herr Ney eingenommen hat, als ich an der Saar war.⁸⁴ Als wir im Gottesdienst waren, hat mich der Dechant gebeten, in die Dechanei zu kommen, dort möchten die Bischöfe ein Wort mit mir sprechen. Und dann hat mich Herr Ney fast mit körperlicher Gewalt gehindert, dahin zu gehen. Er hat mich auf der Straße am Arm gepackt und mich weggerissen, als ich dort hingehen wollte, so daß mir nichts anderes übrigblieb, um nicht einen öffentlichen Skandal herbeizuführen, den Herrn Vizekanzler Blücher zu beauftragen, für mich zu den Bischöfen zu gehen. Das ist also die Rolle, die Herr Ney spielt.

Diesem Willen des Herrn Ney hat sich die gesamte CDU gefügt. Es ist ihr nicht gelungen, den Herrn Ney dazu zu bekommen, daß er sich gefügt hat. Wenn es also einer Fraktion von 16 Mann nicht gelingt, mit ihm fertigzuwerden, dann muß ich sagen, könnte einem das imponieren, weil er seinen Willen durchgesetzt und damit Erfolg gehabt hat. Das Ergebnis ist mehr als traurig. Die Kluft an der Saar wird sich dadurch nicht schließen.

Jetzt ist die CVP zur CSU gegangen. Das eine möchte ich Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident! Es ist vorgesehen, daß ich vor der Wahl in Saarbrücken sprechen soll. Ich werde aber nicht nach Saarbrücken kommen, es sei denn, in eine Versammlung von CSU und CVP. Wenn Sie das nicht fertigkriegen, werde ich nicht nach Saarbrücken kommen. Darauf können Sie sich verlassen. Ich bedaure diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich muß das sehr nachdrücklich erklären, wobei ich Respekt vor Ihnen bezeuge; denn ich habe gehört, welches Ansehen Sie an der Saar genießen. Ich weiß, daß Sie unter Hintansetzung aller persönlichen Interessen sich auf diesen dornenvollen Stuhl gesetzt haben. Daß das alles so gekommen ist, das ist für uns parteipolitisch gesehen außerordentlich schmerzlich und bedauerlich. Ich bin nicht gesonnen, mich dem Willen des Herrn Ney zu fügen. Darauf können Sie sich bestimmt verlassen! Einen so starken Willen wie der Herr Ney habe ich auch; vielleicht noch einen stärkeren!

Nun habe ich gehört, daß die CVP vor Ihnen einen großen Respekt hat, einen ganz anderen Respekt als vor Herrn Ney, der vor Ihnen Ministerpräsident war. Ich möchte

83 Am 19. Mai 1957. – SCHMIDT 3 S. 593–600; vgl. auch MEYERS S. 210–214.

84 Anlässlich des Staatsaktes am 1. Januar 1957. – Vgl. SCHMIDT 3 S. 650f.

Sie herzlich bitten, daß Sie die ganze moralische Kraft und Macht, die Sie an der Saar genießen und besitzen, dazu verwenden, um die Geschichte wieder in Ordnung zu bringen. Bis zur Bundestagswahl wird es kaum möglich sein, zumal sich jetzt die CVP mit der CSU zu einem Landesverband verbunden hat. Die ganze Geschichte ist eine sehr traurige Angelegenheit.

Wenn es uns nach unsäglichen Bemühungen gelungen ist, die Saar wieder zu uns zurückzubringen, und dann ein Teil der Leute an der Saar – nachdem sie zu Deutschland zurückgekehrt ist – einen solchen Krach untereinander macht, dann ist das kein schöner Dank. Wir werden auch sicher noch in mißliche Verhältnisse dadurch kommen, daß Frankreich diese neue Wirtschaftspolitik eingeschlagen hat.⁸⁵ Sorgen Sie also bitte dafür, daß Sie Freunde bei uns bekommen. Das ist der gute Rat, den ich Ihnen geben kann.

Heck: Wir müssen im Vorstand unbedingt darüber beraten, wie bei der derzeitigen Situation an der Saar – auf der einen Seite die CDU und auf der anderen Seite die CSU – der Wahlkampf geführt werden soll. Die CVP hat erklärt, es mache bei ihr keine Schwierigkeiten, den Wahlkampf zu führen, ohne mit einem Wort die CDU Saar anzugreifen. Die CVP hat sich bei den letzten Kommunalwahlen überraschend gut gehalten, und mit einem sehr eigenartigen Wahlkampf. Sie hat nur Mitgliederversammlungen veranstaltet und Hausbesuche gemacht. Sie ist sonst nicht öffentlich aufgetreten. Sie hat die Absicht, auch in diesem Wahlkampf so zu verfahren.

Die Herren von der CDU Saar, mit denen ich gesprochen habe, und Herr Ministerpräsident Reinert sind gewillt, im Vorstand der CDU Saar einen Beschluß herbeizuführen, wonach der Wahlkampf nicht gegen die CVP geführt wird. Aber praktisch wird es sich bei beiden Partnern um die gleichen Stimmen handeln, so daß die Schwierigkeiten nicht ganz aus dem Wege geräumt werden können, zumal ich mir nicht vorstellen kann, wie es der CDU Saar gelingen soll, die Herren Ney und Albrecht und einige andere zu binden.

Für uns lautet die Frage: Wie sollen wir in Erscheinung treten? Ich halte es für außerordentlich schwierig, daß CDU und CVP zu gemeinsamen Veranstaltungen kommen. Ich halte es jedoch für möglich, daß die Leitung der CSU in Bayern und wir als Bundespartei als gemeinsame Veranstalter auftreten und dann jeweils Vertreter der Bundespartei und Vertreter der CSU sprechen. Immerhin werden die Schwierigkeiten außerordentlich groß sein. Es wäre sehr nützlich, wenn uns Herr Ministerpräsident Reinert sagte, welche Vorstellungen und Gedanken man dort über die Führung des Wahlkampfes an der Saar hat. (*Meyers:* Die CDU hat 170.000, die CVP 130.000 Stimmen bekommen!) Die Wahl am 13. Mai 1956 – mit einer Beteiligung von 81 % – hatte folgendes Ergebnis: CDU 20,0 %, CVP 19,7 %, DPS 28,2 %, SPD 23,6 %,

⁸⁵ Kampf gegen die Inflation, finanzielle Sparmaßnahmen, Suspendierung der Importliberalisierung usw. wurden im Programm der Regierung Bourges-Maunoury am 24. Juni 1957 bestätigt und verschärft (AdG 1957 S. 6512). Vor allem die Importbeschränkungen trafen die Wirtschaft der Saar.

KP 8,3 %. Die gestrige Nachwahl (30. Juni 1957) hatte nur eine Beteiligung von 60 %.⁸⁶ Die Bevölkerung an der Saar ist diesen Parteienstreit bis oben hin satt. Sie ist auch nicht identisch mit den Delegierten, die dort als Radaubröder auftreten. Bisher war die Wahlbeteiligung an der Saar immer sehr hoch. Die Saarbevölkerung ist an sich wahlfreudig, aber in diesem Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich – fast mit mathematischer Sicherheit – der Mißmut der Bevölkerung über diese Streitigkeiten der Parteien aus. Die CDU ist zurückgegangen von 20 % auf 15,4 %, die CVP ist gestiegen von 19,7 auf 25,8 %, die DPS ist gestiegen von 28,2 auf 30,1 %, die SPD ist gestiegen von 23,6 auf 28,7 %. Hierbei sind 8,1 % Stimmen der Kommunisten mit berücksichtigt.

Adenauer: Das sind schlechte Aussichten für die Bundestagswahl.

Meyers: Wir hatten hier eine Einigung beschlossen. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich am nächsten Morgen dieser Einigung angeschlossen mit Ausnahme von Ney und Albrecht. Man hätte sich also auf die KP stützen müssen, um eine Mehrheit zu erreichen. Die jetzige Lösung mit der CSU ist die schlechtere; eine bessere wäre gewesen, wenn sich beide Parteien geeinigt hätten. Die Gefahr in dieser Lösung ist doppelt, einmal, daß sie sich verselbständigen. Das hat Herr Seidel mit einem Nebensatz so ähnlich ausgedrückt. Vielleicht erwacht auch ein solches CSU-Gefühl in Baden. (*Dichtel:* Bei uns stirbt sie aus!) Aber noch gefährlicher ist, daß sich die CSU und die CVP wieder verkrallen, die immer politisch gegeneinander gestanden haben, wobei Herr Schneider das Geschäft macht, indem er beide gegeneinander hetzt und das verwirklicht, was er angekündigt hat, daß er den ganzen Streit DPS gegen CSU nach Bayern hin verpflanzt.⁸⁷ Das ist das, was die CSU befürchtet.

Die Kernfrage bei der ganzen Sache ist die, auf die Herr Heck schon hingewiesen hat: Auf welche Weise können wir den Wahlkampf führen? Wir können es uns nicht leisten, daß der Herr Bundeskanzler in Saarbrücken spricht und dabei ausgepiffen wird. Das ist unmöglich. Dann ist es besser, wenn er gar nicht in Saarbrücken spricht, es sei denn, wir haben eine ausreichende Sicherung dafür, daß diese Kundgebung in Ordnung geht.

An der Saar macht sich bemerkbar, daß dieses Land seit 1918 ständig in einem provisorischen Zustand gewesen ist, daß es zumindest keine Demokratie gekannt hat. Zuerst kam das Versailler Diktat, dann die Hitlerzeit und dann der Nachkriegszustand. Man muß dort in den Versammlungen mit ganz anderen politischen Gegebenheiten rechnen als im übrigen Bundesgebiet.

Ich darf wiederholen: Die Kernfrage ist, wie können wir den Wahlkampf führen, daß wir wenigstens nicht gegeneinander kämpfen? Unsere Politik muß dahin gehen, möglichst bald diese Zweiteilung dadurch zu beseitigen, daß es eine einheitliche CSU gibt.

⁸⁶ In Sulzbach. Von 9.332 gültigen Stimmen erreichten CVP 2.381 (1956: 2.591), SPD 2.680 (3.099), DPS 2.784 (3.703) und CDU 1.497 (2.631) Stimmen (SVZ vom 2. Juli 1957).

⁸⁷ SCHMIDT 3 S. 491–505, 613–616.

Altmeier: Ich stimme absolut mit Ihnen überein, Herr Bundeskanzler, mit den von Ihnen eingangs gemachten Ausführungen hinsichtlich der politischen Entwicklung, die zur Abstimmung und zur Rückkehr der Saar geführt hat. Ich stimme auch mit Ihnen überein in der Beurteilung des Verhaltens der Herren Dr. Ney und Albrecht. Ich bin auf Wunsch verschiedener Herren aus dem Bundesparteivorstand am Tage nach Hamburg nach Homburg gefahren, um speziell den Herrn Albrecht von seiner unsinnigen Haltung wegzubringen. Bei dieser Besprechung hat er mir gesagt, daß er alles in die Hände des Landesparteitages lege, der am nächsten Sonntag darauf stattfinden werde, und daß er sich dem Parteitag füge, wie auch immer dessen Entscheidung ausfalle. Wir wissen, daß Herr Albrecht – ich halte ihn für einen sehr gefährlichen Mann – dabei von der Auffassung ausgegangen ist, daß der Parteitag ihm recht geben würde. Nachdem aber der Parteitag ihm und Dr. Ney nicht recht gegeben hat, sondern anders entschieden wurde, hat sich Herr Albrecht auf Formalitäten zurückgezogen und gesagt, es sei falsch abgestimmt worden. Ich bedaure mit allen Freunden von der Saar, daß durch das sture Verhalten von Ney und Albrecht keine Regierung zustande gekommen ist. Durch dieses sture Verhalten der beiden Herren von der CDU konnte eine Klarheit hinsichtlich der Bedingungen zu einer Vereinigung leider nicht herbeigeführt werden.

Aber ich zweifle aufgrund sehr interner Kenntnisse keinen Moment daran, daß es – auch wenn die beiden Herren eine Regierung ermöglicht hätten – doch gescheitert wäre. Man muß in der CVP unterscheiden zwischen denen, die in der Politik bleiben wollen – wir wissen, daß einige Herren Hospitanten der CDU-Bundestagsfraktion geworden sind –, und denen, die in dem Moment, wo die CVP verschwindet, von der politischen Bühne abtreten. Man mag hundertmal sagen, der Hoffmann oder der und der ist nicht mehr da, sie sind da, sie sitzen in den Redaktionsstuben der SVZ in Saarbrücken. Dort ist das Hauptquartier der CVP. Diese Sorte von Leuten, die kein Mandat haben, wissen, wenn die Vereinigung von CVP und CDU kommt, daß sie am Ende sind. (*Adenauer:* Warum?) Weil wir den Hoffmann in der CDU nicht gebrauchen können. (*Adenauer:* Den wollen wir doch preisgeben!) Es handelt sich um Hoffmann mit seinen Leuten, die in dunklen Kanälen arbeiten, deren Tätigkeit nicht nach außen sichtbar wird. Sie haben nicht gesagt, nach der Wahl lösen wir uns auf, sondern sie wollen weitermachen. Einige Herren sind guten Willens und sähen eine Einigung mit der CDU lieber heute als morgen, aber es gibt da noch so viele Imponderabilien mit Hoffmann und seinen Leuten, mit denen man rechnen muß.

Ich bin also der Meinung, daß eine Einigung der beiden Parteien – auch wenn eine Regierung mit Zustimmung von Ney und Albrecht zustande gekommen wäre – auf keinen Fall herbeigeführt worden wäre. (*Bewegung und Widerspruch.*) Wir dürfen also die Schuld nicht allein bei den Herren Ney und Albrecht sehen, obwohl ich ihr stures Verhalten sehr bedauert habe. Ich habe das Herrn Ney auch im Bundesrat gesagt. Wir müssen auch die Schwierigkeiten auf der anderen Seite sehen.

Deshalb bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten Reinert darum, darauf zu achten, daß wir vor lauter Einigungsbestrebungen CVP mit der CDU nicht die eigene Partei

an der Saar zugrunde richten. Man kann nicht bestreiten, daß der Streit mitten durch die Familien geht. Ich komme mit sehr vielen Leuten an der Saar zusammen. Wir dürfen uns also vor diesen Tatsachen nicht verschließen. Der eine will so, der andere will so. Das kann man leider nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Wir dürfen diesen Streit, der doch vorhanden ist, nicht vernebeln, sondern wir müssen als Politiker diesen Streit klar sehen. Wir dürfen nicht übersehen: Wenn die anderen zu uns kommen, in demselben Augenblick jagen wir soundso viele Leute aus der CDU. Und dann haben wir nicht das erzielt, was wir im Sinne der von uns allen sicherlich von Herzen erstrebten Einigung wünschen.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr deutlich gesagt worden, die Regelung mit der CSU birgt Gefahren in sich. Ich halte es für einen unmöglichen Vorgang, daß die CDU der Bundesrepublik, die soeben einen Landesverband an der Saar gebildet hat, nun auch dort noch eine CSU bekommt. Ich spreche jetzt vom Grundsatz. Wenn wir nicht Sicherungen treffen, daß dieser Vorgang eine bedauerliche Ausnahme bleibt, dann [wird] demnächst bei jedem Streit, der draußen ausbricht, jedesmal mit dem Gespenst der CSU, die man in einen Landesverband hineinbringt, gedroht werden. Hier müssen wir doch für uns selbst einwandfrei feststellen, daß eine Sicherung geschaffen wird, auch gegenüber der CSU, daß es sich nur um eine Ausnahme handelt, von der ich mir allerdings aus meiner genauen Kenntnis der Verhältnisse an der Saar nicht viel verspreche.

Die CSU ist für viele Menschen an der Saar – insbesondere für diejenigen, die zum ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Trier gehört haben – kein Begriff. Die CSU ist höchstens eine Angelegenheit der beiden Kreise Sankt Ingbert und Homburg, die früher zu Bayern gehörten. Für die übrigen Teile ist sie kein Begriff. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir uns über eine Sprachregelung an der Saar unterhalten müssen. Ich habe eine Menge Einladungen, um an der Saar zu sprechen. Es darf nicht noch mehr Porzellan zerbrochen werden. Ich spreche kein Wort zur Entschuldigung für Ney und Albrecht, aber ich gehöre nicht zu denen, die darin das einzige Übel sehen. Ich halte es absolut für falsch, wenn man nicht in gleicher Weise die weiteren Schwierigkeiten bei den Leuten sieht, die nach wie vor dort als Drahtzieher der CVP tätig sind.

Adenauer: Ich bedaure, Herr Altmeier, Ihnen in den meisten Punkten widersprechen zu müssen. Ich unterstelle einmal, Sie hätten tatsächlich recht, daß Drahtzieher vorhanden seien. Dann frage ich aber, was wäre denn richtiger gewesen, als zunächst einmal eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und mit den führenden Leuten der CVP zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise wenigstens eine Übergangslösung zu schaffen, die meinetwegen ein oder eineinhalb Jahre hätte dauern können, damit in der Zwischenzeit sich die örtlichen Differenzen erledigt hätten? Das wäre doch der einzige vernünftige und richtige Weg gewesen, um eine allmähliche Verschmelzung herbeizuführen. Aber diesen Weg haben doch die Herren Ney und Albrecht kaputtgemacht. Das sind doch Tatsachen, an denen man nicht vorbei kann!

Ich stimme Ihnen zu, daß es unmöglich ist, nachdem zehn Jahre lang diese scharfen Gegensätze gewesen sind, sofort eine Verschmelzung der beiden Parteien herbeizuführen. Herr Ney hat verlangt, daß jedes einzelne Mitglied der CVP sich in seiner Gemeinde stellen soll, um neu aufgenommen zu werden. Das ist doch eine unmögliche Forderung; denn das hätte doch den Zwist, von dem Sie gesprochen haben, verewigt. Wir wissen doch, wie es in den kleinen Gemeinden zugeht, daß die politischen Gegensätze in dieser unruhigen Zeit zu persönlichen Gegensätzen werden. Deswegen war die Forderung für die CVP, daß jeder einzelne CVP-Mann in seiner Gemeinde geprüft werden sollte, ob er aufgenommen werden könne, nicht erfüllbar.

Hätte die CDU erklärt: Wir sind bereit, mit der CVP zusammenzugehen, wobei Hoffmann und einige andere Leute nicht in Frage kommen, dann hätte man nach meiner Meinung sofort ja gesagt. Ich habe mit den Herren von der CVP über Hoffmann und Hector und einige andere Leute gesprochen. Die Herren haben mir erklärt, wir sind bereit, uns von diesen Leuten völlig zu distanzieren. Mehr kann man nicht verlangen. Was aber haben wir jetzt? Es ist nichts wie Eigensinn und Herrschsucht, die dort triumphieren. Wenn die Fraktion von 16 Mann in ihrer weit überwiegenden Mehrheit dem Vorgang des allmählichen Zusammenwachsens und Zusammenarbeitens – wie wir es vereinbart hatten – zustimmt, dann ist das doch auch ein Beweis dafür, daß dies die richtige und die christliche Methode ist.

Ich weiß, daß die CVP für die Vergangenheit auch eine Schuld trägt; obgleich es nicht alle Leute gewesen sind. Sie wissen, wie es an der Saar gewesen ist. Man wußte nicht, ob Deutschland bestehenbliebe. Der Herr Ney hat dem französischen Kommandanten mitgeteilt, wenn die Saar französisch werde, dann würde er ein loyaler französischer Bürger werden. Das hat Herr Ney gesagt. Das darf man auch nicht vergessen. Man sieht daraus die große Verwirrung, die an der Saar bestanden hat. Und allmählich ist das Ganze zu einem persönlichen Haß ausgewachsen. Wir hatten gehofft, diesen Haß beendigen zu können. Aber es ist unseren Freunden an der Saar leider nicht gelungen, den Haß, der durch die Herren Ney und Albrecht geschürt wird, zu überwinden.

Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Altmeier, daß wir dort eine CDU und eine CSU haben, ist das Blödsinnigste vom Blödsinnigen überhaupt. Ich habe kein anderes Wort dafür. Es ist ein politischer Unsinn erster Ordnung. Aber es war der einzige Weg, um die christlichen Stimmen, die in der CVP anfallen können, noch zu retten für den Bundestag. Wohin sollten die Leute sonst gehen? Die CSU tut es nicht gern. Die CSU hat in ihren eigenen Reihen großen Widerstand gefunden. Keiner hat Freude daran. (*Altmeier*: Das macht uns sehr viel Arbeit im Lande!) Aber was hätten wir denn tun sollen? Hätten wir die CVP laufenlassen sollen? Das werden Sie doch auch nicht behaupten wollen. Die Situation ist leider sehr schlecht. Ich schließe mich dem an, was Herr Heck gesagt hat. Man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß der Wahlkampf nicht gegeneinander geführt wird. Das können wir einfach nicht ertragen. Die Saar ist jahrzehntelang eine der Hauptstützen des damaligen Zentrums gewesen. Und was erleben wir heute? Durch die Herren Schneider und Ney wird die ganze

christliche Sache auseinandergerissen. Hier muß das Interesse des einzelnen absolut zurücktreten hinter das Interesse der Gesamtheit. Jeder von uns muß darauf hinwirken, daß es dort anders wird.

Wegen des Zentrums habe ich die Herren von der CVP an dem fraglichen Samstag in der Sitzung hier gefragt. Die Herren haben mir erklärt: Wir haben damit gesprochen, aber nachdem das Zentrum diese Haltung gegen die Bundesregierung eingenommen hat, können wir die Versicherung abgeben, daß wir unter keinen Umständen mit dem Zentrum zusammengehen. Das haben sie ganz offen gesagt. Das möchte ich auch dem Parteivorstand mitteilen.

Wie wir nun aus der ganzen Sache herauskommen sollen, das weiß der liebe Himmel. Wahrscheinlich wird es so kommen, daß sich die hitzigen Saarländer noch mehr die Köpfe einschlagen, und zwar zur Freude der SPD und des Herrn Schneider, der gegen das Gesetz zur Kooptierung gestimmt hat.⁸⁸ Das wird verschwiegen. (*Altmeier*: Das werden wir schon sagen!) Es ist an der Saar leider viel dunkler anstatt heller geworden. Die Verhältnisse sind denkbar ungünstig. Wir können vom Herrn Ministerpräsidenten Reinert nicht erwarten, daß er uns eine Patentlösung auf den Tisch legt. Wir können nur die dringende Bitte und Forderung an ihn richten, dafür zu sorgen, daß dort – nicht vor den Wahlen – eine Verständigung erfolgt.

Ferner schlage ich vor – das wird Herr Seidel und die CSU sicher gern bejahen –, daß wir die Herren bitten, darauf hinzuwirken, daß sich die Dinge bessern, damit schließlich nur eine christliche Partei dort besteht. Und das kann nur die CDU sein. Mehr können wir heute nicht tun.

Reinert: Wir dürfen etwas zuversichtlich sein. Ich habe nie die Verbindung abgebrochen. Ich habe sofort mit dem Fraktionsführer⁸⁹ ein Gespräch geführt und gesagt, daß nach dieser Regierungsbildung – die aus anderen Gründen notwendig war – die Verbindung in keiner Weise abgebrochen sei; im Gegenteil, daß ich sie weiter fördern werde, wo immer ich es kann. Ich habe in dieser Hinsicht nicht nur über den Arbeitskreis, dem Vertreter beider Parteien angehören, sondern auch über die Christliche Gewerkschaft, die an der Saar stark ist, gewirkt. Dort hat man das Problem CDU/CVP insoweit gelöst, als dort darüber Frieden herrscht. Wir können zu gemeinsamen Veranstaltungen noch vor der Bundestagswahl kommen, wenn wir mit Hilfe dieser außerparlamentarischen Gruppe das Feld weiter bereinigen.

Ich wiederhole noch einmal: Personelle Elemente, bei denen persönliche Resentiments nicht überwunden werden können, streiche ich aus. Wir müssen uns davor hüten, daß wir im Wahlkampf mit persönlichen Dingen und Skandalen belastet werden. Diese Warnung auszusprechen, halte ich für meine Pflicht. Von einem Herrn ist bekannt, daß er an einer Betrugsaktion, verbunden mit Steuerhinterziehungen, teilgenommen hat. Es handelt sich um einen Betrag von 160 Millionen Franken. Das

⁸⁸ Vermutlich die Abstimmung am 13. Dezember 1956 über das Eingliederungsgesetz und Beitrittserklärung (zum Geltungsbereich des Grundgesetzes) – dazu SCHMIDT 3 S. 542–559.

⁸⁹ Franz Ruland – vgl. Nr. 15 Anm. 100.

sind 1,6 Millionen DM etwa. Ich will aber hier keine Geschichten erzählen, sondern nur darauf hinweisen, daß diese Dinge dem DGB bekannt sind.⁹⁰ Ich habe noch in keiner Versammlung diese Dinge herausgestellt oder angedeutet, aber sie stehen als drohendes Gespenst vor dem Wahlkampf. Ich möchte nicht haben, daß wir durch einen Mißgriff bei einer solchen Person politischen Schaden erleiden.

Im übrigen dürfen wir zuversichtlich sein; denn es wird nach wie vor an dem Einigungswerk gearbeitet. Die Türen sind nicht verschlossen.

Adenauer: Wenn die Zeitungen richtig berichtet haben, dann hat die CDU-Fraktion des Landtages ein Abkommen mit den anderen Fraktionen nur unter der Bedingung geschlossen, daß im Falle einer Verständigung mit der CVP eine andere Gruppierung eingegangen wird.

Reinert: Das Abkommen hat deklaratorische Bedeutung. Es ist ausdrücklich darin gesagt, daß eine Änderung in dem Sinne, daß die CVP in irgendeiner Form zur CDU stößt, nicht die Regierung zum Platzen bringt, sondern die vorgeschriebene Form soll gewahrt werden, wobei die CDU den Koalitionspartnern sagen soll: Ich beabsichtige jetzt, das und das zu tun. Im übrigen bleiben alle Möglichkeiten offen, daß die Regierung zurücktreten kann.

Adenauer: Herr Ney hat mir gegenüber diese Christliche Arbeitsgemeinschaft⁹¹ mit vernichtenden Worten kritisiert und gesagt, es sei eine Gesellschaft, die das Ganze überhaupt nichts angehe. Die Leute machen einen guten Eindruck. (*Reinert:* Es sind angesehene Leute!) Sie kamen zu meinem Geburtstag, und darüber war Herr Ney fuchsteufelswild. Er hat sich darüber sehr geärgert. Das Ganze ist allmählich lächerlich!

Meyers: Es besteht die Gefahr, daß in jedem Wahlkreis ein CDU-Mann gegen einen CSU-Mann kandidiert, wobei die Leidenschaften entflammen können. Es besteht also die Gefahr, daß der Wahlkampf örtlich gegeneinander geführt wird. Das müssen wir unbedingt vermeiden. Vielleicht kann man sich über eine Kandidatur einigen. Ich weiß nicht, ob das möglich ist nach dem Wahlgesetz. Man könnte aber die Kandidaten so wählen, daß von keiner Seite eine Anfechtung kommt. Es ist auf jeden Fall eine sehr schwierige Sache.

Adenauer: Die werden sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen. Das ist ausgeschlossen. Erst sich die Köpfe einschlagen und dann einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, das ist völlig unmöglich! Herr Ministerpräsident! Was glauben Sie, wie sich die Sache entwickeln wird? Können Sie Frauen aufstellen? (*Reinert:* Wir haben zu wenig!) Das ist noch eine Lösung, die wir überlegen müssen.

Meine Damen und Herren! Man muß die Dinge sehen, wie sie sind. Aber es geht doch nicht, daß die CDU Saar einen Kandidaten aufstellt, und die CSU stellt einen anderen Kandidaten auf. Das kann ich mir nicht vorstellen. (*Meyers:* Man könnte zu

90 Nicht ermittelt.

91 Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Christliche Einheit“ war zu dieser Zeit Alois Stollhof (SCHMIDT 3 S. 604f.).

einem Abkommen kommen wie mit der Deutschen Partei!) Man könnte sagen: Ihr stellt einen Kandidaten im Wahlkreis A auf, und Ihr stellt einen im Wahlkreis B auf. Das wäre vielleicht möglich.

Meyers: Es wäre möglich, daß die CDU in den Wahlkreisen und die CSU auf der Landesliste kandidiert, was Herr Seidel für Bayern umgekehrt vorgeschlagen hat. Ich suche einen Weg – der allerdings sehr schwierig ist –, um den Bruderkrieg zu vermeiden.

Heck: Das wird praktisch überhaupt nicht durchzuführen sein. Es ist völlig ausgeschlossen, den Wählern zu sagen: Ihr wählt den und Ihr wählt den. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als in jedem Wahlkreis einen CDU-Kandidaten und einen CSU-Kandidaten aufzustellen. Auf einen Kandidaten wird man sich nicht einigen.

Adenauer: Dann geht der Krach los. Und was wird das Ergebnis sein? Ein Verlust für die Gesamtheit!

Reinert: Vielleicht ist noch ein Gespräch zwischen CDU, CSU und CVP möglich und auch fruchtbar. Ich habe das mit Herrn Seidel schon besprochen.

Adenauer: Wer ist der maßgebende Kopf bei der CVP? Nach den Gesprächen, die ich damals gehabt habe, schien mir das der Herr Görgen zu sein.

Reinert: Herr Görgen ist sicher der aktivste Mann, der sich gegen die Gruppe Hoffmann wendet. Die CVP trägt kein einheitliches Gesicht. Es sind mindestens drei Gruppen vorhanden: die Gruppe Görgen, die Gruppe Hoffmann und die Gruppe der Verdrossenen, die überhaupt nicht wählen geht. Wie auch immer die Lösung sein wird, die beste Gruppe ist noch die Fraktion. (*Rehling:* Wo steht Frau Dr. Fuest⁹² – *Weber:* Die steht zur CVP.) Nach den Gesprächen, die ich mit ihr hatte, leidet sie unter einem Zwiespalt.

Heck: Ich halte es für dringend notwendig, daß so schnell wie möglich Herr Seidel von der CSU, Herr Meyers und einige Herren von der Bundestagsfraktion sowie einige Herren von der CDU Saar und CVP – und zwar von den drei Flügeln je einer – zusammenkommen, um zu überlegen, wie der Wahlkampf geführt werden soll. Herr Altmeier, Sie winken ab! (*Altmeier:* Was wollen Sie damit erreichen? Sie machen ein feierliches Abkommen, das am nächsten Abend wieder kaputtgemacht wird!) Aber man kann doch die Dinge nicht einfach so laufen lassen!

Altmeier: Ich bin von vornherein der Meinung gewesen, daß wir die guten Bundesredner an die Saar schicken sollen, um dort über die großen Probleme zu sprechen, aber auch die Leute aufzuklären. Ich werde es auch tun.

Wenn man die Leute aufklärt, dann sagen sie: Das haben wir noch gar nicht gewußt. Wir sollten also nicht so ängstlich sein mit unseren Tischgesprächen. Wir sollten die Leute aufklären und ihnen vor allem die großen Probleme der Bundespolitik vor Augen führen.

92 In der Vorlage: Faß(?). – Dr. Irmgard Fuest (1903–1980), 1947–1960 MdL Saarland (1958–1959 Fraktionsvorsitzende der CVP).

Adenauer: Sie mögen hingehen und dort die großen Probleme klarlegen, aber damit verhindern Sie nicht, daß die CDU für ihre Kandidaten trommelt und auf die anderen schlägt, und umgekehrt, daß die CSU für ihre Kandidaten auch trommelt und auf die anderen schlägt. Schließlich bekommen wir auf diese Weise – Gott möge es verhüten – auch noch Krach mit der CSU-Gruppe. Dieses Problem steht doch im Hintergrund. Sie wissen, daß die Gruppe der CSU nicht gerade zu den friedfertigsten gehört. (*Altmeier:* Was sollen wir den Leuten sagen? Ich bin der Meinung, daß wir die Leute über unsere Politik aufklären sollen.) Das können Sie machen, ehe die Kandidaten aufgestellt sind. Nachher ist nicht mehr viel zu wollen.

Stoltenberg: Die Frage des Einsatzes der Bundesredner muß geklärt werden. Wenn z.B. der Herr Bundesminister Strauß für die CSU und andere Bundesminister für die CDU sprechen, so wäre das doch sehr schlecht, ja ich halte es für unmöglich.

Adenauer: Es ist erklärt worden, die CDU Saar habe kein Geld. Man kann also die Sache abdrosseln, indem man dafür sorgt, daß kein Geld da ist. (*Meyers:* Dann wird Herr Schneider gewählt!) Der Herr Schneider bekommt oder hat Geld. Aber, meine Damen und Herren, es ist in der Tat eine ganz unglückliche Situation; es ist die unglücklichste Situation, die man sich denken kann. Es wäre besser gewesen, Herr Ministerpräsident Reinert, wenn Sie noch vier Monate lang mit einer geschäftsführenden Regierung gearbeitet hätten. Aber nun ist die neue Regierung an der Saar gebildet und steht in der Weltgeschichte. Herr Röder hätte also noch einige Monate verhandeln sollen. Das wäre richtiger gewesen. Er hätte nicht die Nerven verlieren dürfen.

Sie werden doch zugeben – nachdem wir uns heute hier ausgesprochen haben –, daß es mit größter Wahrscheinlichkeit dazu kommen wird, daß in jedem der fünf Wahlkreise einer gegen den anderen kämpfen wird und daß weiter zwei Landeslisten aufgestellt werden. Es ist zweifellos so, daß die Vorteile davon die SPD und die DPS haben. Wenn Sie die Wahlergebnisse betrachten, so sieht es nicht so aus, als ob die CDU der lachende Dritte wäre. Es ist ein geradezu verheerendes Resultat, daß die führende Regierungspartei bei einer solchen Wahl derartig abgenommen hat. (*Heck:* 4,6 % hat sie abgenommen!) Also um ein Viertel hat sie abgenommen. Was hat die CVP zugenommen? (*Heck:* Sie hat um 6,1 % zugenommen! – *Altmeier:* Man kann es nicht auf einen Ort abstellen!) Sie haben recht, Herr Altmeier, aber wenn es umgekehrt wäre, hätte Herr Ney auf diesen Ort abgestellt. (*Meyers:* Es ist eine schwere Sache. Sie sehen aus der Wahl ja die Tendenz dort!⁹³)

Altmeier: Ein Redner, der an der Saar spricht, muß sich vorher genau unterrichten. In jedem Ort ist es anders. Dort spielen alle möglichen Dinge eine Rolle.

Adenauer: Was sollen wir denn tun? Was schlagen Sie vor, Herr Ministerpräsident? (*Reinert:* Wir müssen mit der CSU und der CVP die Gespräche weiterführen und sehen, wie wir uns auf personellem Gebiet einigen. Es besteht noch die Möglichkeit,

⁹³ Wahlergebnis vom 15. September 1957: CDU 33,2 % (3 Mandate), CSU 21,3 % (2), SPD 25,1 % (2), FDP 18,2 % (1).

daß wir gemeinsame Listen bekommen.) Würden Sie das als Ministerpräsident in die Hand nehmen? (*Reinert*: Ja!) Wir sind uns also einig, daß wir Sie bitten, diese Sache energisch in die Hand zu nehmen. Wir bitten Sie, diesen Auftrag als eine große Aufgabe für Sie zu betrachten. Darf ich feststellen, daß Sie dem zustimmen? (*Zustimmung*.)

Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich darf daher die Sitzung schließen und Ihnen herzlich danken, daß Sie in dieser Hitze so lange ausgehalten haben.